

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumero: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 23 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Einzelbogen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheften Kolonialsätze oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtsungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Steilgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Aufrehr in Japan.

Nach den heute vorliegenden Meldungen über die Protestdemonstrationen und Ausschreitungen in Tokio unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß es sich nicht um rasch vorübergehende und harmlose Straßengezesse handelt, sondern um eine Bewegung, die das Volk, wenigstens der Hauptstadt, aufs tiefste aufwühlt. Die Straßenkämpfe haben sich in immer wilderer Form wiederholt, es hat dabei zahlreiche Tote und Hunderte von Verwundeten gegeben. Viele Gebäude, darunter auch zahlreiche Christentempel, gingen in Flammen auf. Nichts ist lächerlicher, als diese Gezeße einfach als „Pöbel-Ausschreitungen“ zu bezeichnen, wie das die „Post“ tut, die erwartet, daß die Regierung die Demonstranten durch brutale Gewalt sehr bald niedergeworfen haben wird. Daß es sich nicht um „Pöbelgezeße“ handelt, geht schon daraus hervor, daß sich den Aufrehrern Tausende von Studenten angeschlossen haben, daß heute die Rechtsanwälte in Tokio einmütig erklärten, die Verteidigung der Verhafteten kostenlos übernehmen zu wollen.

Ebenso einseitig aber würde man die Situation beurteilen, wenn man den Aufrehr einfach als chaotische Mißstimmung des Volkes gegen den Friedensschluß betrachten wollte. Gewiß findet die Empörung ihren äußeren Ausdruck in dem stürmischen Protest gegen den Friedensschluß, aber ihre tieferen Ursachen liegen in der ganzen sozialen und politischen Lage des Landes.

Der politische Habitus des Landes ist eigentlich seit Einführung der Verfassung im Jahre 1890 nicht abgerissen. Immer wieder mußten die Parlamente aufgelöst werden, um neu sich bildenden oder doch umformenden Parteien den Einfluß auf die Regierung einzuräumen. Trotzdem gab es nur dann vorübergehende Ruhe, wenn ein Krieg den inneren Parteihader durch Erregung nationaler Leidenschaften und wirtschaftlichen Hoffnungen zum Schweigen brachte. So 1894 der chinesisch-japanische Krieg, so 1901 der Krieg mit Rußland. Diese Kriege kamen sozusagen gerade zur rechten Zeit, um die Regierung aus den ärgsten innerpolitischen Kalamitäten zu befreien. Diese Parteikämpfe aber wurzelten wiederum in sozialen Zuständen des Landes, die sich seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in beständiger Umwälzung befunden hatten.

Um die gegenwärtige Lage zu verstehen, ist es nötig, sich die soziale und politische Entwicklung des Landes während der letzten 50 Jahre kurz zu vergegenwärtigen.

Vor Japan blühten weniger Jahrzehnte ein moderner Staat wurde, besaß es eine feudale Verfassung. Der Mikado war nur ein Schattenkaiser, die politische Macht repräsentierte das Shogunat, eine Art japanischen Hausmeierthums. Der Shogun aber teilte die Macht mit den Daimios, mächtigen Vasallen, die ihrerseits wieder mittels des Kriegsabels, der Samurai, das Land beherrschten. Die ungeheure Masse der Bevölkerung bestand aus Parzellenbauern, die nebenbei noch Hausindustrie betrieben. Diese Zustände wurden erschüttert durch die Verührung mit den fremden Nationen um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Die Mächte wollten das bisher völlig von der Außenwelt abgeschlossene Inselreich für die kapitalistische Ausbeutung erschließen und zwangen den Shogun, Handelsniederlassungen zu gestatten. Dies allen konservativen Traditionen widersprechende und den Nationalstolz tief verletzende Eindringen der Fremden rief eine Empörung der Daimios und des Samurai-Abels gegen das Shogunat hervor, die unter der Parole „Wehe den Fremden!“ ausbrach. Aber diese Revolution nahm bald einen ganz entgegengelegten Verlauf. Der Samurai-Adel, der zum guten Teil völlig verarmt war, aber aus intelligenten und tatkräftigen Elementen bestand, gewann im Laufe des Kampfes die Einsicht, daß es töricht sei, die großen Vasallen gegen die Zentralgewalt des Landes zu unterstützen, und daß es ganz aussichtslos sei, sich dem Eindringen der europäischen Kultur zu widersetzen. So wurde diese tatkräftigste und vorgeschrittenste Schicht der Bevölkerung der Träger der politischen Entwicklung des Landes. Die Macht der Daimios wurde gedrosen, aber ebenso die des Shogun; zum eigentlichen Herrscher des Landes wurde der Mikado, der die Reformen mit Hilfe des Samurai-Adels durchführte. Der Mikado aber sah sich schließlich genötigt, zur Verteidigung des Landes gegen die fremden Mächte ein neues Wehrsystem durchzuführen: das Volkswehr im Sinne der europäischen Militärstaaten, in dem die Samurai die Offiziersstellen erhielten.

Die Öffnung des Landes für den ausländischen Handel, dem hierin sehte der Mikado nur noch konsequenter die Politik des Shogun fort, aber führte in Verbindung mit den politischen Umgestaltungen des Landes nun auch zu großen sozialen Veränderungen. Eine Folge des neuen Wehrsystems und der straffen politischen Zentralisation war die Umwandlung der Naturalsteuern in Geldsteuern. Die Abschaffung der Naturalleistungen brachte die aus Bergbauern bestehende überaus schwer beladene Landbevölkerung in eine immer schlimmere Lage, die sich bald in steigender Hypothekenbelastung, in zahllosen Landveräußerungen und der Ausbreitung des früher unbekanntem Pachtsystems, ferner in der kapitalistischen Umgestaltung der Hausindustrie äußerte. Der Bezug proletarisierter Landbewohner ließ die Einwohnerzahl der Städte gewaltig anschwellen. Und überraschend schnell entwickelte sich auch eine relativ bedeutende Großindustrie mit Industrie-Proletariat.

Diese soziale Entwicklung bedingte wiederum neue politische Fortschritte. Im Jahre 1890 erhielt Japan eine Verfassung nach preussischem Muster: ein dem Adel und der Großbourgeoisie reserviertes Herrenhaus und ein Abgeordnetenhaus, für das das Wahlrecht an eine gewisse direkte Steuerleistung gebunden war. Mit diesem Parlament zog denn auch der politische Kampf in das Land ein. Es entstanden Parteien, so die Fortschrittspartei

(Shimpoto) und die gemäßigtere Oppositionspartei der Verfassungsfreunde (Seiyukai), die der Regierung Opposition machten.

Dadurch, daß die japanische Regierung den Militarismus und Marinismus immer rascher entwickelte, wuchs die Steuerlast des in sozialer Verengung und Umbildung begriffenen Landes bis fast zur Unerträglichkeit. Kein Wunder, daß die Opposition zur größeren Sparsamkeit mahnte. Im Jahre 1892/93 ging das Unterhaus sogar soweit, der Regierung die geforderten Flottenbauten zu verweigern. Nachdem die gemäßigte liberale Partei 1894 zur Regierungspartei geworden war, löste sie sich zwar mit dem Militarismus aus, allein es fehlte trotzdem nicht an scharfer Opposition gegen die innere und äußere Politik der Regierung. Der chinesisch-japanische Krieg brachte dann die Opposition zum Schweigen, aber nur vorübergehend. Nach wiederholten Parlamentsauflösungen erstand 1900 unter der Führung des Marquis Ito eine große Regierungspartei, eben die der Seiyukai, aber schon im folgenden Jahre folgte dem Kabinett Ito ein Kabinett Katsura. Bei den Neuwahlen 1903 fanden sich die Seiyukai und Shimpoto wieder in der Opposition gegen die Regierung zusammen. Diese Opposition verlangte größere Sparpolitik im Beamtenwesen, namentlich aber die Aufhebung der Grundsteuer.

Die Regierung erklärte sich auch zu allerhand Reformen bereit, als der Krieg mit Rußland sie aus allen Räten befreite. Sofort fand sich die ganze Volksvertretung in nationaler Ekstase zusammen.

Aber der Krieg steigerte andererseits ungeheuer die Lasten des Volkes. Zu dem bisherigen Steuerdruck kamen neue drückende Steuern und allerhand schwer empfundene Monopole. Und zu alledem trat noch eine Missernte, durch die die traurige Lage der Bauern noch verzweifelter ward. Kein Wunder, daß angesichts dieser Zustände das Volk alles Heil von dem Friedensschluß und seinem vermeintlichen Milliardenseggen erwartete, der die schwere Krisis des Landes lindern sollte. Am die Kriegsentscheidung ausgeblieben ist, kommt der Nation das Unerträgliche der Lage zu schmerzlichen Bewußtsein. Das ohnehin unter erdrückendem Steuerdruck seufzende Volk soll nicht nur alle bisherigen und — durch Invalidentunterstützung etc. — noch kommenden Lasten des Krieges tragen, es soll auch dem Vokalismus und Marinismus weitere schwere Opfer bringen! Statt der erhofften Reformen ergibt sich als Folge des Krieges nur noch ein stärkeres Anziehen der Steuerkrawatte!

Dieser schweren Enttäuschung der Nation entspringen die gegenwärtigen Wirren. Die Masse, die nicht begreift, daß an dem Kriegsausgang nichts zu ändern war, wähnt, durch Fortsetzung des Krieges die Kriegsschuldigung erzwingen zu können. Und die Führer der Fortschrittspartei führen aus parteipolitischen Motiven den Sturm gegen die Regierung.

Ob der Aufrehr von der Regierung rasch niedergeworfen werden kann, bleibt abzuwarten. Nur das scheint und sicher zu sein: er wird ebensoviele eine Fortsetzung des Krieges erzwingen können, wie auch den Russen zu statten kommen. Denn sobald Rußland Niene zu erneutem Angriff machen sollte, wäre die nationale Einmütigkeit in Japan wiederhergestellt!

Wie die Unruhen aber auch ausgehen mögen: auf alle Fälle wird Japan eine schwere innere Krise durchzumachen haben. Der Zustand beweist, welch furchtbaren Grad das soziale Elend auch in Japan infolge der Weltpolitik erreicht hat!

Die heutigen Telegramme lauten:
Tokio, 8. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Am Abend des 6. September um 1/10 Uhr gelangten die Unruhen in der inneren Stadt wieder zum Ausbruch. Bei Eintritt der ersten Dunkelheit füllten sich die Straßen und die Unruhen begannen in der Nähe des Wohnsitzes des Ministers des Innern. Die Volksmenge machte den Versuch, das Gebäude in Brand zu setzen und ein wildes Handgemenge entspann sich mit den Wachmannschaften. Inzwischen sammelten sich Volkshaufen in drohender Haltung in der Nachbarschaft des Hauptquartiers der Hauptstädtischen Polizei, wagten jedoch keinen Angriff auf dieses Gebäude, da sie durch die Anwesenheit einer starken Polizeimacht im Schach gehalten wurden. Die mitten durch die Volksmassen fahrenden Straßenbahnwagen erregten den Unwillen des Volkes. Es eröffnete einen Angriff auf sie, vertrieb Passagiere und Wagenführer und begann die Wagen zu zerstören. Mehrere große Wagen wurden in Brand gesetzt und schließlich zerstört. Ein anderer Anlauf fand in dem Randviertel statt, wo auch Feuer angelegt wurde, doch war es unmöglich den Schauspiel dieser Unruhen zu erreichen und Einzelheiten zu erfahren, da die Straßen durch Volksmassen gesperrt waren, die eine drohende Haltung gegen die Polizei annahmen. Nachdem die Straßenpatrouillen zurückgezogen und die Polizei an den besonders gefährdeten Punkten konzentriert war, blieben die Straßen unbesetzt und das unruhige Element erhielt freie Hand; doch verhielt sich die Menge ruhiger, sobald keine Gefahr mehr seitens der Polizei drohte. Verhaftet wurden insgesamt etwa 800 Personen, meistens unter Anklage von Zusammenrottung, Aufreizung und Gewalttätigkeit. Die Vereinigung der Abbotaten beschloß, alle Verhafteten umsonst zu verteidigen. Sechs während der Unruhen erfolgte Verlegungen sind bekannt geworden. Man erwartet, daß gemäß Verlaufe eines heute abgehaltenen Ministerrates, die Militärgewalt requiriert wird, um unter Standrecht die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten.

London, 8. September. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ begannen die Unruhen in Tokio deswegen, weil fünf Führer der öffentlichen Meinung verhaftet wurden. Am Montagabend fand eine Protestversammlung statt. Am Dienstag sammelte sich eine Volksmenge von hunderttausend Personen, die die Nationalflagge mit schwarzen Bändern ver-

hüllten, außerhalb des Ghibia-Parks an, rissen das Geblät nieder und von Parlamentärsmitgliedern wurden Neben gehalten, daß an Marschall Oyama telegraphiert werden sollte, daß er den Kampf fortsetzen und nicht den Frieden, der eine Schande für die Nation sei, annehmen solle. Ebenso wurde beschlossen, den Geheimen Rat mit einer Petition an den Kaiser anzugehen, daher den Frieden nicht ratifizieren möge. Als die Leute den Park verließen, hörten sie, daß Graf Katsura und der Polizeipräsident Adachi sich im Hause des Ministers des Innern befänden; sie griffen darauf das Haus an und schossen darauf. Die aufrehrerische Menge, die hauptsächlich aus Sozialisten, die von Agitatoren aufgehetzt waren, bestand, gebrachte gegen die Polizei Messer und Stöcke, Tausende von Studenten hatten sich den Aufständischen angeschlossen. Der Mittwoch verlief außerordentlich ruhig. In der Nacht zum Mittwoch hatte eine Versammlung von Vertretern aus allen Teilen Japans stattgefunden; es wurde beschlossen, Witschriften an den Thron, den Geheimen Rat und das Parlament zu richten mit dem Ansuchen, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Wüste Szenen spielten sich am Mittwochabend ab; auf die Gebäude an der Straßenbahn entlang wurde geschossen, die Wagen wurden in Brand gesteckt und auf die Polizeistation geschossen. Verirrte Truppen griffen die Menge an.

Am Mittwoch fand im Palast eine Konferenz statt, wozu die Minister unter dem Schutz der Kavallerie geleitet wurden.

Tokio, 8. September. Der Aufrehr während des gestrigen Tages war so erister Natur, daß sogar Barricaden errichtet werden mußten, um die öffentlichen Gebäude zu schützen. Die kaiserliche Garde mußte wiederholt einschreiten, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden, indessen ist die genaue Zahl noch unbekannt.

Tokio, 8. September. Verloffene Nacht trafen aus allen Teilen des Landes Delegierte ein, welche eine Versammlung abhielten, worin sie gegen den Friedensschluß protestierten und beschlossen, ein Memorandum an den Mikado und das Parlament zu richten mit dem Ersuchen, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren.

Tokio, 8. September. Die Unruhen und die Einschüchterung von Häusern dauern fort. Patrouillen durchziehen ständig die Straßen der Stadt. Die gesamte Presse mit Ausnahme der Regierungorgane bringt noch immer aufhegende Artikel.

New York, 8. September. Der „Sun“ meldet aus Tokio, die Verhinderung von Polizeibureaus dauerte noch bis Mittwoch abends. Die Truppen mußten häufig mit Wassergewalt vorgehen. Abteilungen der kaiserlichen Garde erhielten Befehl, an verschiedenen Punkten der Stadt Aufstellungen zu nehmen, um die Regierungsgebäude für die nächsten Tage zu schützen.

Tokio, 8. September. Demonstranten durchziehen mit brennenden Fackeln die Straßen, um die Regierungsgebäude in Brand zu stecken. Die Menge verhindert die Feuerwehr, die Brände zu löschen. Die Protestkundgebung, welche für heute gegen den Friedensschluß einberufen ist, verspricht einen noch eristeren Charakter anzunehmen. Die Regierung trifft die umfassendsten Maßregeln, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

London, 8. September. Gegenüber den Gerüchten, daß die japanische Armee, enttäuscht durch den Friedensschluß, meutere, erklärt der japanische Legationsrat Sato, diese Eventualität sei gänzlich ausgeschlossen, da die Disziplin in der japanischen Armee eine absolut unantastbare sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September.

Die Cholera des Jaren.

Die Cholera, die jetzt in unserem Lande furchtbar Menschenleben vernichtet, eine Liebesgabe des russischen Despotismus! — das ist die neueste vernichtende Anklage, welche von der russischen Ärzteschaft vor dem Forum Deutschlands und Europas erhoben wird. Nicht nur die Vazillen der geistigen Verwesung werden aus dem Reiche der zarischen Barbarei in das toelische Europa übertragen, die russische Schand- und Schmutzwirtschaft sendet uns die Keime der gräßlichen, verheerenden Krankheit. Nicht durch stärkere Macht der Naturverhältnisse ist dieser russische Export des Todes bedingt, russische Verwaltungswillkür hindert die geistige Arbeit und die werttätige Fürsorge der Ärzteschaft, den Kampf gegen die Cholera aufzunehmen und erfolgreich durchzuführen!

In der Münchener „Medizinischen Wochenschrift“ wird der Tatbestand veröffentlicht. Die „Tägl. Rundsch.“ gibt das wichtigste davon wieder, eigenartigerweise an verdeckter Stelle ihrer Unterhaltungsbeilage, während sich doch eine politische Frage ersten Ranges erhebt.

Unter dem herben Titel „Rusische Beiträge zur Symptomatologie der Verwesungserscheinungen am russischen Staatskörper“ veröffentlicht Dr. Dwozokli aus Moskau in der genannten Wochenschrift „Russische Cholera-Urunden“. Der Inhalt, so bemerkt die „T. R.“, besteht lediglich aus einer Reihe von Dokumenten, an die keinerlei kritische Bemerkung geknüpft wird. Obgleich die Veröffentlichung auch noch auf andere Fragen übergreift, stehen ihre Enthüllungen doch der Hauptsache in wesentlichem Zusammenhang mit der diesjährigen Cholera-Epidemie und geben die eigentliche Erklärung dafür, wie sich die Senke mit solcher Schnelligkeit und Gefährlichkeit über das russische Reich hat verbreiten können.

Der erste Abschnitt betrifft eine Kundgebung des Vorstandes der Pirogoff-Ärztegesellschaft in Moskau. Diese Gesellschaft hatte angesichts der drohenden Gefahr Anfang April dieses Jahres einen Cholera-Kongress nach Moskau einberufen, der von 1835 Ärzten und anderen Sachverständigen besucht wurde. Dieser Kongress wurde, wie aus früheren Mitteilungen

erinnerlich sein wird, durch die Regierung zunächst verboten, weil man auch in ihm eine Art von Zusammenrottung der Intelligenz gegen das russische Staatswesen erblickte. Trotzdem fand der Kongress statt, erhielt aber infolge der Maßnahmen der Behörden eine scharfere Spitze gegen die bestehenden Zustände, als es sonst der Fall gewesen wäre, obgleich nicht zu verkennen ist, daß Schwierigkeiten der Bekämpfung einer Seuche in Rußland in enger Abhängigkeit von den dort herrschenden Verhältnissen der Verwaltung stehen. Die weitere Folge davon war, daß wie man aus den jetzigen Veröffentlichungen erfährt, die große Ärztegesellschaft in Moskau auch in ihren weiteren Maßnahmen und Absichten zur Bekämpfung der Cholera seitens der Regierung nach Möglichkeit behindert wurde. Das Heft der von ihr herausgegebenen Zeitschrift, das die sämtlichen Beschlüsse des Cholera-Kongresses enthielt, wurde nach ministerieller Verfügung beschlagnahmt, ebenso das nächste Heft, worin die wichtigen Arbeiten einer von der Gesellschaft eingesetzten Kommission über Desinfektion bei Cholera, sowie über die Mitteilung und Abfassung von wöchentlichen Bulletins über den Gang der Cholera-Epidemie abgedruckt waren. Endlich wurde auch der zweite Band der Verhandlungen des Cholera-Kongresses beschlagnahmt, in dem außer den Beschlüssen und Protokollen 28 Vorträge, Arbeiten über Schutzimpfung und Desinfektion und Formulare für Wochenberichte über den Verlauf der Cholera veröffentlicht werden sollten. Diese Angriffe veranlaßten den Vorstand der Pirogoff-Gesellschaft zu der gedachten öffentlichen Kundgebung, zumal auch auf eine persönliche Reise des Redakteurs jener Zeitschrift nach Petersburg die Gesellschaft überhaupt keine weitere Auffklärung empfing. Ebenfalls nützte die Vorstellungen, die der Vorstand der Gesellschaft beim Minister des Inneren direkt unter dem Hinweis darauf anbrachte, daß die Freigabe jener Druckschriften zwecks Unterdrückung der Epidemie unumgänglich notwendig wäre. Es blieb danach nichts anderes übrig, als eine richterliche Entscheidung anzufordern, die bisher noch nicht erfolgt ist und wohl auch noch lange auf sich warten lassen wird. Unterdes sind vermutlich Hunderte und Tausende an der Cholera gestorben, und zudem hat sich die Seuche auch über die Grenze verbreitet, so daß sich nicht nur ganz Europa, sondern auch schon Amerika gegen sie mit allerhand Maßnahmen wappnet, die zur Erschwerung von Verkehr und Handel beitragen. Nebenbei schließt die Kundgebung der Moskauer Ärzte-Gesellschaft mit der Erklärung, daß das Erscheinen ihrer Zeitschrift, falls die politische Lage in Rußland keine Umgestaltung erfährt und das Demoskopschwert der Demagogiker nach wie vor über der Presse schwebt, ganz eingestellt werden solle, „bis das alte die Dessenflichkeit scheuende Regime endgültig gefallen und an seine Stelle eine neue Staatsordnung getreten ist, die sämtlichen Bürgern in gleicher Weise Meinungsfreiheit gewährleistet.“

Die nächste interessante Kunde betrifft eine polizeiliche Hausdurchsuchung im Bureau des Präsidiums der Pirogoff-Gesellschaft, die vom „Inspektor der Presse“ in Begleitung von zwei Polizeioffizieren und zwei Hauswachen vorgenommen wurde. Die um 12 Uhr nachts in dem Bureau anwesende, weil dort wohnhafte Sekretärin versuchte mit Hinweis auf ihre Verantwortlichkeit die Papiere des Bureaus zu schützen, aber man lehnte sich selbstverständlich nicht daran, sondern man kramte alles durch. Die vorhandenen Exemplare der obengedachten Kundgebung wurden beschlagnahmt und ihr Inhalt von dem Inspektor als „empörend“ bezeichnet. Weiter äußerte der Mann die sonderbare Ansicht, daß jedes heftigste verbleibende Schriftstück vor der Versendung behufs Genehmigung der Zensur vorgelegt werden und „eine sechsbändige Quarantäne durchmachen“ müsse. Als ob die Regierung es für notwendig hielt, in allen Teilen des Reiches die an der Bekämpfung der Cholera am eifrigsten tätigen Ärzte lahmzulegen, verfolgte sie eine Anzahl von Personen, die auf dem Cholera-Kongress besonders hervorgetreten waren. So wurde ein Privatdozent der allgemeinen Pathologie an der Universität Odessa durch deren Rektor fortgejagt und mußte sich damit trösten, daß er von dem allrussischen Ärzteverband, von anderen ärztlichen Gesellschaften, Universitäten und vielen Kollegen aus allen Teilen des Reiches Zeichen der Teilnahme erhielt, die gleichzeitig ihre Empörung und Verachtung gegen die servile Tat des eifrigen Universitätsrektors ausdrückten. Eine weitere Maßnahme der Regierung war, daß auf Beschluß des Ministerkomitees und mit Genehmigung des Kaisers der Verein für Gesundheitspflege in Saratow geschlossen wurde. Saratow ist eine der großen Städte in Rußland gewesen, wo die Cholera vom Kaspiischen Meer zuerst hin verschleppt worden ist und sicher noch jetzt viele Opfer fordert. „Einen stärkeren Beweis ihrer völligen Verbildung hätte die russische Regierung also wohl kaum geben können als die Schließung eines solchen Vereins gerade an einem solchen Ort. Auch hier haben sich die russischen Ärztekreise in weitem Umfange gegen eine solche Maßnahme solidarisch erklärt, aber Ruhen bringt dergleichen vorläufig noch immer nicht. Es wäre vielleicht vermessen zu sagen, Deutschland wäre von der Cholera ganz verschont geblieben, wenn in Rußland bessere Zustände und eine andere Regierung herrschten, so viel aber bleibt doch durchaus sicher, daß unter diesem Regime Rußland bei jeder Seuche, die innerhalb seiner Grenzen auftritt, das ganze übrige Europa in schwere Gefahr bringt.“

Der zarische Justizmord und die deutsche Regierung.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Wir erhalten aus Warschau die folgende telegraphische Nachricht:

Warschau, 7. September, 9 Uhr abends. Der General-Gouverneur von Warschau hat, geküßt auf den in Warschau verhängten Kriegszustand, die Absendung der Kassationsklage an die oberste Gerichtsstanz gegen das Urteil in Sachen Kasprzak nicht zugelassen und das Todesurteil bestätigt.

So wird also der vom Warschauer Kriegsgericht geübte Justizmord auch noch dadurch vollendet, daß man dem Opfer die Rechtsmittel verweigert! Der zarische „Verfassungsstaat“ hat es offenbar sehr eilig mit der Begräbnung eines Vorkämpfers für die Verfassung.

Kasprzak ist deutscher Reichsbürger, und das Deutsche Reich ist verpflichtet, darüber zu wachen, daß Deutsche im Auslande nach den Gesetzen des Landes abgeurteilt werden, in das sie sich begeben haben. Ein Deutscher darf im Auslande nicht gesetzwidrig behandelt werden. Das Deutsche Reich übernimmt für seine Angehörige im Auslande insoweit Schutz, als es die Anwendung der Gesetze verlangen muß, in deren Voraussetzung sich die Personen in das Ausland begeben haben. Für einen deutschen Millionär z. B., der in Rußland gesetzwidrig zum Verlust seines Vermögens verurteilt würde, müßte und würde Deutschland eintreten. Genau so muß die deutsche Regierung dafür sorgen, daß gegenüber Deutschen in Rußland das russische Recht zur Geltung kommt. Um an diese Pflicht zu erinnern, ist Freitag das folgende Telegramm abgesandt worden:

An den Herrn Reichskanzler Fürsten von Bülow

Baden-Baden.

Am 1. September 1905 wurde in Warschau der preussische Staatsangehörige Kasprzak zum Tode verurteilt. Gegen das Urteil haben die Verteidiger des Verurteilten das Rechtsmittel der Kassation eingelegt. Der Kassationshof residiert in Petersburg. Gestützt auf den Kriegszustand in Warschau hat der Herr Generalgouverneur die Absendung der Kassationsbegründung inhibiert. Dies Verbot ist eine Verweigerung der dem Verurteilten zustehenden Rechtsmittel.

Die Unterzeichneten ersuchen den Herrn Reichskanzler bzw. das Auswärtige Amt in Rücksicht auf die Kürze der Zeit unverzüglich bei der russischen Regierung das Verlangen zu stellen, die Vollstreckung des Urteils anzusetzen und dem Verurteilten die ihm zustehenden Rechtsmittel zugänglich zu machen.

Ein gleiches Telegramm ist an den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes abgegangen.

Im Antwort ersuchen die Mitglieder der Reichstages Auer, Gerisch, Wollenbuhr, Pfannkuch, Singer, Lindenstraße 69.

Zur Beurteilung der Rechtsverhältnisse ist ferner noch zu beachten, daß Kasprzak die Tat beging, als noch kein Kriegszustand in Warschau bestand; Deutschland muß mithin darauf bestehen, daß er nach den Gesetzen abgeurteilt werde, die zur Zeit der Tat in Kraft waren.

Wendet die Regierung des Fürsten Bülow nicht alle Mittel an, um einen Justizmord an einem deutschen Reichsbürger zu verhindern, so wüßten wir nicht, welchen Anlaß fremde Regierungen nicht hätten, Deutsche nach freier Willkür zu behandeln. Das werden sich Marokko und andere wilde Länder gesagt sein lassen.

Ein entronnenes Opfer.

Wie wir aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren, ist der in der „Botemlin“-Affäre in Theodosien festgenommene Sozialdemokrat Feldmann, der zusammen mit seinem Gefängnisaufseher und Gefängniswächter, wie wir gemeldet, etwa vor zwei Wochen aus dem Sebastopoler Militärgefängnis die Flucht ergriffen hat, bereits glücklich im Auslande angelangt, wo alle drei in Sicherheit gebracht worden sind. Die zarischen Götzer, die den ganzen Süden Rußlands auf die Beine gebracht haben, um des trohigen Opfers in ihre Krallen zu kriegen (wobei sogar ein Teil der legalen russischen Presse durch „zuverlässige“ Notigen Schergendienste leistet), werden also mit betrübten Mienen abziehen müssen! —

Deutsches Reich.

Aus dem Essener Wahlkampf.

Die Wahlkraft wagt hin und her. Selbst bei der allgemeinen Wahl vor zwei Jahren ist nicht intensiver agitiert worden wie diesmal für die Gewinnung des Essener Reichstagsmandats. Mag die Entscheidung fallen wie sie will, die Essener Wahl zeigt die gewaltige Bedeutung der Arbeiterbewegung. Einem prinzipiellen Kampfe gingen die bürgerlichen Parteien schon aus dem Wege durch die Auswahl ihrer Kandidaten. Sehen wir ab von dem Stöderjüngling Behrens, dem in den Versammlungen der „Nationalen“ gelagt wird, er wolle sich sein Gehalt als „Generalsekretär“ des notorisch unter Zentrumseinfluß stehenden Gewerkevereins christlicher Vergleute verdienen durch Zersplitterung der „evangelischen Stimmen“, die ein Ausschleiden des „nationalen“ Kandidaten aus der Stichwahl zur Folge haben müsse. Behrens kommt keinesfalls in die Stichwahl. Der merkwürdigste Kandidat ist Herr Dr. Riemer. Erwählter der „bereinigten nationalen Parteien“. Er ist ein persönlich ehrenhafter Charakter, der nur durch seine unumgängliche Kandidatur die politische Kritik herausfordert. 1903 versuchten ihn die „linksliberalen“ als Landtags-Kandidaten zu nominieren. Aber er unterlag gegen den Scharfmacher „Synodus“ und Landtags-Abgeordneten Hirsch-Essen. Dieser hat damals ausplaudern lassen, die reichen Geldgeber der „Nationalen“ gäben das Wahlgeld nicht für die Kag. Bei der Landtagswahl, wo die Arbeiter einflusslos sind, wurde Riemer niedergedrückt. Bei der Reichstagswahl bringt ihn das allgemeine Wahlrecht zu einer Kandidatur.

Wollten die „Nationalen“ in Essen die Wahl zu einem getreuen Stimmungsbilde gestalten, dann müßten sie auch jetzt wieder Herrn Hirsch oder etwa Herrn Bergmeister Engel kandidieren, die besten Vertreter der „nationalen“ Scharfmacherei. Doch man den politisch mehr linksstehenden Herrn Riemer aus der Versenkung entporzog, ist eine Konzeption an die Arbeiter- und Kleinbürgererschaft, die von den Herren Hirsch, Engel, Krabler und Genossen um so mehr wundern muß, als sie während des Vergarbeiterstreiks bekanntlich jede Konzeption an die öffentliche Meinung ablehnten. Also kann die Stimmungszahl für Riemer durchaus nicht als Gradmesser für die Stimmung der großen Wählermasse gegenüber der von der Regierung unterstützten „nationalen“ Scharfmacherei benutzt werden.

Eben dieselbe Verdunkelung der Volkstimmung beabsichtigt das Zentrum mit der Kandidatur Giesberts. In anderen politischen Zeitschriften hätte Giesberts die Kandidatur nicht erhalten, es sind genug Respektanten dafür in der Essener Zentrumspartei selbst. Der verstorbene Stögel hatte mit Hilfe der damals oppositionellen christlich-sozialen Arbeitererschaft ein Organ, den „Rhein-Westf. Volksfreund“, gegründet, um eine Waffe gegen die Zentrumskandidaten zu haben. Nachdem Stögel auch schon dem Zentrum offiziell beigetreten, hat doch stets das Organ der „besseren“ Essener Katholiken, die „Volkzeitung“, einen oft sehr gefährlichen Konkurrenzkampf gegen das Stögel-Organ geführt, bis es bankrott war und nur noch als Ableger der „Volkzeitung“ erschien, mit Stögel als von der Firma „Volkzeitung“ abhängigen Angestellten. Würde Stögel nicht gerade so plötzlich gestorben sein, jetzt wo die Verpfehlung der Verggegnovelle eine sehr gereizte Stimmung unter den Verggeleiteten erzeugte, die aus den „besten Kreisen“ stammenden Kandidaturaspiranten hätten ihre „Anrechte“ geltend gemacht. So aber mußte mit der Arbeiterstimmung gerechnet werden. Es lag nun aber doch so nahe, den Herrn Landtags-abgeordneten Brust kandidieren zu lassen; er hat nach seiner Ablegung als Gewerkevereinsvorsitzender Zeit für ein Doppelmandat, er ist mehr Fachmann in den für das Ruhrgebiet insbesondere in Betracht kommenden Arbeiterfragen als Giesberts. Außerdem hat Brust mitgeholfen an dem Vergarbeiter „Schuß“ Gesetz, dessen „Vorteile“ Herr Professor Hise schon wieder den Verggeleiteten eindringlich auseinandersetzt. Wenn das Zentrum sich die Antwort auf seinen Verggeleiterverrat ungehindert holen wollte, müßte es Herrn Brust kandidieren lassen. Man braucht aber nur den Namen des „christlichen Vergarbeitervertreter“ Brust in Wähler-versammlungen zu nennen, sofort erschallt brausendes Gelächter. Den Mittelstempel am Vergarbeitertrug mußte das Zentrum präferieren, dann kam eine unerfährte Volkstimmung zum Ausdruck. Herr Giesberts ist nur eine Verlegenheitskandidatur, mit seinem Renomme bei den katholischen Arbeitern will man den fatalen Eindruck des Verggeleiterverrates abwägen. Also auch hier eine Konzeption an die Arbeiterbewegung, gegen die sich gerade das Essener Zentrum in den siebziger Jahren mit Rageln und Zähnen gewehrt hat.

Der Essener Wahlkampf entfällt aber auch die bürgerlichen Parteien in ihrer ganzen Hüßlosigkeit, eine sachliche Propaganda zu betreiben. Nicht einmal unter sich wissen sie die Sache von der Person zu trennen. Wir erleben das seltene Schauspiel, daß

„nationale“, „christlich-soziale“ und Zentrumskandidaten bekennen, die sozialdemokratische Partei kämpfe sachlicher wie die bürgerlichen Gegner gegeneinander! Gleich im Anfang wurde der Zentrumskandidat von den „Nationalen“ attestiert, sie habe den Wahlkampf auf das gefährlichste, persönlichste Gebiet gezogen! Von dem sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Genschel, hieß es dagegen, er halte sich frei von persönlichen Angriffen, die Sozialdemokratie führe den Wahlkampf sachlich, aber ohne persönliche Beschimpfungen. Das sei notiert für alle Fälle.

Dagegen wimmelt es in den gegnerischen Flugblättern und Reden von Ausdrücken wie „Lügner“, „gleichgültig“, „politisch-Verderber“, „Schwindel“, „verlogen“, „Verrug“ — wohlgemeint! — mit diesen Lebenswürdigkeiten traktieren sich die Bürgerlichen untereinander. Den Rekord im Schimpfen hat nach übereinstimmendem Urteil die Stöder-Partei erzielt. Deren Flugblätter sind so gewöhnlich und verbohrend gehalten, daß selbst die in diesem wohlaffizierten Zentrumskandidaten „ungehobelter Sprache“ schrieb, obgleich der Stöder-Kandidat Behrens doch nur der Schriftwächter des Zentrums ist. Behrens hält jundenlange Reden, von denen ein evangelischer Pfarrer sagte, ihm sei die Schamröte aufgestiegen, als er einen evangelischen Mann (Behrens) so reden gehört habe! Der „christlich-soziale“ Kandidat waret durch die Skandalchronik aller Parteien außer der Stöders und des Zentrums. Damit die Achtung des Volkes vor der Geistlichkeit steige, traktiert Behrens die evangelischen Pfarrer, die für den (evangelischen) Herrn Riemer agitierten, mit Ausdrücken wie „Scharfmacher“, „Kapitalistenhelfer“, „Lügner“. Als Antwort nahm der altkatholische Pfarrer Kochel am Sonntag den Stöderjüngling vor und wies ihm wiederholt wissentliche Lügen nach. Darauf nun wieder eine fürchterliche „christlich-soziale“ Schimpfhalbe. Von einer prinzipiell-politischen Aufklärung der Wähler ist keine Rede. Im Arbeitervereinsredenstil schließt man über die Finanzwirtschaft des Reiches, das Kolonial-elend, die Jollwucherei, den verführten Arbeiter „Schuß“ hinweg. Natürlich verprechen alle bürgerlichen Kandidaten den Wählern gerade das nicht zu tun, wodurch sich die betreffenden Parteien um ihren Anhang gebracht haben.

Eine interessante Erscheinung ist auch die nunmehr erfolgte offene Mobilisierung der christlichen Gewerkevereine für das Zentrum! Herr Professor Hise demüht sich abermals in einem jetzt durch die Zentrumspresse laufenden Artikel, das Verhalten des Zentrums beim Vergarbeiterstreik zu rechtfertigen. Es habe die erzielten „Vorteile“ nicht fahren lassen wollen, außerdem bestände keine Aussicht auf Reichsberggesetzgebung. Das Zentrum habe sonst gern den Reichstag bemüht. Die letzte Erklärung des Herrn Prof. Hise wird schlagend widerlegt durch die diametral entgegengesetzte des Zentrums-Abgeordneten Geisler, der am 22. Mai im Landtage aussprach, „wir“ dürften „es nicht dahin kommen lassen, daß das Gesetz möglicherweise im Reichstage zur Verabschiedung gelangt!“ (186. Sitzung des Landtages vom 22. Mai 1905, Seite 13347). Hierin liegt das Eingeständnis des Zentrumsbetrugs, denn noch an demselben Tage versicherten die Zentrumskandidaten, der Wille des Zentrums an den Reichstag zu gehen, wenn nicht „mindestens die Regierungsvorlage“ im Landtage angenommen würde, sei unerschütterlich. Herr Hise mag sich weiter keine Mühe geben, auch er kann den Mohnen weiswachen.

Hinsichtlich der erzielten „Vorteile“ sieht doch wohl den Verggeleiteten ein kompetentes Urteil zu. Nun wohl, Gewerkevereinssekretär Effert urteilte im „Vergknappen“, das Gesetz biete „Steine statt Brot“, nur wer durch eine „parteiliche Brille“ sehe, könne Vorteile für die Verggeleiteten an dem Gesetz entdecken. Die christlichen Verggeleiteten verlangen, daß das Herrenhaus das Gesetz ablehnt, schrieb Herr Effert, der bekanntlich ein „christlich-patriotischer“ Mann ist. Herr Hise soll nur sein Gemühen daran geben, ihn hat der christliche „Vergknappe“ schon bländig widerlegt.

Bezeichnend ist nun aber, daß jetzt auch Effert in Wählerversammlungen auftritt und allerlei „Vorteile“ an dem Verggesetz entdeckt, die zur Empfehlung des Zentrumskandidaten dienen sollen! Er geht dabei aufs Ganze und hat in einer Bahre die christlichen Gewerkevereine verpflichtet, den Zentrumskandidaten zu wählen! Man kann Herrn Effert für die Entfaltung des parteipolitischen Charakters der sonst als „politisch neutral“ empfohlenen „interkonfessionell-christlichen“ Gewerkevereine nur dankbar sein.

Herr Effert weiß aber noch etwas Nützliches zu erzählen. Er teilte am Sonntag laut „Allgemeinen Beobachter“ in Stoppenberg mit, unter Tränen hätten ihm Zentrum-Abgeordnete beteuert, sie wären gern an den Reichstag gegangen mit dem Verggesetz, aber es sei nicht möglich gewesen! Damit vergleiche man die Worte des Zentrums-Abgeordneten Geisler, der im Rahmen des Landtags-Zentrums sprach. Was mögen das für trübselige Zentrum-Abgeordnete gewesen sein, die Herrn Effert den großen Wären aufgebunden? Aus diesem Beispiel ist ersichtlich, welche Mittel das Zentrum anwendet, um den Arbeiterzorn von sich abzulenken. Weinende Zentrumsführer treten auf und beteuern, sie hätten auch so gern gewollt, aber es ginge beim besten Willen nicht. Ein Königreich für eine Photographie von diesen am Grabe des Vergarbeiterstreikes wohnenden Zentrumsführern!

Wie wird das Wahlergebnis am 19. September sein? Was unsere Partei tun kann in der grundsätzlichen Aufklärung der Massen, geschieht mit freudigem Eifer. Aber unserer Agitation wird durch eine systematische Saalabtreibung und Saalverweigerung in vielen Orten erheblicher Widerstand entgegengekehrt. Wo wir nicht ein Lokal haben, stehen den Gegnern alle Lokale zur Verfügung. Der organisierte Großkapitalismus hat in Essen seine Hochburg. Wer lernen will, wie man die Religion zur Dienstmacht der Rechtspolitik herabwürdigt, betrachte sich hier die Schulkinder, die auf Geheiß des Pfarrers und Lehrers mit großen Versammlungseinladungen in Plaisform an den Kirchentüren stehen; es fehlt nur noch, daß der Geistliche das Plakat mit auf die Kanzel nimmt. Eine ganze Schar katholischer und evangelischer Geistlicher tragt von Versammlung zu Versammlung und spielt die geistliche Autorität für Großkapitalismus und Volkswanderung aus. Das ist ein Wahlkampf, in dem alle Register gezogen werden, um zu fanatisieren gegen die „vaterlandslose und religionslose Sozialdemokratie“. Wenn der Kampf zu Ende ist, wird mancher geistliche Sozialistendör Zeit haben, um in seinem Kämmerlein nachzudenken über das Wort: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“

Ruhig sehen wir dem Wahltage entgegen. Unsere Genossen tun ihre Schuldigkeit; schon daß sich jetzt die bürgerlichen Wahlmacher des Wahlkreises um und den Kopf zerbrechen, beweist, daß wir mächtlicheren. Noch vor wenigen Jahren behandelte man uns als unbekannte Größe.

Eine ergötliche Komödie, so berichtet man uns unterm 7. September, spielt sich gegenwärtig in Halle ab. Die agrarische konservative „Halle'sche Zeitung“ ist wegen des Beschlusses der Stadtverordneten, in Sachen der Fleischnot die Regierung zum Öffnen der Grenzen zu ersuchen, ganz aus Rand und Band. Zur „Aufklärung“ der Bevölkerung in einem Aufruf, der einstimmig aber unüberrichtig den Beschluß der Stadtverordneten erfüllte weite Kreise der Einwohner mit tiefstem Bedauern. Der zweite Bürgermeister, v. Holly, sei ein Mann, der im Fahrwasser des „radikalen“ Freisinn schwimme. Die Fleischer bewerten das Publikum aus und profitierten noch durch die Fleischnot. Das Verhalten der Regierung sei erfreulich und der ganze „Reisnottrübsinn“, werde voraussetzt sein, wenn der Landwirtschaftsminister die ominöse Halle'sche Petition in der Hand haben werde. So entwidelt sich jetzt ein bestiger Kampf zwischen „radikal“ freisinn, Freiheit und Agrarionerpartei — und über vier Wochen bei den Stadtverordnetenwahlen zieht die ganze Gesellschaft, auf gemeinsame Kandidaten eingeschworen, gegen die Sozialdemokratie zu Felde. Das ist das sogenannte „liberale“ Bürgertum. —

Bei der Reichstags-Ergebniswahl, welche am Donnerstag infolge der Ungültigkeitserklärung des polnischen Mandats durch den

Reichstag stattfand, im Wahlkreis Thorn-Kulm sind, wie die „Süddeutsche Zeitung“ meldet, nach vorläufiger Feststellung für Vorkandidat Dr. (nat.) insgesamt 14 803, für Reichstagskandidat (Volk.) 13 558 und für Reichstagskandidat (Soz.) 400 Stimmen abgegeben worden. Dr. ist danach gewählt.

Bei der Hauptwahl 1903 erhielt der nationalliberale Kandidat 13 406, der Volk 13 633, der sozialdemokratische Kandidat 908 und ein Zentrumskandidat 89 Stimmen. In der Stichwahl siegte Dr. mit 14 724 Stimmen über den Nationalliberalen, der 14 605 Stimmen erhielt. Von 1898—1903 hatte sich der Kreis in nationalliberalem Besitze befunden.

Die neue Tabaksteuer, die demnächst zur Hebung der ruinirten Reichsfinanzen dem Reichstage in Vorschlag gebracht wird, soll durch die hohe Porede schmackhafter gemacht werden, daß es sich ja nur um die „feinen Sorten“, insbesondere die Luxuszigaretten handeln solle. In der „Süddeutsche Zeitung“ wird der trügerische Schein dieser Porede der Reichsfinanzminister nachgewiesen; das Blatt führt u. a. aus:

„Da hat man sich einen „windigen Elitabreiter“ konstruiert; man schließt die leichten ansehbaren Zigarette vor und betont, es sei lächerlich, von der Zigarette des armen Mannes zu sprechen. Das ist nur bedingt richtig. Allerdings trifft es zu, daß das Rauchen der Zigarette nicht besonders wirtschaftlich ist; eine Dreifemmigzigarette befriedigt den Rauchgenuss des ärmeren Konsumenten weit mehr als fünf Einsemmigzigaretten. Den Hauptkonsum bilden die Zigaretten in der Preislage bis 2 Pf. Dieser Konsum wahrlich hat keinerlei luxuriösen Charakter. Einerseits Gesamtschmackrichtung, andererseits geschäftliches Jagen und Posten führten zu schnell verblühenden Zigarette. Was aber erwartet man von der Besteuerung dieses „Luxusartikels“? Nach der Produktionsstatistik von 1897 war der Faktorentwert von Zigaretten 280 Millionen Mark und jener von Zigaretten 11 Millionen Mark im Jahre. Seither mag sich der Faktorentwert der Zigarette annähernd verdoppelt haben, während der Faktorentwert der Zigaretten kaum um ein Sechstel gestiegen sein dürfte. Die Ausgabe an Zigaretten betrug im Jahre 1904 1 288 000 M. und die Zigarettenfabrikation erreichte die Höhe von 12 634 000 M. Nach der Verfassungsstatistik von 1904 beschäftigt die Zigarettenfabrikation 8759 Lohnarbeiter ohne die Hausarbeiter, also ungefähr den 20. Teil der Zigarettenindustrie. Da kann man doch wahrlich kaum Erträge erwarten, die besonders zu Buche schlagen, selbst wenn man den Zoll auf Fabrikate und orientalische Nochtabake verdoppelt. In 1904 betrug der erhobene Zoll bei Zigaretten 1 780 000 M. und von Nochtabaken aus der Türkei, Griechenland, den anderen Balkanstaaten und Russland, deren Gesamtexport keine 40 000 Doppelzentner zu 85 M. Zoll betrug (hierzur kommen noch Tabake, die über Triest, Rotterdam, Antwerpen eingeführt werden sind), insgesamt ungefähr 4 Millionen Mark. Große Beträge sind sonach von der Zigarette unter keinen Umständen zu erzielen, selbst wenn man „10 Zigaretten für 45 Pf.“ Detailwert unter dem Gesichtspunkte eines unnötigen, zum Himmel schreienden Luxus einschätzt.“

Wenn der Gegenstand des Freiheits v. Stengel erst vorliegt, dann wird es sich zeigen, daß es sich keineswegs nur um Besteuerung des Tabaks der wohlhabenden Kreise handelt. Die Reichssteuer bringt viel, sehr viel Geld, wenn die bisherige Ausgabewirtschaft fortgesetzt werden soll. Da reichen nicht die Steuern auf den Luxus, da rechnet man auf die Mehreinnahmen aus den Zöllen auf Getreide und andere Nahrungsmittel und ebenso wird es auch bezüglich des Tabaks wieder der Walfiskonsum sein, den man belasten will, weil er „zu Buch schlägt“.

Ein vom Schicksal ereilter Denunziant. Ein Majestätsbeleidigungsdenunziant, der einen braven Arbeiter und Familienvater ins Gefängnis gebracht hat, ist jetzt von der Nemesis ereilt worden. Im vorigen Jahre hatte in einer Wirtschaft zu W a r e u i h der Genosse A a i t e l während einer Vierteljahrsfrist einige unbedachte Worte über Wilhelm II. gebraucht. Der Wirt Georg Hübner hatte nichts eiligeres zu tun, als der Polizei Mitteilung hiervon zu machen, und Mittelbei wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 3½ Monaten Gefängnis verurteilt. Nun ist der Denunziant von dem gleichen Schicksal betroffen worden. Als im Mai d. J. der Prinz Leopold von Bayern sich vorübergehend in Wahren aufhielt, war in einer Wirtschaft, wo auch Hübner anwesend war, der „hohe“ Besuch Gegenstand der Unterhaltung. Hübner hatte sich bereits einen Saardentel angetrunken und ließ in diesem Zustande Aeußerungen über den Prinzen fallen, die durch den § 97 (Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses) mit Strafe bedroht sind. Auch hier fand sich ein Denunziant, der die Aeußerungen der Polizei hinterbrachte. Vor Gericht suchte sich Hübner zunächst mit Trunkenheit zu entschuldigen, aber seine Hauptausrede gipfelte darin, daß die Arbeiterschaft ihm seit dem Fall Mittelbei nicht grün sei und ihn vernichten wolle. Die Sozialdemokratie habe sich gegen ihn „verschoren“. Der Vorsitzende des Gerichts wies den H. wegen seines Bemühens, die Anklage als ein Werk der Sozialdemokraten hinzustellen, energisch zurecht. Er wurde mit Rücksicht auf seine damalige Trunkenheit zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Schweißfucker Strafkammer hatte sich ebenfalls mit einem Majestätsbeleidiger zu befassen. Angeklagt war der 50jährige Bierbrauer W a l t h a r W a h e r, ein gänzlich verkommenes, schon unangenehm Males wegen aller möglichen Vergehen und Verbrechen verurteilter Mensch, der bettelnd im Lande herumzog und eine Menge Armenaffen beschwindelte. Als er verhaftet wurde, wußte er in seiner Wut nichts anderes zu tun, als einige unsäglich Aeußerungen über den Kaiser zu machen, wofür er nun acht Monate Gefängnis erhielt. Damit ist die Majestät gegenüber den Beleidigungen des tief gesunkenen Menschen glänzend gerechtfertigt.

Das Respekttreiben gegen Hendrik Witbooi hat begonnen. Antilich wird gemeldet:

Die zum Angriff gegen Hendrik Witbooi versammelten Truppen haben am 25. August den Vormarsch angetreten.

Die Abteilungen Estorf und Sengerle erreichten nach Säuberung des Rananis- und Ganam-Plateaus die Linie Kleinfontein-Chamis.

Der Marsch über die mit Felsgeröll bedeckte, von tief eingeschnittenen Schluchten durchzogene Hochfläche war außerordentlich schwierig. Die Truppen fanden tagelang kein Wasser. Sie mußten daher teilweise die Pferde zum Trinken nach dem Leberlauf zurücktreiben.

Vor der Front trübten mehrere kleinere Hottentottenbanden nach Westen zurück. Eine stärkere, auf etwa 150 Reiter und 200 Fußgänger bestehende Bande mit zahlreichem Vieh überschritt die Linie Gorab-Duwisid in nordwestlicher Richtung und wandte sich in Höhe von Nam nach Westen. Sie wird vom unteren Gorab aus durch die Abteilungen Maerder und Meißer unter dem Befehl des Majors Meißer verfolgt.

Die Abteilung Kopp, verstärkt durch die 7. Batterie der Abteilung Sengerle, marschiert von Namis über Kamto auf Sinclair-Wine zur Säuberung des Tiras-Gebirges und der Krwab-Berge.

Das Hauptquartier befindet sich unter Bedeckung der Kompanie Ritter (2. Komp. Rgt. 1) in Chamis.

Husland.

Auf dem Wege zur Republik Norwegen.

Ueber die Verhandlungen in Karstad wird fortdauernd von den Delegierten beider Länder Stillschweigen beobachtet. Nach einer Privatmeldung berichtete „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“, daß die Verhandlungen bereits am Mittwoch abgeschlossen sein könnten. Vermutlich ist man aber doch nicht so schnell fertig geworden.

Im übrigen scheint es, daß in Norwegen der Gedanke an eine Republik mehr und mehr Sympathien gewinnt. Nachdem in letzter Zeit sogar konservative schwedische Blätter ziemlich unzweideutig zu verstehen gegeben haben, daß man in den tonangebenden Kreisen Schwedens nicht wünscht, einen

Vertragsvertrag auf Norwegens Thron zu sehen, geht auch die bürgerliche Presse in Kristiania dem Gedanken an eine Republik nicht mehr so aus dem Wege, wie es bisher der Fall war. „Dagbladet“ und „Verdens Gang“ bezeichnen nun die Republik als die nach Ablehnung des Angebots an das alte Königtum nächstliegende Staatsform, und „Intelligenssedler“ brachte dieser Tage einen Artikel, der nach einer historischen Uebersicht über die Taten norwegischer Könige mit folgendem schließt:

„Die letzten 600 Jahre der Entwicklung haben Norwegen mit unüberwindlicher Konsequenz vom Königtum fort und dem vom Volke regierten Freistaat entgegengeführt.“

Wenn sich die bürgerliche Presse Norwegens in dieser Weise weiter entwickelt und es den herrschenden Klassen in Schweden ernst ist mit ihrer Stimmung gegen das Angebot des Storting, so daß der schwedische Reichstag den König nicht veranlaßt darauf einzugehen, dann wird das neue Norwegen wahrscheinlich mit derselben Ruhe und Würde, wie das Königtum außer Betrieb gesetzt wurde, sich eine neue Staatsform ohne den lästigen Ballast eines Königs geben. — „Die Republik kommt“, so überschreibt „Sozial-Demokraten“ einen Artikel, der also beginnt:

„Nach dem Beschluß vom 7. Juni, im Sommer, erklärten wir, daß die Republik zu uns kommen werde ganz von selbst, ohne irgend ein Verdienst unsererseits. Es sieht nun so aus, daß das der Fall sein wird. Die Brandungen, die das Angebot an König Oskar hervorgerufen, das Witzbergnügen, das es von Anfang an in Schweden erweckt hat, und die Agitation, die hier in Norwegen vonseiten der Sozialdemokratie vom 7. Juni an bis auf den heutigen Tag entfaltet wurde, haben sicher ihre Wirkung getan. Selbst wenn der Umstand, daß Schweden sich so abweisend verhält, nur darauf berechnet wäre, die Agitation hier in Norwegen zu dämpfen, so ist auf Grundlage dessen, was geschehen ist, und dessen, was gesagt ist, besonders dessen, was gesagt ist, eine Volksabstimmung über die Frage unbedingt geboten. Je schneller es dazu kommt, um so besser.“

Unser Bruderorgan weist dann darauf hin, wie wenig die Belgier Glück mit ihrem Königtum gehabt haben, nachdem sie sich im Jahre 1830 so große Mühe gegeben, irgendwo in Europa einen brauchbaren Menschen für diesen überflüssigen Posten zu finden, und bemerkt dann weiter:

„Die Republik kommt. Danach ist die Frage: Welche Republik sollen wir haben? Darüber muß diskutiert werden. Denn wir können eine Republik erhalten, die schlechter als ein Königtum ist. Aber diese Frage kann nach der prinzipiellen Volksabstimmung in Verbindung mit den Wahlen zur Debatte kommen. Nun gilt es, auf der Hut zu sein, daß die monarchische Minderheit uns nicht überumpelt. Diese Gefahr war übrigens gerade gegenüber dem schwedischen Prinzen am größten. Sie ist geringer, wenn anderen Orten in Europa nach einem König gesucht werden soll.“

Die Zeit ist nun gekommen, um Vorschläge zur Volksabstimmung dem Storting vorzulegen.“

Oesterreich-Ungarn.

Die Situation in Ungarn

spitzt sich immer mehr zu. Die Arbeiterklasse ist mit einer bisher unbekannt Kraft in den Kampf gezogen und reißt andere Kreise mit sich fort. Am 15. September tritt das Abgeordnetenhaus zusammen und die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts kommt zur Entscheidung. Die Regierung will den Kampf der Koalitionsparteien um die „nationalen Forderungen“ (Einführung der ungarischen Kommandosprache) durch Bewährung hochwichtiger sozialpolitischer Gesetze durchkreuzen. Die Arbeiterklasse wird das Gute nehmen, wo sie es findet, sie wird aber mit weniger als dem allgemeinen Wahlrecht nicht zufrieden sein. Die Koalition erklärt die Regierung für ungefällig und will von ihr nichts annehmen. Unter diesem wichtigen Vorwand weist selbst die Unabhängigkeitspartei das allgemeine Wahlrecht zurück, jetzt, wo sie die Macht dazu hätte, es einzuführen. Früher war die Forderung des allgemeinen Wahlrechts ein beliebtes Prunkstück der Partei, jetzt eifert Koszuth dagegen mit den Argumenten, wie sie die erzklerikalen Volksfeinde besser nicht erfinden können. Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Partei, die Verlogenheit der Koszuthpartei klar und scharf gekennzeichnet zu haben. Wenn nämlich die Koalition von dieser Regierung nichts annehmen will, wer hindert sie, das früher von ihr geforderte allgemeine Wahlrecht aus eigener Initiative zu schaffen? Das ungarische Proletariat läßt sich mit dem Schwindel von „nationaler Selbständigkeit“ und dergleichen nicht mehr abspenken. Der diesen Sonntag in Budapest zusammentretende Landeskongreß der sozialdemokratischen Partei Ungarns bedeutet ein Wendepunkt in der Geschichte des Landes.

Amerika.

Eine Erhöhung der Armestärke gewünscht. Das Kriegsdepartement wird an den nächsten Kongreß das Ersuchen stellen, das stehende Heer auf 250 000 Mann zu erhöhen. Die reguläre Armee besteht aus ungefähr 80 000 Mann und im Falle eines Krieges aus 100 000 als Kerntruppen. Nach dem neuen Plan soll eine reguläre Reserve von ausgebildeten Soldaten gebildet werden, die in kürzester Frist mobil gemacht werden könnte. Der Plan umfaßt auch die Gründung einer National-Reserve von 100 000 Mann, die ebenfalls schnell einberufen werden könnte, somit eine Art erstes und zweites Aufsehbrot. Die „New Yorker Volkszeitung“ bemerkt dazu spöttisch, daß man sich nicht zu wundern brauche, wenn die kapitalistisch-imperialistische Macht ersten Ranges mehr Soldaten nötig habe, und fügt dann hinzu: „Das Originelle dabei ist, daß alle die gedienten Soldaten ein paar Dollars jährlich erhalten sollen, damit sie die Regierung bezüglich ihrer Adressen auf dem Lausenden erhalten. Ein Vorschlag in derselben Richtung wäre, daß alle diejenigen, welche bereits erklärten, im Notfall sofort und ohne weiteres in die Armee einzutreten, schon v o r h e r eine kleine Pension erhielten, damit man ihrer sicher sei.“

Australien.

Eine Aenderung der Einwanderungsbestimmungen. Wie dem „Daily Telegraph“ gefaßt wird, wird die Klausel in dem Einwanderungsgesetz, welches Kontraktarbeiter ausschließt, demnächst fallen gelassen werden. Der Ministerpräsident Deakin konsultierte mit dem Arbeiterführer Watson deswegen, und Watson gab seine Zustimmung unter der Bedingung, daß kein Mißbrauch damit getrieben wird und es ungeschicklich bleiben soll, Streikbrecher kontraktlich anzuwerben. Ebenfalls sollen Kontrakte anerkannt werden, durch welche Arbeiter sich verpflichten, zu geringeren Löhnen als den von den Gewerkschaften in Australien festgesetzten zu arbeiten. Deakin nahm diese Bedingungen an. Es handelt sich darum, mehr weiche Einwanderer ins Land zu ziehen. Gegen die Chinesen und Japaner bleiben die Schranken des Verbots der Einwanderung bestehen.

Der Tatarenkrieg im Kaukasus.

Baku, 8. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur). Balachan ist vollständig ausgebrannt; die Tataren schleppen alles, was nur den geringsten Wert hat, fort. Bibi-Eibat brennt noch. In den Straßen Baksus fallen nachts Schüsse. Die Dörfer und die Banken sind geschlossen. Die Verluste sind enorm.

Baku, 8. September. Der Schaden, der bei den Unruhen an den Regierungsgebäuden und Regierungseigentum angerichtet worden ist, beläuft sich auf 500 Millionen Rubel. Ebenso hoch wird der an privatem Eigentum angerichtete Schaden geschätzt. Etwa 100 000 Arbeiter sind infolge der Feuerbrände brotlos geworden. Man schätzt die Zahl der bei den Unruhen Getöteten und Verwundeten auf mehrere 1000. Die Petroleum-Industrie ist vollständig gestört und große französische, englische und dänische Kapitalien sind aufs schwerste geschädigt.

Aus Industrie und Handel.

Regierung und Kohlenyndikat.

Schon seit längerer Zeit röhrt man in offiziellen Berichten des Reichshandels des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats und den von letzterem inspirierten Blättern auf allerlei Aeußerungen, die deutlich erkennen lassen, daß man in den Kreisen der großen Zechenbesitzer die vor der Hibernia-Affäre bestehende alte Intimität zwischen Regierung und Kohlenyndikat gerne wieder herstellen möchte. Anscheinend befürchtet man, daß die monopolistischen Bestrebungen, die seit einiger Zeit mit verstärktem Nachdruck in den leitenden Personenzirkeln des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues hervortreten, durch irgend welche gesetzgeberische Maßnahmen durchkreuzt werden könnten, oder aber, daß die Regierung auf ihrem Kohlenfeldbesitz neue Abteufungen vornehmen und zu einer ernsthaften Konkurrenz gegen den Privatbesitz vorgehen könnte. Die Herren möchten sich aber ihre Ziele durch den Fiskus nicht stören lassen; eher sind sie dazu bereit, ihm einige kleine Konzessionen zu machen und mit ihm den beabsichtigten Raub zu teilen — natürlich so, daß ihnen der Hauptvorteil verbleibt. Aus dieser Sachlage erklärt sich, daß in der letzten Zeit wiederholt der Regierung offen und halb verdeckt angeboten worden ist, man wolle ihr gerne die Hibernia überlassen und ihr auch einige kleine Vorrechte im Kohlenyndikat zugestehen, wenn sie mit ihrem Grubenbesitz dem Syndikat beitrete. Auch der kürzlich von den Großzechenbesitzern unter Leitung des Herrn Stinnes gefaßte Beschluß, dem Fiskus eine Beteiligung von 10 Proz. an dem Internationalen Bohrergesellschaft für 35 Millionen Mark abgekauften Kohlenfeldbesitz anzubieten, gehört zu diesen Bestrebungen, die Regierung für die Pläne des Kohlenmagnatenums einzusparen oder wenigstens ihre Forderung der Monopolisierungsprojekte zu erkaufen. Bisher scheint man jedoch damit noch recht wenig Glück gehabt zu haben, denn es wird jetzt erneut die edle Ratone vom Rhein, die „Köln. Ztg.“, vorgeschoben, um für die Einigung zwischen den Großzechenbesitzern und dem Fiskus Stimmung zu machen und den letzteren zu ermahnen, zum Wohl des deutschen Kohlenbergbaues, d. h. der Zechenbesitzer, einen für beide Teile vorteilhaften Frieden zu schließen. Das Blatt leistet sich nämlich in einer „Der Fiskus im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau“ überschriebenen längeren Notiz folgende Ausführungen:

In der Stellung, die der preussische Fiskus dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau gegenüber einnimmt, hat sich im Laufe der letzten Jahre eine durchgreifende Wendung vollzogen. Noch bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit hatte der preussische Staat seinen Besitz von Kohlenbergwerken im westfälischen Bezirk; er beschränkte sich auf den Betrieb seiner Gruben an der Saar und in Schlefien. Erst mit der vor wenigen Jahren erfolgten Erwerbung von Gl a d b e c k und der zugehörigen Felder sah er auch in Westfalen festen Fuß. Dieser Schritt wurde damals in der Öffentlichkeit wie auch in den Kreisen des Kohlenbergbaues selbst ruhig hingenommen; denn der Fiskus konnte damals mit seiner Forderung noch keine irgendwie ins Gewicht fallende Rolle spielen. Zimmerhin wurde auch damals schon die Frage, ob der Fiskus dem Kohlenyndikat beitreten oder sich mit einer entente cordiale begnügen werde, erörtert. Für den Fall des Beitritts zum Syndikat würde indes der Fiskus sich damals hinsichtlich seiner Beteiligung wohl mit ziemlich bescheidenen Bedingungen haben begnügen müssen, und es war daher von seinem Standpunkt aus begreiflich, wenn er zunächst vom Beitritt abließ.

Bald darauf ging der Fiskus, um das Schwergewicht seiner Stellung im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zu verhärteln, einen Schritt weiter und erwarb einen großen Teil der Aktien der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia, in der ausgeprochenen Absicht, dieses Unternehmen vollständig in seinen Besitz zu bringen. Das tief ungeheure Aufregung hervor. Unter dem Schlagwort, daß der Fiskus die Verstaatlichung des gesamten rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues geplant habe, zog man gegen dieses Vorgehen zu Felde. Innerhalb des Kreises der Aktionäre der Hibernia-Gesellschaft wurde der Widerstand gegen die Verstaatlichung dieses Unternehmens organisiert und schließlich der Trost-Trust begründet, angeblich, um den Erwerb des Kohlenbergwerks Hibernia durch den Fiskus völlig unmöglich zu machen. Mittlerweile hatte die Wirt diese Vorgänge zum Ausgangspunkt einer stürmischen Höherbewertung sämtlicher Kohlenaktien gemacht. Das das Geschrei von einer allgemeinen Verstaatlichung des Kohlenbergbaues gegenstandslos, das Vorgehen des Staates, der dem Kohlenyndikat gegenüber von jeher eine durchaus freundliche Stellung eingenommen hatte, vielmehr durch die Bildung großer Interessengemeinschaften, Verschmelzungen usw. veranlaßt war, wird heute wohl allgemein anerkannt. Trotzdem ist aus jener Zeit eine gewisse Verstimmlung zwischen Kohlenbergbau und Fiskus zurückgeblieben, die sich gelegentlich des Kohlenarbeiter-Ausstandes noch verschärfte und in dem schon erwähnten Trost-Trust einen Kristallisationspunkt fand. Trotzdem gewinnt die Erkenntnis, daß dieses gespannte Verhältnis für unser gesamtes Wirtschaftsleben schädlich ist, offenbar von Tag zu Tag auf beiden Seiten an Boden. Das läßt sich schon daran wahrnehmen, daß bereits vor geraumer Zeit aus den Kreisen des Kohlenbergbaues heraus angedeutet wurde, daß man wohl gern bereit sein würde, sich über die Hibernia-Frage wie auch über die Regelung der Beziehungen des Syndikats zu dem Fiskus mit diesem zu verständigen.

Eine gewisse Bedeutung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Fiskus und Kohlenbergbau gewinnt nunmehr offenbar der jüngst von der Internationalen Bohrergesellschaft getätigte Verkauf von Kohlenfeldern. Als bekannt wurde, daß eine Gruppe von Gewerkschaften, Aktiengesellschaften und anderen Unternehmungen des Kohlenbergbaues jene Felder zu gemeinschaftlichem Besitz für den Betrag von 35 Millionen Mark übernehmen habe, bezeichnete die industrieseindliche Presse mit der „Arzuz-Zeitung“ an der Spitze das sofort als einen gegen das Staatsinteresse gerichteten Schlag und forderte dessen Eingreifen unter gleichzeitigen heftigen Angriffen auf den Handelsminister. Wie hier hätte eingegriffen werden können oder sollen, war wohl auch der „Arzuz-Zeitung“ unklar. Außerdem aber befand sie sich in der Sache selbst in einem vollständigen Irrtum, denn von der „Kölnischen Zeitung“ wurde alsbald darauf hingewiesen, daß in dem zwischen der Internationalen Bohrergesellschaft und den Kohlenfeldbesitzern getätigten Vertrag dem Fiskus ausdrücklich eine Beteiligung von 10 Proz. an der für die Kohlenfelder zu bildenden Gesellschaft ausbedungen worden war. Man hat zwar versucht, diesen Vorbehalt als für den Fiskus völlig wertlos hinzustellen und herunterzusetzen. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, in wie viele Teile der gesamte Kohlenfeldbesitz schon infolge der großen Zahl der Teilnehmer an dem neuen Geschäft notwendigerweise zerfallen muß, so wird man die für den Fiskus vorgesehene Beteiligung um so weniger als bedeutungslos oder unzulänglich hinstellen dürfen, als sie ungeschicklich seinem derzeitigen Anteil an der Gesamtförderung des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues entspricht. Jedenfalls kommt aber in der erwähnten Bestimmung des Vertrages das ausdrückliche Verbot des Kohlenbergbaues zum Ausdruck, sich mit den einmal geschaffenen Verhältnissen abzufinden, d. h. die Stellung des Fiskus innerhalb des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks an-

zuerkennen und ihm seinen entsprechenden Anteil einzuräumen. Ob dabei gerade an den vorgeschlagenen 10 Proz. festzuhalten ist, wird wohl im Laufe der Verhandlungen noch des näheren zu erörtern sein. In jedem Falle sollte aber die Hand, die dem Fiskus hier geboten wird, nicht zurückgewiesen werden. Daß irgend ein Grund zu dieser Beforgnis vorliegt, glauben wir nicht, halten uns vielmehr zu der bestimmten Annahme berechtigt, daß der Fiskus durch seine Beteiligung an dem Fiskus keine Stellung im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zu fechten bemüht sein wird. Ist das aber erst einmal geschehen, d. h. hat sich der Fiskus mit den führenden Unternehmungen des Kohlenbergbaues zu gemeinsamer Verwaltung und Aufteilung von Kohlenfeldern zusammengesunden, so darf man wohl auch erwarten, daß sich auf anderen Gebieten seine Beziehungen zum Kohlenbergbau bessern werden. Es liegt nahe, daran zu denken, daß man sich dann auch über die Hiberniafrage und die Stellung zum Kohlenfondit leichter verständigen kann.

Die Auslassungen sind recht charakteristisch dafür, wie die Herren ihr Verhältnis zum Staat aufzufassen. Sie verhandeln gewissermaßen mit ihm als gleichberechtigte Macht. Ob sich diesmal der Fiskus auf die schönen Vorschläge einlassen wird?

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftskämpfe und Inhaltsbesehle.

Anlässlich des Bäckerstreiks in Dresden veröffentlichten die organisierten Bäcker regelmäßig eine Liste derjenigen Bäckereien, die die Forderungen der Gehülften bewilligt hatten. Dagegen wurde, wie der „Vorwärts“ seinerzeit berichtet hat, ein Inhaltsbesehl erlassen, der dahin ging, daß bei Vermeidung einer Strafe von 1000 M. die Veröffentlichung der Liste der „bewilligten Bäckereien“ zu unterlassen sei. Inzwischen hatten sich aber die Bäckermeister, die die Gehülftenforderungen bewilligt hatten, zu einer freien Vereinigung zusammengeschlossen. Und die dieser Organisation angehörenden Bäckermeister erließen nun in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein Inserat, durch welches sie ihre Badwaren in empfehlender Erinnerung brachten und darauf hinwiesen, daß sie die Forderungen der Bäckergehülften bewilligt hätten. Am Schlusse des Inserats waren in hervorgehobenem Druck alle der freien Vereinigung angehörenden Bäckermeister in Fettdruck mit Namen und Adresse angeführt. Gleichzeitig wurde in einer Lokalnachrichte im redaktionellen Teile der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ auf das Inserat der freien Vereinigung hingewiesen. Darin erblidte die Dresdener Bäckerinnung eine Fortsetzung in der Veröffentlichung der ersten Liste „bewilligter Bäckereien“ und es erging an das Landgericht der Antrag, gegen alle drei Verleger der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine Strafe von je 500 M. zu erlassen und die Hinterlegung einer Kaution von 10 000 M. zu verfügen. Dagegen wurde Einspruch erhoben. Und jetzt hat das Dresdener Landgericht das Verlangen der Bäckerinnung abgewiesen, weil das Inserat der freien Vereinigung der Bäckermeister nicht unter das Strafverbot des ergangenen Inhaltsbesehls falle. Eine Aufforderung, in den übrigen Bäckereien nicht zu kaufen, könne in dem Inserat der freien Vereinigung nicht erblidelt werden, zumal dieses sich nur an die Dresdener Arbeiterschaft richte, während der Inhaltsbesehl sich nur gegen Veröffentlichungen richte, durch welche die Arbeiterschaft und die sonstige Bevölkerung indirekt veranlaßt werden solle, bei den Bäckereien, die nicht bewilligt haben, keine Einkäufe zu machen.

So ist also diese Aktion ins Wasser gefallen. Ist auch damit die Gefahr nicht beseitigt, die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeitern durch die Inhaltsbesehle droht, so kann man aus dem neuen Dresdener Falle doch auch gewisse Nutzenwendungen für andere Vorkommnisse dieser Art ziehen.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Vororte! Weil der Obermeister der Barbierinnung, Herr Leopold, die Abmachungen vor dem Gewerbeamt als Komodie bezeichnet und die Lohnbewegung offiziell beendet wurde, glaubt ein Teil der Arbeitgeber die gemachten Bewilligungen nicht mehr halten zu brauchen. Durch Umgehung des erst anerkannten Arbeitsnachweises und durch Einstellung unorganisierter Gehülften versucht man den früheren Zustand wieder herbeizuführen. Daß solche Handlungsweise von den organisierten Arbeitern nicht gebilligt werden kann, ist selbstverständlich, um so mehr, als sie durch ihr solidarisches Verhalten wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Bewegung mit einem guten Erfolg abschloß. Um nun einem jeden die Möglichkeit zu geben, kontrollieren zu können, ob die Forderungen der Gehülften bewilligt sind, erhalten dieselben eine weisgrüne Kontrollkarte, welche am Spiegel sichtbar angebracht ist und laufend getempelt sein muß. Die Mitglieder der freien Vereinigung selbständiger Barbier sind außerdem im Besitz eines Plakats, welches im Laden angebracht ist. Alle anderen Karten und Plakate sind ungültig. Laßt Euch durch irgend welche Ausreden nicht heitren, achtet auf die weisgrüne Kontrollkarte. Hoch die Solidarität! Die Bewilligung zurückgezogen resp. durchbrochen haben:

W. I. M. e., Bernauerstr. 98, und Karras, Wälschenstr. 69a.
Verband der Friseurgehülften. Zweigverein Berlin.

Achtung, Rohrleger und Helfer!

Der Betrieb von J. Schmidt, Charlottenburg, Gutenbergstraße 3, ist frei und demnach der Van Guerickestr. 30/31 nicht mehr gesperrt; desgleichen der Betrieb von Jentsch, Vangestr. 2a, Van Ober-Schneeweide, Mathienaustraße, Van Krause, ebenso der Betrieb von P. Graeg, Pantow, Verlmerstr. 10 und sind die Bauten Pantow, Prinz Heinrichstr. 1, Müllerstraße, Ede Schönringstraße, Sparrplatz 15, Nieder-Schönbaufen, Wald- und Platanenstraßen-Ede, Eigenstraße, Pantow, Kavalleriestraße, Van Knorr, nicht gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ordnungsverwaltung Berlin.

Tarifbewegung der Töpfer. Eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung der Töpfer beider Organisationen, die am Donnerstag im großen Kellerschen Saale tagte, hat einstimmig beschlossen, den bis zum 31. Dezember d. J. laufenden Tarif zu kündigen. Bei den Beratungen eines neuen Tarifs sollen die Mängel und Unklarheiten des bisherigen Tarifs beseitigt sowie alle Neuerungen in der Ausführung der Arbeiten, die während der Tarifdauer entstanden sind, berücksichtigt werden. Ferner werden folgende Lohnforderungen gefordert: Auf vier- und fünfgedige glatte sowie Einfassungsglöben 25 Proz., auf vier- und fünfgedige Mittelformen 10 Proz., auf Kochherde 20 Proz., auf Backherde 40 Proz. — Die geforderte Lohnserhöhung wird begründet mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise, die infolge des neuen Posttarifs eine weitere Steigerung erfahren werden, auch wird erwähnt, daß das Arbeitsmaterial schlechter geworden und die Arbeit dadurch erschwert worden ist, so daß bei den bisherigen Tariffällen ein ausreichender Verdienst nicht mehr erzielt werden kann.

Die Bewegung wird von beiden Organisationen der Töpfer gemeinsam geführt. Die Versammlung wählte eine Lohnkommission. Dieselbe besteht aus den Verbandsmittgliedern Kemnitz, Puhn, Schäuber, und den Vereinsmitgliedern Paul, Beck, Kidel. Unmittelbar nach Eröffnung der Versammlung bemerkte ein Vertreter des Vereins der Töpfer, daß seine Organisation ein Zu-

kommengehen mit dem Verband in der Tarifbewegung davon abhängig mache, daß der Verband den früher gefassten Beschluß, wonach die Mitglieder des Vereins als Streikbrecher angesehen werden, in aller Form aufhebe. — Seitens des Verbandes wurde darauf geantwortet, daß der Beschluß in der Verbandsversammlung am 30. August bereits aufgehoben worden sei. Die Veröffentlichung im „Vorwärts“, welche der Verein der Töpfer vermischt, sei ohne Schuld des Verbandes unterblieben, die Veröffentlichung solle aber nachgeholt werden, wenn es gewünscht werde. — Damit galt diese Angelegenheit als erledigt und die Mitglieder beider Organisationen verhandelten gemeinsam über die Tarifbewegung und fassten die vorstehend angeführten Beschlüsse.

Die Bewegung der Töpfer scheint erfreulicher Weise eine Annäherung zwischen den beiden Organisationen zu bringen. In einer Versammlung der Filiale Berlin des Zentralverbandes wurde, um ein gemeinsames Vorgehen möglich zu machen, folgender Beschluß gefaßt:

Der Beschluß der öffentlichen Töpferversammlung vom 18. Juli 1902, wonach jeder Kollege, welcher ohne Vermittlung des damaligen paritätischen Arbeitsnachweises in Arbeit trat, als Streikbrecher zu betrachten sei, ist aufgehoben worden.

Die Konsequenz des aufgehobenen Beschlusses war bekanntlich, daß jeder lokalorganisierte Töpfer schon um deswillen als Streikbrecher galt, weil er nicht den paritätischen, sondern den Nachweis der eigenen Organisation benutzte. Die Aufhebung des Beschlusses bedeutet die Beseitigung einer der Haupttrennungspunkte der beiden Organisationen. Er hebt die Berliner Verbandsfiliale, daß sie sich ohne falsche Scham zu einem solchen Akt des Entgegenkommens bereit finden lassen konnte.

Der Ausstand der Lugino-Puher ist zu deren Gunsten beendet. Die Sperre über die Firma Lugino u. Co. ist aufgehoben. Die Arbeit wird heute, Sonnabend, im vollen Umfange wieder aufgenommen. Die sich im Ausstande befindlichen Puher und Puherträger der Firma hatten sich am Freitagvormittag im Gewerkschaftshaus zur Kontrolle eingefunden. Hier konnte ihnen mitgeteilt werden, daß die Firma durch ein Schreiben an den Vorstand der Sektion sämtliche Forderungen der Streikenden anerkannt hat.

Der Lohn für die Puher beträgt nun pro Stunde 85 Pfennig. Die Puherträger erhalten 75 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt für alle Puher und Puherträger 8 1/2 Stunden pro Tag mit den üblichen Abänderungen bei der kürzeren Tageszeit. Alle vorkommenden Arbeiten dürfen von jetzt ab nur im Lohn ausgeführt werden. Im übrigen sollen die Bestimmungen, die im neuen Vertrag für 1905/6 mit dem „Berliner Betonverein“ etwa vereinbart werden, auch für die Firma A. Lugino u. Co. Geltung haben.

Der Verlauf der Sperre und die dadurch für die Beteiligten erzielten Erfolge sind derartig, daß sie geradezu als grundlegend für die Lohnbewegung, welche die Sektion der Gips- und Zementbranche vom 1. Oktober d. J. ab führen muß, gelten können. Die bei der Firma beschäftigten Puher und Puherträger haben sich durch dieses Vorgehen wieder in Reich und Glied mit der übrigen Arbeiterschaft gestellt. Werden die Erfolge genügend ausgenützt, dann werden sie zum Vorteil der Beteiligten und zum Vorteil der in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Arbeiter wirken.

Der Streik der Kutscher und Lagerarbeiter der Firma Albert Meyerdorf u. Sohn dauert unbeeinträchtigt fort. Durch Inserate in bürgerlichen Blättern versuchte die Firma Arbeitswillige heranzuziehen, konnte aber dennoch den Betrieb nicht regelrecht aufrecht erhalten. Nur vier Gespanne mit der Hälfte der sonstigen Ladungen verließen den Hof. Die Firma scheint in ihrem Geschäftsführer wie Expedienten recht „humane“ Vorgehens zu haben, denn deren Verhalten hatte in den letzten Tagen die Sache noch verschärft. Der Expedient, Herr Gaullé, welcher neben seiner Tätigkeit noch Inhaber zweier Weiß- und Porzellanhandlungen im Südosten ist, steht der friedlichen Beilegung des Streiks nach Ansicht der Kutscher am meisten im Wege. Die Streikenden halten fest zusammen. Kutscher Berlins hält den Zugzug fern.

Achtung, Kleber!

Wegen Differenzen sind die Bauten der Firma Zinke, Adlerstraße 155, bis auf weiteres gesperrt. In Betracht kommen die Bauten Rigackerstr. 115 und Alsterstr. 67. Die Bauhandwerker werden hierauf aufmerksam gemacht.

Die Kitzbühner-Kommission.

Achtung, Wäschbranche! Die Firma Gebr. Vorchardt, Neue Königstr. 19, ist bis auf weiteres für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt, da Differenzen mit den Näherinnen ausgebrochen sind. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Wäscharbeiter. Die Ordnerverwaltung.

Deutsches Reich.

Ferror.

Halle, 7. September. (Sig. Ver.) Ein kleiner Streik bei der Firma Schäfer u. Söhne in Schandly hat schon ungeheures Opfer gefordert. Jüngst wurden wieder vom Schandlyer Schöffengericht die Arbeiter Engelhardt, Ragel und Zimmermann zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie einen Arbeiter Dened, der zum Streikbrecher werden wollte, mißhandelt hatten. Engelhardt und Ragel hatten gegen das erste Urteil bei dem Landgericht Halle Berufung eingelegt. Da hieß es denn in der Begründung des ersten Urteils, das Schöffengericht habe deshalb so hohe Strafen verhängt, um sowohl den Angeklagten als auch anderen Personen zum Verwehrlern zu bringen, daß man bei Streiks derartig nicht vorgehen dürfe. — Die Angeklagten sind also des Hals mit so hoch bestraft worden, damit andere von einem gleichen Vergehen abgehalten werden. Das Landgericht bestätigte das Urteil der Vorinstanz.

Die Klemperer in Kiel stehen seit nunmehr zehn Wochen im Streik. In der „Deutschen Klemperer-Zeitung“ sowie in der Zeitung „Deutscher Arbeitsmarkt“ suchen die Arbeitgeber Streikbrecher. Klemperer und Installateure werden vor Zugzug gewarnt. Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Der Konflikt in der Weberei von Gröblich u. Wolf in Kassel ist beendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen, nachdem die Firma die meisten Forderungen bewilligt hat.

Eine neue Weberausperrung. In Reichenbach in Schlesien, wo reichlich 850 Weber und Weberinnen der Firma Cohn Gebr. die Arbeit niedergelegt haben, haben die vereinigten Fabrikanten sämtliche organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen durch Anschlag in den Fabriken gefänglich.

Zum Streik der Hamburger Glaser. Seit gestern hat sich die Situation zugunsten der Streikenden verschoben, indem die Großmeister, nicht zufrieden mit den von der Innung gefassten Beschlüssen, mit den Gesellen eine diese befriedigende Vereinbarung getroffen haben. Danach wird die neunstündige Arbeitszeit beibehalten. Der Stundenlohn beträgt für volljährige Gesellen 60 Pf. und vom 1. April 1903 ab 65 Pf. nebst entsprechenden Aufschlägen für Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Auf Grund dieser Vereinbarung haben heute von den 200 Streikenden 140 die Arbeit aufgenommen.

Die Tischler in Bremerhaven haben auf das Ultimatum der Unternehmer hin sich zu Unterhandlungen bereit erklärt. Sie beauftragten ihren Vorsitzenden und einen anderen Kollegen mit solchen auf der Grundlage, daß ihnen außer der zugesagten Lohnserhöhung am 1. Januar eine weitere Aufbesserung am 1. April zu teil werde. In würdiger Weise erklärten sie, daß nicht die Drohung mit der Gesamtperrung, sondern nur die Tatsache die Arbeiter zu diesem Schritte führte, daß sie in jedem Stadium des Kampfes zu Unterhandlungen bereit seien.

Ein Telegramm des Wauarbeiter von Bremerhaven und Geestemünde erfolgte, weil die Tischler nicht, wie gefordert, die Arbeit aufgenommen haben. Die Aussperrung würde etwa 2000 Personen umfassen.

Russland.

Der Schweizerische Zupersonalverein hat sich durch Abstimmung für Anschließung an den Gewerkschaftsbund entschieden. Es stimmten 1139 mit ja, 1125 mit nein.

Der englische Gewerkschaftskongress

tagt in dieser Woche in Hanley. Anwesend sind 458 Delegierte, die 214 Trades-Unions mit insgesamt 1 501 800 Mitgliedern vertreten. Dieses Mal sind auch wieder der Maschinenbauer-Verband und der Verband der Durham-Vergleute vertreten, die sich eine Reihe von Jahren den Kongressen ferngehalten hatten. Unter den Delegierten sind sechs Parlamentsmitglieder, das Arbeitsamt ist durch John Burnet vertreten; auch die Lady Warwick ist anwesend. Die Eröffnungssprache hielt Sexton (Hafenarbeiter von Liverpool), der die Befriedigung des internationalen Proletariats über den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan zum Ausdruck brachte. — Hierauf wird der Bericht des parlamentarischen Komitees gegeben. Dieser befaßt sich in ausführlicher Weise mit dem gegenwärtigen Stande der englischen Arbeitergesetzgebung: Arbeitslosen-, Unfallversicherungsgesetz, besonders aber mit dem Entwurf betr. die rechtliche Stellung der Trades-Unions. Dieser ist nach der zweiten Lesung durch die Parlamentskommission demart ver schlechert, daß die Gewerkschaften gegen die Annahme in dieser Fassung im Interesse ihrer Existenz auf das lebhafteste protestieren müssen. Auch die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter zur Abwehr der Angriffe auf die Gewerkschaften, die Vermehrung der Macht der Arbeitervertreter im Parlament wird betont und Sexton hatte schon in seiner Begrüßungssprache erklärt, daß nur die politisch unabhängige Arbeitervertretung der Arbeiterbewegung Hilfe bringen könne. Beide Fraktionen der englischen Sozialdemokratie benutzten die Gelegenheit und hielten im Laufe der Woche große Meetings ab.

Das deutsche Opfer des Zaren.

Die deutsche Regierung — siehe die Politische Uebersicht — kann die Mitschuld an dem zarischen Justizmord nicht mehr fäulen.

Ein Telegramm aus Warschau meldet uns:

Kasprzak ist heute 6 Uhr früh hingerichtet worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwere Zeiten für den Kaiser von Oesterreich.

Zur Beendigung der großen Manöver in Böhmen hielt der Kaiser von Oesterreich, wie „W. Z. B.“ aus Siedna in Böhmen meldet, eine Rede, worin er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß er „in dieser schweren Zeit einige Tage inmitten seiner treuen Truppen zugebracht habe“.

Streik in Hamburg.

Hamburg, 8. September. (W. Z. B.) Die Korn-Affordschauerleute haben heute wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt. Am Ausstand sind etwa 525 Mann beteiligt. Auf 15 mit Getreide im hiesigen Hafen liegenden Dampfern ruhte infolge dieses Ausstandes heute die Arbeit.

Halle a. S., 8. September. (W. Z. B.) Univeritätsprofessor Dr. Koshshütten, Abgeordneter und Führer der Freisinnigen Volkspartei, ist 67 Jahre alt in Bad Salzschlirf gestorben.

Brag, 8. September. (W. Z. B.) Unter den Schiffen ist eine Lohnbewegung ausgebrochen. Sie verlangen für die Strecke Ruffig—Magdeburg 90 statt 70 M. monatlich. Die Schiffsahrtsgesellschaften verweigern die Schiffe bis zum Oktober.

Petersburg, 8. September. (Redung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Weichselprovinzen sind als von der Cholera bedroht erklärt worden. Zeitliche Beobachtungsstellen sind längs der Weichsel in Reschawa und Nowobidmor errichtet worden.

Die Republik gegen das Koalitionsrecht.

Paris, 8. September. (W. Z. B.) Der Handelsminister Dubief hat das Gesuch der Post- und Telegraphendirektoren um Ermächtigung zur Gründung einer Fachgenossenschaft abgewiesen, mit der Begründung, die republikanische Regierung könne nicht zugeben, daß Staatsangestellte das wirtschaftliche Leben des Landes gefährden, indem sie ihre privaten Interessen gegen die öffentlichen Interessen ins Treffen führen.

Reservistenrevolte.

Aus Saint Etienne wird nach „W. Z. B.“ Pariser Blättern gemeldet, daß während der Manöver bei einer Reservistenkompagnie eine Meuterei der Soldaten ausbrach; diese brachten bei ihrem Hauptmann verschiedene Beschwerden vor, verließen das Regiment und zerstreuten sich unter Abführung revolutionärer Lieder nach allen Richtungen.

Zur Erdbeben-Katastrophe in Italien.

Catanzaro (Kalabrien), 8. September. (W. Z. B.) In den kleinen Städten und Dörfern des Kreises Catanzaro sind, soweit bis jetzt bekannt, sieben Personen getötet und elf verwundet worden. Eine Anzahl Häuser, die durch das Erdbeben stark gelitten haben, drohen einzufallen. In Martirano (Kreis Nicastro) sind etwa 200 Personen ohne Obdach. In anderen Dörfern des Kreises Nicastro sind drei Personen getötet und dreißig verwundet worden. Im Kreise Monteleone sind die Verwundungen enorm. Etwa 50 Tausend des Gefängnisses von Monteleone sind verlegt. In anderen Dörfern des Kreises werden 15 Tote und 250 Verletzte gezählt. Mehrere Dörfer sind zerstört. Nach den von dem Erdbeben heimgeführten Gebieten wurden Sanitätstruppen und Zelte geschickt. Zum Transport der Sanitätsbeamten und des Hilfsmaterials ist ein Sonderzugverkehr eingerichtet worden.

Die Lage in Japan.

Tokio, 8. September. (W. Z. B.) Die Stadt ist jetzt ruhig. Während der Nacht ist es nirgends zu ernstern Unruhestörungen gekommen.

Tokio, 8. September. (W. Z. B.) Letzte Nacht kam es in Kobe zu Unruhestörungen; das Standbild des Marquis Ito wurde vom Sodel gerissen und durch die Straßen geschleift.

Tokio, 8. September. (W. Z. B.) Die hiesige Zeitung „Asahi“ macht die Regierung wegen des Starrsinnes, den sie gezeigt habe, für die Angriffe auf die christlichen Kirchen verantwortlich. Hatte die Regierung, schreibt das Blatt, der Volkstimme ihr Ohr geöffnet und das Volk nicht durch ihre Verstocktheit aufgebrach, so wäre Tokio die Schande und Demütigung eines Vödelaufstandes erspart geblieben, der zur Verhörung von Missionseigentum führte. Dadurch sind die Empfindlichkeiten des Auslandes getroffen worden. Wir bedauern das Vorkommnis in hohem Grade. „Asahi“ tadelt sodann besonders den Minister des Innern und den Polizeichef und erklärt, beide sollten zurücktreten. „Niji Shimojo“ spricht sich mißbilligend über die Erniedrigung aus, die in der Verhängung des Standrechts liegt und fordert den Rücktritt des Kabinetts.

Die Cholera.

Marienwerder, 8. September. (W. Z. B.) Die Neuen Westpreussischen Mittelungen“ berichten: Bei dem Fährmann Weier in Kurzbeick ist Cholera amtlich festgestellt worden. Ein fünfjähriges Kind desselben und die Fischerfrau Siemens aus Jesevitz sind heute unter choleraüberdrächtigen Erscheinungen gestorben.

Danzig, 8. September. (W. Z. B.) Wie aus Marienburg gemeldet wird, sind drei neue choleraüberdrächtige Erkrankungen den Behörden zur Kenntnis gebracht worden. Es handelt sich um eine Frau aus Tessenford und um einen Kutscher und einen Arbeiter aus Marienburg, die in die Marienburger Choleraerkrankung eingeliefert worden sind. Sonstige neue Fälle sind in Regierungsbereich Danzig nicht vorgekommen.

Debatten über Wenn und Aber.

V.

Unter den Beweisen Kautskys für die e.-ä. Richtung der „Vorwärts“-Redaktion wird auch angeführt, daß in der Kritik der Roland-Holtschen Schrift, von der dieser ganze Parteistreit ausgeht, gesagt sein soll, im Falle eines Staatsstreiches seien wir zu allen Mitteln moralisch berechtigt, ja verpflichtet. Es scheint uns allzu töricht, gegen die Belehrung Kautskys zu polemisieren, daß es nicht auf die moralische Berechtigung in irgend einem Philisterstunde ankäme, sondern auf die materielle Möglichkeit. Der „Vorwärts“ schreibt nicht für ökonomisch-historische Säuglinge. Das moralische Recht, so wie es Kautsky unbegreiflicherweise auffaßt, hat das Proletariat in jedem Augenblick und seit jeher, seine Ketten zu sprengen. Wir aber sprachen von jener weltgeschichtlichen Situation, in welcher der Druck so unerträglich wird, daß der Entschluß zur Gegenwehr die unabwendbare Forderung sein muß für eine Partei wie für eine Klasse, die nicht auf ihre Existenz verzichten will. In jedem größeren Streit tritt schon dieses „moralische“ Moment ein. Ob ein Streit im Kautsky-Sinne moralisch berechtigt sei oder nicht, darüber zu grübeln fällt niemand ein, aber es müssen gewisse Umstände zusammentreffen, um jene Situation zu schaffen, in der das „Vordenshinwerfen“ höchste Pflicht zugleich und psychologische Notwendigkeit wird. Wenn die Sozialdemokratie verzichtete auf diese Erziehung zur Tat, dann hörte sie auf zu leben. Das Studium der materiellen Möglichkeit darf in solchen Augenblicken natürlich nicht außer acht gelassen werden, aber noch niemals, so lange es eine Weltgeschichte gibt, konnte jemand rechenerisch, mit mathematischer Sicherheit, jeweils feststellen, ob die materiellen Möglichkeiten einer Handlung zum Erfolge führen müssen. Gerade darauf kommt es in solchen revolutionären Krisen an, den moralischen Mut zu einer Tat zu finden. Das Studium der materiellen Bedingungen in solchen Situationen ist kinderleicht und kann von jedem Kalkulator recht und schlecht erledigt werden, die Entschaffung der Begeisterung aber ist das schwierigste Problem politischer Erziehung, die Entschlossenheit zur Tat vielleicht das ungeheuer tragische Problem der Weltgeschichte. Es ist wirklich unverständlich, was die Auseinandersetzungen Kautskys über moralische Pflicht und die Warnung vor Kopflosigkeit bedeuten sollen. Oder mutet uns Kautsky zu, daß wir unter der moralischen Pflicht zu entschlossenem Handeln solche moralisch-ökonomischen Erwägungen verstehen, wie etwa die „Vossische Zeitung“ sie jedesmal von sich gibt, wenn sie uns belehrt, daß der Streit unter Kontraktbruch „unfair“ ist. Die moralische Entschlossenheit, auf die wir uns berufen können und berufen müssen, ist jener revolutionäre Idealismus, der die Grundlage parteigenösslicher Erziehung ist und ohne den wir elend verkommen würden. Er ist die in den Willen, die Entschlußkraft aufgenommene Summe aller — ökonomisch-historischen Bedingungen!

Wir kehren nunmehr zurück zu den greifbaren Beweisen Kautskys. Als Beispiel aus der jüngsten Zeit führt er den Artikel des „Vorwärts“ vom 22. August über den Katholikentag an. „Kein Satz darin“, schreibt Kautsky, „der spezifisch sozialdemokratisch wäre.“ Der ganze Artikel konnte in der „Nisse“ oder der „Frankfurter Zeitung“ ebenso gut stehen, wie in dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Das ist kein Wunder, denn es sind nur die oberflächlichsten Gründe der Macht des Merkantilismus, Gründe, die Deutschland besonders eigenartig sind. Es steht nicht, daß diese Macht überall zunimmt und daß sie in letzter Linie der ökonomisch-historischen (d.-h.) Entwicklung geschuldet ist. So ist auch seine Schlussfolgerung ganz ungerechtfertigt, daß der Merkantilismus ohne jede ökonomische Umwälzung durch bloße Aufklärung die Herrschaft über die Masse verliert, damit aber auch für die herrschende Klasse wertlos gemacht, für alle als „Kulturgeschle“ gelten werde.

Zunächst wird die e.-ä. Betrachtungsweise mit — Oberflächlichkeit gleich gesetzt. Während man bisher immer hörte, daß Kautsky das Uebermaß der agitatorischen Erweckung von stitlicher Entschlossenheit bekämpft, wird hier, wie wir wissen nicht wie, die Argumentation für nicht ausreichend gehalten. Beweis! Ueber das Merkantilismus Problem kann man ein dickes Buch schreiben und es doch noch nicht erschöpfen.

Auf 120 Zeilen läßt sich nicht alles sagen und eine magere Brähe wird dadurch nicht fett, sondern widerlich, wenn man sie mit irgend einer Vokabel wie „Geschichtsmaterialismus“ oder dergleichen würzt. Wir mühten unseren Artikel ganz abdrucken, um zu beweisen, was Kautsky als Beweis für eine e.-ä. Betrachtungsweise anführt. In dem erwähnten Artikel war in ein paar zugefügten Sätzen lebendig der Siegesweg geschildert, den das Zentrum im protestantischen Deutschland im Gegensatz zu seinem Niedergang im katholischen Frankreich genommen hat. Die Darstellung mag ebenso falsch sein, wie sie unseres Erachtens zutreffend ist. Keine Zeile aber ist darin, die etwa mit dem Hinweis auf die sittliche Schlechtigkeit oder die ästhetische Häßlichkeit des Merkantilismus wirtschaftet.

Kautsky, der es liebt, die schwersten Probleme der Zeit zur Bewältigung dem Tage nach der sozialen Revolution zu überschieben, ist der Meinung, daß der Merkantilismus, der in den ökonomischen Verhältnissen wurzelt — was selbstverständlich ist, was aber noch nichts beweist — nicht durch „Aufklärung“ überwunden werden könne. Das mag sein. Diese Einsicht entbehrt aber die Sozialdemokratie nicht der Pflicht, diese Aufklärung zu versuchen, als ob sie erfolgreich sein könnte.

Die ganze Kautskysche Inhaltsangabe unseres Artikels aber, und das ist die Hauptsache, erweckt einen falschen Eindruck von dem, was wir geschrieben haben. Jeder, der das oben angegebene Zitat Kautskys liest, muß meinen, wir hätten uns der Erwartung hingegeben, daß man die Massen etwa durch religiöse Aufklärung, durch e.-ä. Bildung, von der Verworfenheit des Merkantilismus überzeugen sollte. Es fällt schwer, gegenüber dieser direkten Zurechtweisung, über das, was wir geschrieben, den höflichen Ton zu wahren. Denn wiederum handelt es sich um eine sichere Einsicht der gesamten deutschen Sozialdemokratie, die durch allzu ökonomische Zitierung als eine Ausgebreitete von e.-ä. Träumerei gebrandmarkt werden soll. Kautskys Polemik ist so sehr ohne Rücksicht auf den Mann geschrieben, daß er wirklich hätte in ö r t l i c h zitierten können, was wir geschrieben

haben. Selbstverständlich ist auch die religiöse Aufklärung eine Aufgabe, wenn nicht der Partei als solcher, so doch der Parteigenossen. Wenn die Sozialdemokratie eine Partei der Wissenschaft sein will, muß sie natürlich auch alle Feinde wissenschaftlicher Weltanschauung bekämpfen. Aber in unserem Artikel haben wir davon gar nicht gesprochen. Wir haben lediglich „ökonomisch-historische“ Gedankengänge ausgeführt. Wir haben dargelegt, wie das Zentrum immer mehr sich entblöße als die Partei der sehr realistischen preussisch-deutschen Reaktion. Wir wiesen darauf hin, daß das katholische Proletariat immer mehr einsehen werde, was die Zentrumspartei sei, keine Dienerin proletarischer Interessen, sondern eine Ausbeuterin der Interessen der Herrschenden. Dann führen wir fort: „Bereits beginnt die Aufklärung!“ Dieses Wort „Aufklärung!“ hat Kautsky zwar in seiner Inhaltsangabe übernommen, aber er hat seinen Lesern verschwiegen, was wir unter Aufklärung verstanden haben? Etwa e.-ä. Aufklärung? Unmittelbar nach dem Wort „Aufklärung“ folgt die Erläuterung dessen, was wir unter Aufklärung verstanden wissen wollten. „Das Zentrum ist militär- und marinestromm geworden“, hieß es. Ist das e.-ä.? „Es ist allein verantwortlich für das ganze Elend unserer Reichswirtschaft.“ Ist das e.-ä.? „Es treibt die Sozialpolitik nicht vorwärts, sondern hemmt sie.“ Ist das e.-ä.? „Es belastet mit Wucherzinsen das tägliche Brot.“ Ist das e.-ä.? „Schon zeigt sich seine Unzuverlässigkeit hinsichtlich der politischen Rechte. Seine Führer reden bedenkenlos über das Reichstagswahlrecht und das Koalitionsrecht, das nicht für politische Zwecke mißbraucht werden und überhaupt die allgemeinen Interessen nicht schädigen dürfte.“ Ist das e.-ä.? „Der beim Vergelegen verübte Verrat hat auch die Blinden sehen gemacht.“ Ist das e.-ä.?

Und dann hieß es: „Mit dem Abfall der Masse aber verliert das Zentrum sein Existenzrecht als Zutreiber für die herrschende Reaktion und dann ist der Merkantilismus wertlos geworden, für alle nur noch Kulturgeschle.“ Auch dieser Gedanke ist schon tausendfach ausgesprochen worden in den prinzipiellsten d.-h. Organen. Er besagt nichts weiter wie die Tatsache, daß das deutsche Zentrum, wenn es durch seine ökonomisch-historische Politik die Masse verliert, für die herrschende Klasse wertlos geworden sei. Wir sind allerdings auch der Meinung, daß der Merkantilismus in seiner deutschen Stilart in demselben Grade verschwindet, wie die Massen durch die Politik des Zentrums abgeschreckt werden. Wir halten die Auffassung Kautskys über den Merkantilismus für falsch. Aber diese Auseinandersetzung steht hier nicht in Frage. Hier kam es nur darauf an zu zeigen, daß Kautsky durch allzu „ökonomische“ Zitierung einen „Vorwärts“-Artikel so ziemlich in sein Gegenteil verkehrt hat, daß er die Aufklärung des Proletariats über die wirtschaftlichen und politischen Lagen des Zentrums aus e.-ä. Gefühlsozialismus demunziert. Wäre dieser Vorwurf berechtigt, so läge allerdings die ganze deutsche Sozialdemokratie mit uns auf der Anklagebank. Sie wäre insgesamt mit dem e.-ä. Sozialismus verurteilt.

Und endlich noch den letzten Beweis Kautskys! Er belehrt die Leser der „Neuen Zeit“, daß es die Reizung der Ethiker sei, „das ethische Element“ auch bei den Gegnern zu überschätzen. Da hätte nun Kautsky endlich die Gelegenheit, den zwingenden, unüberleglichen Nachweis für den e.-ä. Charakter der „Vorwärts“-Redakteure zu führen; denn das müßte ja nun leicht gezeigt werden können, wie der „Vorwärts“ die ethischen Reizungen unserer Gegner überschätze. Man faßt sich an den Kopf, wenn man unmittelbar darauf das Folgende liest: „Das kann den „Vorwärts“ freilich nur selten zur Ueberschätzung des deutschen Liberalismus führen, der zu kläglich ist und mit dem unsere Partei zu lange im Kampfe.“ Kautsky hat selbst den tollen Widerspruch seiner Beweisführung gefühlt und deshalb das „nur selten“ eingefügt. Würde Kautsky die Grundgesetze der Logik respektieren, die doch wohl mit seinem ökonomisch-historischen Denken nicht unvereinbar sind, so müßte er folgern: „Ethiker überschätzen das ethische Element auch bei den Gegnern. Im „Vorwärts“ findet man diese Ueberschätzung der Gegner nicht, infolgedessen ist damit der Beweis geliefert, daß im „Vorwärts“ keine Ethiker sitzen.“ Aber der ökonomisch-historische Kautsky scheut offenbar auch vor der einfachen Logik als einer e.-ä. Erfindung zurück. Er folgert: „Ethiker überschätzen das ethische Element bei den Gegnern. Der „Vorwärts“ teilt diese Ueberschätzung nicht, folglich wird der „Vorwärts“ — von Ethikern redigiert.“ Der Jude wird allemal verbrannt! Man könnte wirklich mißtrauisch werden in die geistige Erziehung, welche das ökonomisch-historische Denken gewährt, wenn man sieht, wie unser bisher hervorragender Aufklärer im Geiste des Marxismus jetzt die einfachsten Dinge auf den Kopf stellt.

Doch halt, um Kautsky nicht unrecht zu tun: Er hat uns zwar im allgemeinen zugegeben, daß wir das ethische Element bei den Gegnern nicht überschätzen, aber bisweilen täten wir es doch, und nun gibt er einen Beweis, den unglaublichsten von allen. Am 11. Februar d. J. soll der „Vorwärts“ geschrieben haben: „Die öffentliche Meinung war so gut wie vollständig auf Seiten der Streikenden... Das ist wirklich ein moralischer Erfolg, wie ihn deutsche Arbeiter noch nie errungen haben. Das sollte, müßte man meinen, mit der Zeit auch materielle Folgen haben.“ Welche Delonomie in der Methode zu zitieren! Schon von vornherein war für Kautsky keine Aktion des „Vorwärts“ so ungeeignet, um ihn zu diskreditieren, wie der Vergarbeiterstreit und die auf ihn folgende gefeherberische Episode. Kautsky nenne uns ein Blatt, das diese Aktion mit solcher prinzipiellen Schärfe und solcher Sicherheit in der Beurteilung der Gegner geführt hätte, wie der „Vorwärts“. Damals wurde der „Vorwärts“-Tag für Tag von den konservativen Blättern bis zur „Frankfurter Zeitung“ andauernd beschimpft, weil gerade er alle die Versprechungen der Regierung und die moralischen Sympathien der Öffentlichkeit als unbedeutend für die endgültigen Erfolge der Vergarbeiter bezeichnete. Der „Vorwärts“ hat niemals an einen wirklichen Vergarbeiterstreit geglaubt und er hat stets die Aufklärung vertreten, obwohl manche andere über die Ernsthaftigkeit der Versprechungen günstiger dachten, daß irgend etwas von den bürgerlichen Parteien und der Regierung zu erwarten sei. Und nun kommt Kautsky und wäßt gerade diese Aktion, um die Ueberschätzung der Gegner durch die e.-ä. Redakteure zu veranschaulichen. Die vier Punkte, mit denen Karl Kautsky das Zitat ökonomisch verklärt, sind das Mittel, um den scheinbaren Beweis zu fabrizieren. Kautsky hat seiner Gewohnheit gemäß aus einem Artikel ein paar Sätze herausgegriffen, um einen Beweis, der innerlich unmöglich ist, dennoch zu führen. In dem Artikel „Nach dem Streit“ charakterisiert der „Vorwärts“ die Situation während des Streiks wie folgt:

„Die öffentliche Meinung war so gut wie vollständig auf der Seite der Streikenden. Die parlamentarische Aktion, die zur Sympathie-Erklärung der übergroßen Mehrheit der politischen Parteien für die Streikenden führt. Die Forderung der Parteien, Schlichtungsversuche für die Streikenden zu geben. Die Zustimmung der Regierung, mit einer bisher unbekanntem Schnelligkeit eine Gesetzesvorlage zur

Erfüllung wesentlicher Forderungen der Streikenden einzubringen. Die öffentliche Belobigung der Streikenden für ihre ruhige Haltung und schließlich die allgemeine Anerkennung bei dem Ausgang des Streikes: das ist wirklich ein moralischer Erfolg, wie ihn deutsche Arbeiter noch niemals errungen haben. Das, sollte man meinen, muß mit der Zeit auch materielle Folgen haben.“

Schon wer die vier Punkte in dem Kautskyschen Zitat durch das erseht, was wirklich an der Stelle gestanden hat, erkennt, daß es sich hier keineswegs um „ethische Illusionen“ handelt. Der „Vorwärts“ hat einfach Tatsachen angeführt, die kein Mensch abstreiten kann. Aber auch der Hinweis, daß diese moralischen Erfolge schließlich materielle Folgen haben müßte, wäre noch kein e.-ä. Verbrechen, wenn der „Vorwärts“ wirklich diese Auffassung vertreten hätte. In dem Buche der Genossin Roland-Holst, das man nicht in irgend einem Punkte ernst kritisieren kann, ohne von Kautsky als Ignorant und Dummkopf gescholten zu werden, findet sich fast auf jeder Seite der Hinweis auf die öffentliche Meinung als eines sehr wesentlichen Faktors für das Gelingen von Streiks, und Genossin Roland-Holst wird doch wohl nicht auch e.-ä. verkommen sein.

Aber der „Vorwärts“ hat nicht einmal diese materiellen Folgen des moralischen Erfolges in der Öffentlichkeit angenommen. Ganz im Gegenteil. Die weiteren Zeilen des Artikels wandten sich gegen diese Auffassung, die an sich natürlich wäre, als eine Illusion. Der Artikel wies darauf hin, daß schon der Umstand, daß die angeforderte Vorlage dem Landtag vorgelegt würde, alles Mißtrauen rechtfertige. In wenigen Tagen werde sich ja zeigen, wer die Regierungsversprechungen richtig beurteilt habe. (Der „Vorwärts“ hatte nie von diesen Versprechungen etwas gehalten.) Und dann hieß es: „Die Arbeiter haben ihren bisherigen moralischen Erfolg sich selbst zu verdanken. Von ihnen allein wird auch abhängen, ob, wann und in welchem Umfange er auch zu einem materiellen Erfolge wird. In ihrer Organisation, in ihrer Disziplin liegt das einzige Mittel auch wirkliche Vorteile zu erringen.“ Der „Vorwärts“ hat also gerade im Gegensatz zu dem ökonomisch geklärten Zitat, das Kautsky serviert, die Arbeiter aufgefordert, nicht die ethische Illusion zu hegen, daß die allgemeinen Sympathie-Erklärungen der bürgerlichen Parteien für sie irgend Wert hätten, daß sie sich vielmehr auf ihre eigene Kraft zu verlassen hätten.

Und das führt Kautsky als einen Beweis dafür an, daß die e.-ä. Betrachtung die ökonomisch-historische Einsicht überwiege. Eigentlich müßte man das Zitat normalerweise eine große Fälschung nennen. Von Kautsky nehmen wir das nicht an. Wir erklären diese Unglaublichkeit vielmehr daraus, wie wir das schon früher bemerkt haben, daß Kautsky nicht mehr fähig ist, den einfachsten Satz zu verstehen, den klaren Zusammenhang zu begreifen, sobald es sich um den „Vorwärts“ handelt.

Damit wären die „Beweise“ für die e.-ä. Betrachtungsweise des „Vorwärts“ erledigt. Es wird nötig sein, noch einige allgemeine Bemerkungen über gefühlsozialistische und ökonomisch-historische Betrachtungsweise anzufügen.

Aus der Partei.

Die „Vorwärts“-Frage. VII.

Es sind schon neun Jahre her, seit Genosse Parvus in seiner ausgezeichneten Schrift über Gewerkschaften und Sozialdemokratie schrieb:

„Was wir am meisten am „Vorwärts“ auszufinden haben, ist, daß er allmählich zu einer rein parlamentarischen Zeitung wird. Die große geschichtliche Bewegung des Sozialismus besteht nicht ausschließlich aus politischer Betätigung, und politische Tätigkeit nicht ausschließlich aus dem Parlamentarismus. Die Presse vor allem hat sich davon freizubehalten, was Marx den „parlamentarischen Kremlismus“ nennt, ein Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Ueberzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Geschichte und ihre Zukunft, durch eine Majorität von Stimmen in dem besonderen Vertretungsöper geleitet und bestimmt werde, der die Ehre hat, sie zu seinen Mitgliedern zu zählen, und daß alles und jedes, was außerhalb der Mauern des Hauses vor sich geht — Kriege, Revolutionen, Eisenbahnbauten, die Kolonisierung ganzer neuer Kontinente, kalifornische Goldfunde, centralamerikanische Kanäle, russische Heere und was sonst noch einigen Anspruch erheben kann, die Gesetze der Menschheit zu bestimmen — daß alles das nichts ist im Vergleich zu den unermesslichen Ereignissen, die im Schloß der wichtigen Frage ruhen, der was immer sie sein mag, gerade in dem Moment die Aufmerksamkeit des hohen Hauses gehört.“ Der „Vorwärts“ aber gelangt immer mehr dazu, seinen gesamten Inhalt nur auf den deutschen Reichstag zuzuschneiden. Diesem oder den einzelnen Gesetzen und Vorlagen, den parlamentarischen Parteien und dem Bielerlei, das sich auf diese bezieht, ist der weitaus größte Teil seiner Redaktionen und seiner politischen Uebersichten gewidmet. Statt dem Flugande des parlamentarischen Kleinrats, an dem diese Jahre so reich waren, durch Herbeiziehung der großen Gesichtspunkte, durch Erörterungen der außerparlamentarischen Erscheinungen der Weltpolitik entgegenzuwirken, spaltet der „Vorwärts“ jedes parlamentarische Paar womöglich wieder einmal und kommt aus dieser zeitraubenden Beschäftigung fast gar nicht heraus. Er wird dabei schon deshalb langweilig, weil er stets ins Hintertreffen gelangt, da unsere Parlamentarier an Ort und Stelle die Sache sofort und gründlich besorgen. Würde man aus Versehen eine sozialdemokratische Rede aus den Reichstags-Verhandlungen als Leitartikel drucken, man würde meistens den Fehler gar nicht merken. Das bewirkt unter anderem auch, daß die Artikel dem Inhalt wie der Form nach auf eine Auseinandersetzung mit bürgerlichen Parlamentariern und Zeitungen weit mehr berechnet sind, als darauf, die Grundzüge des Sozialismus unter den Arbeitern zu verbreiten. Die rein sozialistische Propaganda wird vom „Vorwärts“ am wenigsten betrieben, darum auch die Klagen, daß er so wenig „auflärende Artikel“ bringe.“

Das ist heute noch alles so zutreffend, wie es vor neun Jahren war, nur daß auch hier die Dinge immer noch schlimmer geworden sind. In den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes war eine gewisse Ueberschätzung des Parlamentarismus begründet und verzeihlich; die Reichstags-Tribüne hatte unter dem ausnahmsweise geschickten Drucke der Arbeiterklasse große Dienste geleistet. Aber mindestens seit dem Dezember 1902, seitdem die Bande der Protowucherer mit einem brutalen Stöße alle Schranken parlamentarischer Geselligkeit über den Hausen geworfen und damit gezeigt hatte, daß der deutsche Parlamentarismus höchstens erst im Flugande wurzeln, war es die Pflicht der Arbeiterpresse, nicht zwar auf die Unbrauchbarkeit, aber auf die Unzulänglichkeit der parlamentarischen Waffen hinzuweisen. Als der „Vorwärts“ ein halbes Jahr nach jenen Gewalttaten der Protowucherer den Dreimillionensieg vom 16. Juni 1903 als Weltwende feierte, erlaubten wir uns das „Literaturgeschloß“ zu bemerken, daß mit dem Stimmzettel die kapitalistische Welt nicht erobert werden könne. Nicht als ob wir deshalb den Dreimillionensieg unterschätzten hätten; gerade dadurch, daß wir den Parlamentariern entgegenzutreten, gaben wir den nächsten Anstoß zur Auflösung des Harzen-Kingels in Dresden. Aber allerdings ist es nicht für die Aufgabe der Parteipresse, mit allen den Leiden die Arbeiterklasse über die nackte Wirklichkeit der Dinge hinwegzulaubern.

*) Den Vorwurf, daß eine Auslassung des „Vorwärts“ auch in der „Frankfurter Zeitung“ oder sonst einem bürgerlichen Blatte stehen könne, teilen wir so ziemlich mit allen sozialdemokratischen Wahlkräften, Parlaments- und Volksversammlungsredern. Es ist z. B. eine Spezialität Eugen Richters, daß er bei jeder Gelegenheit betont, dieser Wahlaufruf oder jene Rede verate nichts spezifisch Sozialistisches. Im gewissen Sinne ist auch solche Auffassung nicht ganz grundlos; denn da wir in einem noch halb absolutistischen Staate leben, in dem die Sozialdemokratie auch noch die Aufgaben des gemäßigten Liberalismus, geschweige der Demokratie, zu übernehmen hat, so ist es natürlich leicht möglich, daß besondere liberale oder demokratische Forderungen auch von der Sozialdemokratie in den Vordergrund gestellt werden.

Die neueste Entdeckung des „Vorwärts“, daß die „anarcho-sozialistische“ Versammlung auf die „prinzipielle“ Gerabückung des Parlamentarismus durch einige Parteischriftsteller zurückzuführen sei, bereichert seine Kampfmethoden dadurch, daß er die Warner vor einer Gefahr als ihre Urheber anzuliegen versucht. Neu ist diese Methode gewiß nicht, denn sie war bisher auf reaktionäre Parteien beschränkt. Wie Warner die Arbeiter, den bürgerlichen Parlamentarismus zu überwinden, und suchen ihnen seine richtige Schätzung klarzulegen; bereichert wird er ihnen durch die, die ihm Wirkungen zuschreiben, die er nie gehabt hat und auch nie haben kann.

Uebrigens haben die „prinzipiellen Parteischriftsteller“ gar kein anderes Verdienst, als das sehr bescheidene, zu studieren, was die Arbeiterklasse selbst will. Sie hat den politischen Massenstreik geschaffen als eine notwendige Ergänzung der parlamentarischen Waffen. Sie geben zu, daß wir gegenüber einer proletarischen Massenbewegung, die in der russischen Revolution schon weltgeschichtliche Formen angenommen hat, nicht den Kopf in den Sand gesteckt haben. Der „Vorwärts“ aber ist völlig im Kreise herumgegangen, wenn er das Buch der Genossin Roland-Golst, das für diese eine Frage in meisterhafter Weise erledigt, was zu erledigen gerade die Aufgabe eines Zentralorgans wäre, den deutschen Genossen mit einer entstellten Inhaltsangabe und einem Dutzend trivialer Gemeinplätze zu verleiden gesucht hat.

Eine andere Tendenz, die durch die prinzipielle Entwurzelung des „Vorwärts“ in ihm hervorgerufen wird, ist die moralische Kritik der Skandale, die in der kapitalistischen Gesellschaft vorkommen. Bekämpft man diese Gesellschaft nicht am vernünftigsten, wenn man die sittliche Entrüstung aller edel denkenden Menschen gegen sie wachruft? Und wer wollte leugnen, daß auf diese Weise ein großes Publikum zusammenzubringen ist? Der edle Philister reagiert am stärksten auf nichts so leicht, als auf Skandale, die ihm die Heberzeugung einflößen, daß er im Grunde doch ein besserer Mensch sei, als die „Großen“ und „Vornehmen“, vor denen er auf der Straße gehoramt den Hut zieht und Hurra brüllt. Aber eben hierdurch ist auch schon die politische Wert- und Wirkungslosigkeit dieser moralischen Kritik erwiesen, die, wenn sie die Arbeiter ausfüllt und nicht zu einer den Sensationsjagd ausarten soll, auch prinzipiell fundiert sein muß.

Wir wollen hier nicht alle Geschichten aufrühren und zeigen nur an einem neueren Falle, wie bei diesen ewigen Sensationen die letzte Spur des Prinzips verloren geht. Als vor zwei Monaten einige Scharfmacher in den Reichskanzler drangen, die Rede des Genossen Jaures in Berlin zu verbieten, schrieb der „Vorwärts“:

„Es erscheint zunächst undenkbar, daß der Reichskanzler gerade denjenigen französischen Politiker an einer Aussprache für den Frieden hindern könnte, dem er im wesentlichen den diplomatischen Erfolg zu danken hat, dessen er sich noch den Auseinandersetzungen mit dem besiegten französischen Minister des Auswärtigen, Delcassé, rühmt. Es wäre eine Schändlichkeit wider das Deutsche Reich und die von seinen maßgebenden Verwaltern stets betonte Friedensliebe, wenn derjenige Mann im Deutschen Reich, der Wortes bebaut werden sollte, der mehr als irgend ein anderer gegen den französischen Chauvinismus geschritten und mehr als irgend ein anderer für die deutsch-französische Freundschaft wirkt.“

Hätte der Reichskanzler nach den Motiven gehandelt, die ihm der „Vorwärts“ in solcher Weise unter den Fuß schob, so wäre aus der geplanten revolutionären, gegen alle diplomatischen Rücksichten gerichteten Kundgebung eine alltägliche Sensation von Gnaden eines ostelbischen Junkers geworden. Dafür hat der „Vorwärts“ schon jede Empfindung verloren.

Wir bemerken beiläufig, daß wir auch diesen prinzipiellwidrigen Vorstoß des „Vorwärts“ in durchaus sachlicher und formell zurückhaltender Weise kritisiert haben; wir nannten ihn einen Fehler, der für die Partei leicht üble Folgen hätte haben können, hätten wir dies Kind beim richtigen Namen nennen wollen, so wäre der „schlechtesten Ton“ gerade gut genug gewesen.

*) In derselben Weise, wie oben, haben wir uns stets ausgesprochen, wenn wir die Sensationen des „Vorwärts“ tadelten. So schrieben wir am 24. Juni: „Wir wiederholen noch einmal: es fällt uns nicht ein, das Kind mit dem Bade zu verschütten und etwa zu verlangen, daß die Arbeiterpartei überhaupt mit verbundenen Augen an den Skandalen vorbeigehen soll, die am Leibe des Kapitalismus wie Zeichen der Verwesung hervorbrechen. Was wir wünschen, ist nur, daß unsere Politik gegenüber diesen Erscheinungen die vom prinzipiellen Standpunkte gebotene Politik sei, daß wir ihnen keine übermäßige Bedeutung und höchst trügerischen Beifall des gebildeten Philisters zu verleihen.“ Gleichwohl bekommt es ein Mitarbeiter des Kasseler Parteiblattes fertig, den politischen Leiter unserer Zeitung als einen schossten Kerl hinzustellen, der anderen vorwerfe, was er selbst mit Vorliebe treibe, indem er eine ganze Leporelloliste von kapitalistischen Skandalen aufführt, die Wehring in der „Neuen Zeit“ behandelt hat. Auf die Frage, wie Wehring sie behandelt hat, läßt er sich nicht weiter ein, und unterwöhnt, wie wir sind, beschwören wir uns nicht erst über die Vernachlässigung solcher unzeitigen Finessen. Eher könnte dem moralisch Gekränkten ein leiser Laut der Klage entlocken, weil sein Richter dergestalt hat, mitzuteilen, daß sich die Leporelloliste auf — vierzehn Jahrgänge der „Neuen Zeit“ bezieht, so daß, wenn man sie daraufhin abgibt, auf jeden Jahrgang der „Neuen Zeit“ durchschnittlich gerade ein von Wehring behandelter Skandal fällt. Nachdem auf diese geniale Weise Wehring der Betrachtung der Genossen preisgegeben worden ist, wird an derselben Stelle Kaustsky wegen seiner Polemik gegen den „Vorwärts“ lächerlich zu machen gesucht, indem in gebürtigem Druide verkündet wird, die „Neue Zeit“ nehme am Auffschwung der Parteipresse keinen Teil, während der „Vorwärts“ dabei mit oben ansetze, „denn der eminenten publizistischen Begabung des Genossen Eisner“. Es ist bemerkenswert, daß der „Vorwärts“ daraufhin diesen „alten Parteigenossen“ als eine Friedensstaube mit dem Delzweig im Schnabel schildert, gleich nachdem K. E. seine sittliche Empörung über das angebliche Aliquen- und Reklamewesen der „Leipziger Volkszeitung“ kundgetan hatte.

Der Verfasser des von der „Leipziger Volkszeitung“ erwähnten Artikels in unserem Kasseler Parteiblatt wird sehr erstaunt sein, zu hören, daß er Wehring als einen schossten Kerl hingestellt und ihn der Betrachtung der Parteigenossen preisgegeben, und daß er Kaustsky lächerlich zu machen versucht habe. Er spricht in seinem Artikel mit der höchsten Achtung von Wehring und Kaustsky. Seine Absichten kennzeichnet am besten dieses Zitat aus dem Artikel:

„Aber so hoch wir die wissenschaftlichen Leistungen beider Genossen schätzen, so halten wir uns doch im Parteinteresse verpflichtet, und gegen sie zu wenden, wenn sie sich in der Wahl der Mittel zur Erreichung ihres Zieles in schlimmer Weise vergriffen.“

Als das Ziel, von dem an dieser Stelle die Rede ist, bezeichnet der Verfasser „das hochverdienstliche Bestreben, die Arbeiterbewegung in revolutionärem Sinne vorwärts zu drängen“, und als Zweck seines Artikels nennt er: „Wehring und Kaustsky zu betonen, die eingeschlagenen Bahnen der Polemik zu verlassen.“ Der Artikel läßt in jedem Worte das Bestreben erkennen, lediglich dem Parteinteresse zu dienen. Der uns unbekannt gebliebene Verfasser des Artikels wird erkennen, daß diese guten Absichten der „Leipziger Volkszeitung“ nicht verlangen. Was das Bestreben des „Vorwärts“ zu diesem Artikel angeht, so haben wir oben schon diese Stellen geschrieben. (Vergleiche „Vorwärts“ Nummer 195 vom 22. August):

„In unserem Kasseler Parteiblatt nahm ein aller Parteigenosse das Wort, um in launigen Darlegungen auf den Schaden hinzuweisen, der der Partei daraus“ erwächst.“

Sein Wort mehr, sein Wort weniger. Man prüfe darauf hin die beiden letzten Sätze in der betreffenden Anmerkung der „Leipziger Volkszeitung“, daß „daraufhin“, nämlich auf das Lob für Genossen Eisner, der „Vorwärts“ den Artikel als eine Friedensstaube geschildert habe, gleich nachdem K. E. seine sittliche Empörung über das Aliquen- und Reklamewesen der „Leipziger Volkszeitung“ kundgetan. Moralische Entrüstung, die man ja neuerdings als eines der Hauptverbrechen des „Vorwärts“ bezeichnet, wollen wir hier als nutzlos beiseite lassen und nur noch feststellen, daß K. E. von der Post in unserer Nr. 195 erst Kenntnis erlangt hat, nachdem das Blatt gedruckt war.

Nachdem unseren Gegnern der furchtbare Schreck des Dreimillionensieges aus den Gliedern gewichen, erford die bürgerliche Presse die Behauptung, der „Vorwärts“ habe nach den Wahlen das Ergebnis als eine „Weltwende“ bezeichnet. Es lohnte sich nicht, auf den Schwund einzugehen. Jetzt aber gewahren wir zur Bekämpfung für unser parteigenössliches Empfinden, daß dieser gegnerische Schwund auch bei der Schnitzeljagd gegen den „Vorwärts“, die von einigen Parteirettern getrieben wird, ein willkommenes Hilfsmittel bildet. Wir wollen deshalb einmal darauf eingehen.

An der ganzen Geschichte ist nichts wahr, als die Tatsache, daß das Wort „Weltwende“ auch im „Vorwärts“ gestanden hat. Wie ist es hinein gekommen:

Es war in der Wahlnacht vom 16. auf den 17. Juni 1903. Im Konferenzsaal des „Vorwärts“ war ein großer Teil der Parteiführer versammelt. Die Depeschboten liefen aus und ein. Sieg auf Sieg. Vom Hof brauste der Jubel der Massen bei der Verkündigung jedes neuen Triumphes. Und es trafen fast nur Siegesnachrichten ein: Mandatsergebnisse und weit begeistertes: Ungeheures Zunahme an Stimmen. Witten im tosenden Lärm mußte die Redaktion das ungeheure andrängende Material sichten, verarbeiten. Der Schluß des Blattes nahte. Es galt bis zum letztmöglichen Augenblick zu warten. Und endlich in der äußersten Minute, während der Retter eifern und ungeduldig neben dem Schreiber stand, mußten ein paar zusammenfassende Worte geschrieben werden. Und unter diesen Zeilen wilder Hast formte sich auch der folgende Satz: „Wenn die Nacht vollendet, was bis Mitternacht begonnen, dann bereitet sich eine Weltwende der deutschen Politik vor.“

Dieser Satz war eigentlich noch merkwürdig behutsam und besonnen für die Umstände, unter denen er entstand. Denn wenn das „Wenn“ eingetreten wäre, hätte die Sozialdemokratie nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage von Grund aus erschüttert, sondern das deutsche Volk hätte sich in solchem Umfang zur Sozialdemokratie bekannt, daß gegen diese unübersehbare Gewalt die reaktionäre Herrschaft sich nicht hätte behaupten können. Die Nacht hielt nicht, was bis Mitternacht begonnen — und so klangen die Betrachtungen, die nach dem überseharen Ergebnis geschrieben wurden, gedämpft.

Dieser Satz aber traf, das wissen wir, genau die Stimmung, die in der Wahlnacht alle beherrschte, selbst die Rüstigen und Rüsternsten. Und er war sachlich keineswegs unstimmt.

Stellen wir fest: Der „Vorwärts“ hat von einer Weltwende nicht in einem Artikel über das Wahlergebnis gesprochen, sondern bevor das ganze Wahlergebnis bekannt war, in ein paar eiligen mitternächtigen Stimmungszellen. Der „Vorwärts“ hat nicht von einer Weltwende schlichthin gesprochen, sondern nur von einer Weltwende der deutschen Politik, oder vielmehr nur von einer möglichen sich vorbereitenden Weltwende der deutschen Politik, und er hat diese Möglichkeit an eine, dann nicht erfüllte Bedingung geknüpft.

Es lohnt sich eigentlich nicht, diesen Tatbestand aufzuklären. Denn wenn der „Vorwärts“ im Wahljahr wirklich von der Weltwende geredet hätte, so könnte nur die allernächste Posheit der durch den Sieg bedrückten Gegner ein Wort darüber verlieren. Und nun ist es nicht einmal wahr, und trotzdem benutzte die parteigenössliche „Vorwärts“ heuer diese gegnerische Erfindung.

In unseren Betrachtungen nach den Wahlen haben wir uns vor unvorsichtigem Ueberschwang gehütet. Dagegen veröffentlichte, nicht in der Wahlnacht, sondern in der hellen Mittagssonne, als die Ergebnisse bereits zu überlesen waren, ein anderes Parteiblatt den schönsten, fast ethisch-ästhetisch angehauchten Weltwende-Artikel, und es ergreift uns tiefe Beunruhigung, mitteilen zu müssen, daß es ein, nein das führende Prinzipienblatt ist, das sich also vergangen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb am 17. Juni: „Die deutsche Sozialdemokratie hat einen politischen Sieg errungen, wie er in der Geschichte aller Parteien, selbst ihrer eigenen, ohne Vorgang und Beispiel ist, denn die früheren großen Wahlsiege der Partei waren in erster Linie moralische Erfolge und ihre politische Wirkung war nur mittelbar... Schon allein dieses Gewicht der Zahl wird der Partei eine positive politische Macht verleihen, wie sie diese bisher nie besessen hat; sie wird sie aus der gelegentlich ausschlaggebenden zu einer tatsächlich mitregierenden Partei machen — soweit dies überhaupt unter parlamentarischen Verhältnissen möglich ist.“

Dann folgt ein Abschnitt, der ausführt, daß der moderne Staat nicht mit dem Stimmzettel umgestürzt werden kann und dann wieder wörtlich:

„Der sozialdemokratische Sieg ist zunächst ein Ereignis von eminent moralischer Bedeutung und seine positive Wirkung setzt ein gewisses politisches Moralempfinden voraus; der Schlag geht daneben, wenn er bei der Masse, die er treffen soll, kein Scham- und Ehrgefühl vorfindet.“

Der Ausschlag der gestrigen Wahlen scheint indes die Bahn für eine positive politische Arbeit des Reichstages freigelegt zu haben. Nicht allein, daß sie dem Wählerstimmen und der Wahlrechtsänderung den Weg verlegt haben, bürgt auch noch die Stärke der sozialdemokratischen Initiative im kommenden Reichstage für die Inangriffnahme sozialpolitischer Aufgaben größerer Stils und für die Sicherstellung und Erweiterung der politischen Grundrechte der Staatsbürger. So ohnmächtig diese Volksvertretung bisher war, so lange die bürgerlichen Parteien auf die Geltendmachung parlamentarischer Repräsentanten verzichteten... so kräftig kann eine große politische Partei einmal auftrumpfen, wenn sie sich ihres Rückhaltes in den Wählermassen sicher ist...“

Die deutsche Sozialdemokratie hat einen gewaltigen Triumph errungen; sie hat dem Geschehe des deutschen Volkes an einem kritischen Wendepunkte einen entscheidenden Stoß nach links gegeben. Die große Masse der deutschen Volksgenossen darf jubelnd aufatmen, daß sie den bössartigen Anschlägen ihrer gefährlichsten Feinde entronnen ist und sie wird in diesem Geschehe den letzten Hauch daran setzen, um den Sieg der Sozialdemokratie am 25. Juni voll zu machen.“

Und am 18. Juni nennt die „Leipziger Volkszeitung“ den Wahlausfall eine soziale Revolution. Wir wollen ihr gern zugeben, daß sie die Wirkungen der Wahl unter dem ersten Eindruck überschätzt hat; wir zitterten den Artikel nur als einen Beweis dafür, daß die ganze Hege gegen uns nicht den geringsten sachlichen Hintergrund hat, denn an dem Pflahe, an den wir gebunden werden sollen, steht, weit fester noch geschnürt als wir, auch die „Leipziger Volkszeitung“ und außerdem die ganze Parteipresse.

Verichtigung. In der gestrigen Anmerkung zu dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ ist statt des Wortes Zweck zu lesen: Janz.

*) Aus dem Straßel.

Verichtigung. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ vom 7. d. M. hat Dr. Friedberg am Dienstag in einer Versammlung des sechsten Wahlkreises allerhand von einem Interview erzählt, das irgend ein französischer Korrespondent mit mir gehabt haben soll.

Ich erkläre demgegenüber, daß ich die behauptete kindische Geschmacklosigkeit selbstverständlich nicht produziert habe.

Charlottenburg, 8. September 1905.

Frau Natalie Liebknecht.

Soziales.

Zur Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Das Reichsamt des Innern hat eine Umfrage veranstaltet über die Frage der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Zu dem Zweck ist ein Fragebogen mit elf Fragen an die Gemeinden ergangen. Am Freitag beauftragte sich mit diesen Fragen auch eine Zusammenkunft von Interessenten im Kreise Rieder-Warnim, die im Saale des Landratsamtes unter Vorsitz eines Regierungsassessors verhandelte.

Die erste Frage, die dem Bedürfnis nach Ausdehnung der Versicherungsspflicht auf die Hausgewerbetreibenden (Selbständige) galt, wurde dringend bejaht mit der Begründung, daß erstens jetzt die Rechtslage sehr unklar sei wegen der schwierigen Unterscheidung zwischen Selbständigen und Unselbständigen und daß überdies die Hausgewerbetreibenden ohne Ausnahme infolge ihrer ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Versicherung dringend bedürfen.

Bejaht wurde auch die Frage, ob die Unternehmer und die Hausgewerbetreibenden in der Lage seien, die Beiträge zu leisten.

Eine Frage ist darauf gerichtet, ob die Versicherungsspflicht an eine Untergrenze des Einkommens gebunden werden soll. Das wurde verneint mit der Begründung, daß gerade den schlechtest gestellten Hausgewerbetreibenden die Versicherung gewährt werden müsse.

Die Versammlung stellte sich auch auf dem Standpunkt, daß die mitarbeitenden Familienangehörigen als Heimarbeiter jetzt schon unter die Versicherungsspflicht fallen müßten, daß sie aber auf alle Fälle, wie Frage 8 es will, durch das neue Gesetz der Versicherungsspflicht unterworfen werden müssen.

Eine niedrigere Bemessung der Unterstufung für die Hausgewerbetreibenden lehnte die Versammlung ab.

Die Debatten wurden meist recht lebhaft geführt und es ist bemerkenswert, daß auch die zahlreich als Hausgewerbetreibende anwesenden Frauen für die Versicherungsspflicht eintraten.

Vesremden erregte die Mitteilung, daß verschiedene Krankenkassen des Kreises die Versicherung der Heimarbeiter ablehnen. Der Vorsitzende wünschte, daß man sich in solchen Fällen beschwerdefähig an die Aufsichtsbehörde wende.

Die sonstigen Fragen, die auch den Gemeindevorständen zur Beantwortung vorgelegt worden sind, beziehen sich, soweit es nicht Eventualfragen sind, auf die Haltung der Unternehmer und der Hausgewerbetreibenden zur Frage der Versicherungsspflicht, auf die Einkommensverhältnisse der Hausgewerbetreibenden und ihre Beschäftigungsart, dann darauf, ob die Versicherungsspflicht die Wirkung haben würde, die Hausindustrie einzuschränken (wird vom Gemeindevorstand in Panitzsch verneint), auf die Möglichkeit oder Angemessenheit, den Wert der Roh- und Hilfsstoffe vom Lohne abzuziehen und auf die Einführung einer Karenzzeit.

Von der Fortbildungspflicht.

Ein Anstreichermeister Stahl aus Derten hatte seinen Sohn in seinem Betriebe teils praktisch, teils schriftlich beschäftigt. Der Junge, der eben erst die Schule verlassen hatte, war auch zur Krankenkasse angemeldet worden. Weil St. ihn nicht in die Fortbildungsschule sandte, wurde er wegen Uebertretung des Ortsstatuts betreffend der Fortbildungsschule angeklagt. Das Landgericht Völkum als zweite Instanz verurteilte auch den Angeklagten, indem es davon ausging, daß der Knabe der Lehrling seines Vaters gewesen sei. Das Kammergericht erachtete die Verurteilung des Angeklagten für gerechtfertigt und verworf am 6. August die Revision des Mannes. Unter anderem wurde begründend ausgeführt: St. habe allerdings mit seinem Sohn keinen Lehrvertrag abgeschlossen. Nach Ansicht des Kammergerichts könne aber auch jemand Lehrling sein ohne Lehrvertrag. Es komme auf die Art der tatsächlichen Beschäftigung an und es sei Sache der tatsächlichen Feststellung, zu entscheiden, ob ein Lehrlingsverhältnis vorliege. Ohne Rechtsirrtum sei ein solches hier festgestellt. Nun sei in der Revision darauf verwiesen worden, daß der Junge zur fraglichen Zeit noch nicht ganz 14 Jahre alt gewesen sei. Daraus komme es aber gar nicht an, da lediglich maßgebend sei, daß der Vater ihn damals als Lehrling beschäftigte. Von dem Beginn des Lehrlingsverhältnisses an liegt die Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule, da das gültige Ortsstatut diese Pflicht nicht an ein bestimmtes Alter knüpfe, sondern nur an die Beschäftigung der Person unter 18 Jahren als Lehrling, Gehilfe, Fabrikarbeiter usw. Weiter stelle die Revision in Frage, ob nicht der Junge damals noch vollschulpflichtig gewesen sei. Aber auch das wäre unerheblich, denn in diesem Falle hätte unter den festgestellten Umständen neben der Vollschulpflichtigkeit auch noch die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule bestanden.

Aus der Frauenbewegung.

Nordorf. Am 6. d. M. hielt der Verein der gewerblich tätigen Frauen und Mädchen seine Monatsversammlung ab. Herr Dr. Mauerbrecher hielt einen Vortrag über Maxim Gorki. Dr. Mauerbrecher erntete reichen Beifall für seinen lehrreichen Vortrag. Unter Verschiedenem ersucht die Vorsitzende, auf die „Gleichheit“ zu abonnieren, da noch ein gut Teil Frauen vorhanden sind, die es noch nicht der Mühe wert halten, ein solches inhaltreiches Blatt zu lesen. Die „Gleichheit“ muß für die Frauen unentbehrlich werden. Sie ist nicht bloß eine treue Beraterin für ihre Beteiligung am Massenkampf, sondern auch für ihre alleseitige Selbstbildung für die Erfüllung ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter.

Eingegangene Druckschriften.

Unsere Taktik beim Generalstreik. Vortrag von Otto Hue. 32 Seiten. Preis 10 Pf.
Der Stand der deutschen Berggewerkschaft. (Das Verhalten des preussischen Landtages.) Vortrag von H. Sahle. 20 Seiten. Preis 10 Pf. Beide Broschüren zu beziehen durch den Verlag H. Haasemann u. Co., Bochum.
Dr. H. Daiber: Anno 2222. Ein Zukunftsroman. 128 Seiten. Geb. 1,50 M., geb. 2,50 M.
Fris Währ: Eine Entgegnung auf „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ von Houston Stewart Chamberlain. 245 Seiten. Geb. 3 M., geb. 4 M. Beide erschienen im Verlag Strecker u. Schröder, Stuttgart.
„Wie läßt sich die jährliche Zahl der 14 000 Verstorbenen von Jugendhaus und Gefängnis in der deutschen Armee gewaltig vermindern?“ Eine kritische Beleuchtung von Arthur Romanowski. Verlag Volkswort (Fritz Schröder), Jülich. 84 Seiten. 1 Mk.
Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich. 48. Aufl. Ausgabe Bd. I. A. G. V. 5. Aufl. Preis geb. 1,00 M. Otto Liebmann, Verlagshandlung, Buchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaften. Verlag der „Deutschen Juristen-Zeitung“. Das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich II in der Größe eines Bestenfallsbüchleins in der Stärke eines Fingers in 48. Aufl. Ausgabe des juristischen Verlages von Otto Liebmann, Berlin, untergebracht worden.
Zul. Straube: Droschenordnung für den Kreispolizeibezirk Berlin vom 16. 2. 1905. Mit amtlichen Begemeßer und Verzeichnis der Straßen. Preis 3 M. Geographisches Institut und Landkarten-Verlag Zul. Straube, Berlin SW. 13.
Härik M. J. Wolfsonski. Memoiren der Fürstin Marie Nikolajewna Wolfsonski. (Leipzig, B. Fischer Buchh.)
Ernst Challer sen. Das Urheberrecht an Werken der Tonkunst. (Gießen, Ernst Challers legalistischer Selbstverlag.)
Die chronische Darmwunde, das Grundübel des Kulturmenschen, ihr Einfluß auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung. Von Dr. med. Bagrowski. Preis 0,80. 3. Auflage. (Verlag von Edmund Demme, Leipzig.)

Verfammlungen.

Unsere Bewegung und unsere Ziele. Dieses Thema beschäftigte am Dienstag eine gut besuchte Versammlung des Wahlvereins für den vierten Wahlkreis, Osten, die im „Elysium“ stattfand. Der Referent, Th. G. Locke, bemerkte einleitend, daß im Laufe der Jahre von Zeit zu Zeit Kundgebungen des Unwillens mit der von den Parteitag empfohlenen Taktik erfolgten, die sich auf der Ansicht gründeten, daß es zu langsam vorwärts gehe und die taktischen Mittel zur Erreichung des Endziels nicht die richtigen seien. Es sei notwendig, diese Stimmungen und Anschauungen auf ihre Ursachen zu untersuchen, zu prüfen, ob und inwieweit sie berechtigt seien. Der Redner erörterte sodann im Sinne der marxistischen Lehren, welche wirtschaftlichen Ursachen dem proletarischen Befreiungskampf zugrunde liegen und zeigte, mit welchen Mitteln dieser Kampf bisher geführt worden ist. Er kam ferner auf die jetzt namentlich von Dr. Friedeberg propagierte Ansicht zu sprechen, monach der Generalfreist. oder Massenstreik oder die Propaganda dafür ein der bisherigen Taktik überlegenere Mittel zur Erreichung des Endziels sein soll. Diese Anschauung lehnte der Redner ab. Wohl könne im Laufe der Entwicklung der Augenblick eintreten, wo es nicht ausgeschlossen sei, daß, wenn andere Mittel nicht mehr ausreichen, jenes zweckmäßig erscheine und mit Erfolg angewandt werden könne. Zurzeit aber seien die Machtmittel der herrschenden Klassen noch viel zu gewaltig, als daß man durch Generalfreist. oder Massenstreik die Klassenherrschaft stürzen könne, oder andere große Ziele damit zu erreichen seien. Uebrigens werde sich eine Arbeiterklasse, die dafür den Zeitpunkt für gekommen erachte, nicht auf den passiven Widerstand beschränken können. Es gelte vielmehr, die Köpfe aufzuklären, den Massenverständnis für die ökonomischen Ursachen und die Ziele der Arbeiterbewegung beizubringen, durch Beteiligung an den Wahlen und in den Parlamenten zu wirken, daneben aber auch durch die Gewerkschaften die Lebenslage der Arbeiterschaft zu heben, damit sie geschäft und tüchtig werde, den Kampf für das sozialistische Endziel zu führen. Bereit sein, ist alles was wir tun können. — Zur Diskussion sprach zunächst Kadur. Er erklärte, mit den Ausführungen des Referenten nicht zufrieden zu sein. Man bräute sich mit den großen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften aber leisteten weniger als früher. Früher habe ein anderer Geist geherrscht. Die Tarifabschlüsse wirkten dahin, daß die Arbeiter kein Interesse mehr an Versammlungen hätten. Auch das Genossenschaftswesen werde nicht genug propagiert. — Der zweite Diskussionsredner Carl Schmidt war ebenfalls nicht zufrieden mit dem Vortrage. Er wies auf die Erfolglosigkeit des Kampfes gegen den Zollwucher hin sowie darauf, daß auch jetzt die Propaganda gegen die hohen Zölle die Regierung fast läßt. Die ganze Bewegung, die sich an Friedebergs Propaganda anschließt, sei auf gegenseitige Reibungen der Gewerkschaften zurückzuführen. — Auch Engelmann war mit dem Referenten nicht einverstanden. Er hätte keine Mittel zur Erreichung des Endziels angegeben, meinte der Redner. Neues wolle man hören. Vom Literatengedank werde viel Wesens gemacht, wenn aber Arbeiter was sagten, darauf lege man kein Gewicht. — Börsch bemerkte, der letzte Redner habe ihm bewiesen, daß Friedebergs Agitation schon mehr Unheil angerichtet hätte, als er erwartet habe. Es sei wohl richtig zu sagen: Alle Mäher stehen still, wenn dein starker Arm es will. Dieser starke Arm bestche aber aus Millionen von Armen und darum gelte es, zu allererst die Köpfe zu revolutionieren. Was nützen da großspürige Redensarten! Man sage wohl, die Führer seien Schuld. (Zwischenrufe: Ja, die Führer! — Nein, die Masse!) Wie sei es denn beim Drobhohlot gewesen? Um die paar elenden Fennige vom Rabattspareverein hätten die Frauen boykottiertes Brot gekauft, die Männer in ihrem Kampf um erträgliche Arbeitsverhältnisse nicht unterstützt. Verwunderlich sei es, wie diese Agitation für den Generalfreist. oder Massenstreik so schnell um sich gegriffen habe. Er, Redner, hätte sehen mögen, wenn Arbeiter die Agitation für diese neue Taktik eingeleitet hätten, wie man ihnen wohl entgegengetreten wäre. Weil es aber nun ein paar Literaten eingefallen sei, darum müßten plötzlich die Arbeiter dafür sein. — Der Redner sprach sich im übrigen im Sinne des Referats aus und wies besonders darauf hin, daß auch die Jugend vor allem im sozialistischen Geiste erzogen werden müsse. — Korvoschat sprach sich mit moralischer Entrüstung über verschiedene Dinge aus: über die Zentralverbände, das Verhalten ihrer Führer zum Bierboycott in Köln und anders. — Gillel erklärte, er sei weder Anhänger Friedebergs noch Gegner des Massenstreiks. Auffallend sei es, daß bevor unsere Theoretiker einig seien, diese Idee so viele Anhänger gewonnen habe. Doch sei es erklärlich, daß man infolge der Machtlosigkeit der Partei, wie sie beim Vorkrieg und anderen politischen Fragen sich gezeigt habe, nach anderen Mitteln suche. Vielleicht habe man zu viel vom Parlamentarismus erwartet. Theoretische Bildung sei unbedingt notwendig, aber schwer sei es den Arbeitern gemacht, sich solche anzueignen. Wenn er wirklich das Geld habe, um neben dem „Vorwärts“ die „Neue Zeit“, die „Sozialistischen Monatshefte“ usw. zu halten, wo soll er die Zeit nehmen, das alles zu lesen? Das unnütze, schädliche Gezanke müsse aufhören. — In seinem Schlusssatz erwiderte Locke auf die verschiedenen Einwendungen, die gegen seinen Vortrag gemacht worden waren.

Er wies unter anderem darauf hin, daß das starke Wachstum der Sozialdemokratie naturgemäß zu einem stärkeren Zusammen-schluß der Gegner führen mußte, wodurch dann unsere Partei trotz der großen Zahl ihrer Vertreter im Reichstage scheinbar machtlos gemacht werde. Es sei unsere Aufgabe, diese Zahl sowie die der Wähler zu verdoppeln und auch dafür zu sorgen, daß wirklich Aufklärung in die Massen getragen werde. Dazu müsse jeder einzelne mitwirken, jeder selbst nach besten Kräften tätig sein.

Unter Verschiedenem bemerkte Kott als Vertreter der Lokal-Kommission, daß das Lokal von Wolf, früher Bastian, den Genossen nicht zu empfehlen sei.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. Sept., vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerhalle des Rathauses, Eingang Königl. 15-18: Versammlung. Freireligiöse Predigt. — Um 10 1/2 Uhr mittags in der Schul-Halle, kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Schreie: „Philosophen der Reizzeit“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von B. Franke, Sebastianstr. 30: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Weiße Taubstumme legitimiert.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S.W., Alexanderstr. 24. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Abt. aus.

Vermischtes.

Die Cholera.

Die Zahl der bekannt gewordenen Cholerafälle weist noch immer eine Zunahme auf, die jedoch zu Besorgnissen keinen Anlaß gibt. Aus dem Landkreis Landsberg a. W. werden mehrere verdächtige Cholerafälle gemeldet. In Fichtwerder erkrankte die Frau des Köpfers Thiem. Arbeiter Wegener in Schlanow bei Wolbenberg ist unter Choleraverdacht gestorben. Die Polizeiverwaltung in Landsberg hat mit Zustimmung des Magistrats eine Polizeiverordnung veröffentlicht, worin die Entnahme von Wasser aus der Partie strengstens verboten und jede Uebertretung mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. bedroht wird.

In Hohen-Buzen (Kreis Königsberg Nm.) ist bei einem Pfleger der Choleraverdacht festgestellt worden, ebenso bei dem Pfleger Diemele aus Wühlendorf (Kreis Friedeberg Nm.). Den R. Westph. Mitt. zufolge ist bei je zwei Kindern in Nieder-Ausmarsh und Graubenz Cholera bakteriologisch festgestellt worden.

In Poljano-Haund (Kreis Westph.) ist eine Cholera-kranke Pflegerin gestorben und ihr Mann erkrankt. — Bei der dreijährigen Enkelin der an Cholera verstorbenen Frau Bagatowski in Kulm wurde Cholera bakteriologisch festgestellt. Wölfer sind in Kulm elf Personen an Cholera erkrankt und fünf von ihnen gestorben. Von den Erkrankten waren vier, von den Gestorbenen zwei Pfleger.

Den Verkehr russischer Auswanderer über Vabed untersagte der Senat und machte die interessierten Meedereien mit dieser Maßnahme bekannt. Die Befragungen von Schiffen, die aus choleraverdächtigen Gegenden kommen, sollen ärztlich untersucht und gedruckte Verhaltensregeln wegen des Schutzes gegen die Choleraerkrankung sollen an die Schiffer verteilt werden.

Das Ausland beugt einer Einschleppung der Cholera aus Deutschland durch umfassende Maßnahmen vor. „Metropole“ meldet aus Antwerpen, daß die Gesundheitskommission der Schelde wegen der Cholera in Deutschland die Verfügung erlassen hat, daß Schiffe aus Königsberg und von der Weichsel unter Quarantäne gelegt werden sollen.

Aus London wird berichtet: Die Gesundheitsbehörden am Tyne stellten dem Dampfer „Maastad“ von Hamburg unter Quarantäne. Ein Feuermann des Dampfers war unter Cholera-verdächtigen Erkrankten erkrankt. Dem Dampfer wurde dann die Weiterfahrt gestattet, nachdem der Erkrankte in den Beobachtungsstationen untergebracht worden war.

Ueber die Cholera-Erkrankungen in Hamburg wird amtlich mitgeteilt: Die an Cholera erkrankte Frau ist gestern nachmittag im Eppendorfer Krankenhaus gestorben. Dem einzigen noch in Behandlung befindlichen Kranken geht es etwas besser, neue Cholera-Erkrankungen sind nicht zur Kenntnis der Behörden gelangt. Die bisher auf dem Dampfer „Vulgaria“ isolierten russischen Auswanderer werden heute, nachdem während der sechstägigen ärztlichen Beobachtung keinerlei verdächtige Erkrankungen vorgekommen sind, abfahren.

Erdbeben-Katastrophe in Italien.

Südtalien ist in den Morgenstunden des gestrigen Tages von neuen beherrenden Erdbeben heimgesucht worden. Noch lassen sich die Wirkungen des gewaltigen Naturereignisses nicht ganz ermessen. Nach den bisherigen Nachrichten liegen die Städte Pizzo, Monteleone und Martirano in Trümmern, mehrere Dörfer sind nahezu zerstört, der Verlust zahlreicher Menschen ist zu beklagen.

In Catanzaro sand Freitag morgen 5 Uhr 55 Minuten ein Erdbeben statt, das dreizehn Minuten andauerte. Mehrere Mauern sind eingestürzt, andere beschädigt. Im Hospital wurden zwei Kranke verletzt. Die erschrockene Bevölkerung verließ die Häuser. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Monteleone di Calabria ist dort außerordentlicher Schaden entstanden.

Sieben Personen wurden getötet und 27 Injassen des Gefängnisses verlegt. Die Gegend von Pizzo soll fast völlig verwüstet sein. In Messina wurde um 5 Uhr 43 Min. vormittags ein sehr starkes wellenförmiges Erdbeben in der Richtung Nord-Süd verpührt. Die Bevölkerung flüchtete aus den Häusern; der Schaden ist unbekannt, Opfer werden nicht verzeichnet. In Reggio di Calabria wurde das Erdbeben um 2 Uhr 44 Min. in einer Heftigkeit verpührt, welche die des Erdbebens von 1904 übertraf; auch hier rettete sich das Volk aus den Häusern.

Aus Monteleone (Provinz Catanzaro) wird gemeldet, daß infolge des Erdbebens sämtliche Häuser in Stefanaconi eingestürzt sind. Man befürchtet, daß sich etwa hundert Personen unter den Trümmern befinden. Die Dörfer Piscobio und Tripardi sind ebenfalls zerstört. Truppen sind zur Hilfeleistung in Monteleone eingetroffen. Auch in Martirano (Distrikt Ricastro) sind alle Gebäude einschließlich der Gendarmeriekaserne eingestürzt. Bis jetzt sind sechs Schwerverwundete unter den Trümmern hervor-gezogen, es sind jedoch noch mehr Personen verschüttet worden. Ueberhaupt hat das Erdbeben im Bezirk Ricastro schweren Schaden angerichtet. Aus Castellamare, Neapel und Florenz werden leichte Erdstöße gemeldet.

Die letzten Nachrichten aus dem vom Erdbeben heimgesuchten Gebiete berichten von furchtbaren Verwüstungen. In Stefanaconi sind 100 Personen getötet, in Piscobio 50, in Tripardi 60; die genannten Ortshäuser sind, wie schon gemeldet, völlig zerstört. In San Gregorio werden 95 Tote gezählt, in Mileto 11 Tote und 200 Schwerverwundete, in Pizzo 4 Tote und mehrere Verletzte. Das Dorf Zammaro ist fast vollständig zerstört, ebenso Jungri und Gessantini, wo die Zahl der Opfer noch nicht feststeht. In den Dörfern Bratico, San Leo, San Costantino, Conidoni, die gleichfalls zerstört sind, verloren 50 Menschen das Leben, in Spilinga einer; auch in Sant' Onofrio sind zahlreiche Opfer der Katastrophe. Fast alle Häuser dieser Dörfer, soweit sie noch stehen, drohen mit Einsturz.

Ein alldeutscher Redakteur als Einbrecher. Aus Peimteritz wird geschrieben: Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich Montag der ehemalige Redakteur des „Vorwärts“, Deutschen Tagesblattes“, Rudolf Bey, wegen Verbrechens des Einbruchdiebstahls zu verantworten. Bey hatte am 10. Juli nachts als Redakteur in der Redaktion des eigenen Blattes eine verperrte Schublade erbrochen und mit 766 Kronen das Weite gesucht. Als er das Geld durchgebracht hatte, stellte er sich in Auftrag der Behörde, die ihn dann nach Peimteritz auslieferete. Bei der Verhandlung wurde festgestellt, daß Bey bereits folgende Verbrechen hat: 1890, Verbrechen des Diebstahls, fünf Monate schweren Kerkers; 1891, Verbrechen des Diebstahls, sechs Monate schweren Kerkers; 1892, Uebertretung des Diebstahls, einen Tag Arrest; 1893, Uebertretung des Diebstahls, einen Monat Arrest; 1893, Verbrechen des Diebstahls, neun Monate schweren Kerkers; 1895, Verbrechen des Diebstahls, sechs Monate schweren Kerkers; 1896, verbotene Rückkehr (Bey ist aus Wien ausgewiesen); 1896, Uebertretung des Betruges und der Veruntreuung, einen Monat Arrest; 1901 (Berlin), Betrug, drei Wochen Gefängnis; 1901 (in Dittmann, Bayern), Betrug, einen Monat Arrest; 1903, Uebertretung des Betruges und der Veruntreuung, eine Woche Arrest; 1904 (Leipzig), Diebstahl und Betrug, einen Monat Gefängnis. Wenige Monate nachdem er die letzte Strafe abgesessen hatte, wurde er würdig befunden, in die Redaktion des alldeutschen Blattes einzutreten, wo er im Namen des deutschen Volkes die Sozialdemokraten beschimpfen durfte. Ja, er genog, wie die Anklageakten feststellt, das besondere Vertrauen des Heraus-gabers. Das Urteil lautete auf fünf Jahre schweren Kerkers.

Einsturz von Kreideseifen. Ein großer Teil der Paläste, Kreideseifen an der Küste, ist laut telegraphischer Meldung aus Havre, eingestürzt; der Scheinwerfer und die Batterie, die sich auf dem Felsen befanden, sind mit in die Tiefe gestürzt, der ebenfalls auf dem Felsen befindliche Staatssemaphor mußte geräumt werden. Unter den Felstrümmern wurde die Leiche eines Kindes aufgefunden.

Unvermutet unter den Lebenden erschienen ist der Arbeiter Sobiesjewski aus Heide in Holfstein. Vor etwa 1 1/2 Jahren trieb an das Ufer des Friedrichsloog eine Leiche, die von der Frau des S. als die ihres Mannes, der wochenlang auf Reisen ging, festgestellt wurde. Jetzt erschien aber S. plötzlich wieder bei seiner Frau, und zwar, um sich lebendig schreiben zu lassen.

Die Schleiensfahrt. Im Kaiser Wilhelmpark in Dresden verunglückte bei der Schleiensfahrt der Kapitän J. v. v. Vell. Als er auf einem Schlitten angefahren das hohe Vogengerüst herabstaupte, zerrissen die Fuhriemen und dem gegen das Gitterwerk wild umhergeschleuderten wurden die Beine erheblich verletzt.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 9. September 1905. Etwas kühler, zeitweise anflarend, vorherrschend wolzig mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen westlichen Winden. Berliner Wetter-Bureau.

Wasserstand am 6. September. Elbe bei Müllig + 0,85 Meter, bei Dresden + 0,48 Meter, bei Magdeburg + 1,26 Meter. — Untrui bei Straßfurt + 1,70 Meter. — Oder bei Rathor + 1,58 Meter, bei Dresden Oberpegel + 5,16 Meter, bei Dresden Unterpegel - 0,88 Meter, bei Frankfurt + 1,24 Meter. — Weichsel bei Oranienburg + 2,48 Meter. — Warthe bei Wosen + 0,24 Meter. — R. S. bei W. + 1,92 Meter.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Berlin, Bezirk S. (Gesundbrunnen). Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Wilhelm Richter am 7. September früh 9 Uhr verstorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 11. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Pauls-Friedhofes, Wäldchen, aus statt. 14208 Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Am 7. September, vormittags 9 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schweren Krankenlager meine liebe Frau, unsere gute Mutter Anna Vollbrecht geb. Maller im Alter von 24 Jahren. Dies zeigen tiefbetrubt an Robert Vollbrecht nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Sept., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes aus statt. 14375

Rixdorf. Sonntag, den 10. September, vormittags 10 Uhr, findet bei Thiel, Bergstr. 151/152, eine Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler, Weißbinder u. Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl des 1. Kassierers. 3. Verschiedenes in Stoffenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreicher Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Neu eröffnet! Neu eröffnet! Restauration Richard Augustin Oranienstr. 103. ♦ Säle ♦ Vereinszimmer ♦ Gr. Mittagstisch (wie früher). Neb. Sonntag Familienbeisammeln.

Weltbekannt! 110 Leipzigerstr. 110. Anerkannt billigster Verkauf von Herren- und Knaben-Garderobe. Anzüge und Paletots von 11 Mark an. Vorrätig für jede Figur. Einsegnungs-Anzüge. 110 Leipzigerstr. 110 Hof geradezu.

Eine Mark wöchentlich! Tolle Auswahl! Eleg. fertige Herren-Moden. Bestellung u. Maß, tadellose Ausführung in eigener Werkstatt. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Köln Waren-Kredithaus. J. Kurzberg, An d. Jannowitzbrücke 1, 1. Bahnhof Bannowbrücke.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute. Am 6. d. M. starb nach langem Krankenlager am Magenkrebs im Alter von 49 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer Friedrich Puhl. Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Spill-Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 14315

Dankagung. Für die vielen Beweise der Liebe, Kranzspenden und Bekleidungsbelegungen bei der Beerdigung des Restaurateurs Wilhelm Grünberg sagen wir allen Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank. Auguste Grünberg und Kinder. „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“ Mitglied des Bundes „Solidarität“. Sonntag, den 10. September; 6. Abteilung: früh 6 Uhr nach Zempin, mittags 1 Uhr nach Zempin (Palme). Start: Oberbergerstr. 30, Genossenschaft. 14155

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben. Erwaht für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidormeister, Große Frankfurter Str. 37, II. Eingang Straußberger Platz. Roh-Tabak Tempelstr. 3. E. Nauen, a. d. Schmiedstraße.

Greift zu! dem Besten Monats-Anzüge 8,500 an Abonnement-Anzüge 9,50 Monats-Paletots 9,00 Joppen 5,- Partis-Anzüge, teils mit unersetzlichen Reizen 10,50 Anzüge, Crav. für Rab. 20,- Stammg.-Hof. od. Badelst. 3,- Getragene Kleidungsstücke von Rabalieren, Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Berlin, teils von Hoflieferanten, kolossal billig. 32/9* Straßenbahn-Vergütung! Bitte Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35, an der 3. Minut. u. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Berliner Ulk-Trio. Felix Sobauer Stralanderstr. 1.

Dresdener Casino. Empfehle den geübten Vereinen und Fabrikanten, wie zu Versammlungen meine herrlichen, circa 800 Personen fassenden Räume. Sonnabende noch frei. A. Muxfeldt, Amt IV 8860. Für Dampfer-Ausflüge empfehle mein herrliches „Seglerloch“ Schmöllwitz.

Englischen Unterricht für Anfänger u. Fortgeschrittene erteilt Gertrud Swienty, geb. Liebknecht Sedanstr. 67, III Schöneberg.

Buchhandlung Vorwärts :: Berlin SW. 68
Lindenstraße 69

Soeben ist erschienen:

Intime Briefe
Ferdinand Lassalles
an Eltern und Schwester

Herausgegeben von **Eduard Bernstein**

Nebst einem Anhang:
2 Briefe Lassalles über Liebe und eheliche Treue
2 Briefe Sophie v. Hasfeldts an Angehörige Lassalles

Preis 3 Mark
Porto 20 Pfennig

Die hier veröffentlichten Briefe reichen von Lassalles Knabenjahre bis zum Vorabend seines Todes. Es sind selbstverständlich nur ein Teil der wirklich geschriebenen. Sie gewähren aber dem Leser einen tiefen Einblick in die Anschauungen und den Charakter des großen Agitators. Freilich treten in diesen Briefen die theoretischen Auseinandersetzungen und die politischen Ansichten Lassalles in den Hintergrund. Es ist Lassalle als Mensch, der und hier näher tritt. Der Herausgeber hat den Briefen ein Vorwort und Erläuterungen gewidmet.

300 volle 8 Pfg.-Zigarren für 11.40 M.

Anfolge Ankaufs eines Kontrahenten kann ich dies bieten. 300 grohartigste 10 Pfg.-Zig. 13.20 M. 300 feinste 7 Pfg.-Zig. 10.50 M. Bitte überzeugen Sie sich. **Berndt, Versandhaus, Berlin, Kreuzbergstr. 29, I.**

Anhaltische Kohlenwerke
mit dem „Kleeblatt“

ANHALTISCHE KOHLENWERKE
Mariengrube

Altrenommierte Briketts bester Qualität
aus den Anhaltischen Kohlenwerken Mariengrube, Senftenberg.

Nur neueste Moden.

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet **M. 1.90.** in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.

Sonntags geöffnet. 41962*

Rich. Augustin Dranienstr. 103, Hofpart.
Säle. — Vereinszimmer.
Mittagstisch (wie früher). — Tel. Amt 4. 5652.

Angenehmer Familien-Aufenthalt!
Hierdurch mache ich meinen geschätzten Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich den

Pfefferberger Ausschank
26 Rosenthalerstraße 26
übernommen habe und bitte um recht zahlreichen Zuspruch. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 254/5

Jeden Abend musikalische Unterhaltung.
Franz. Villard. — Telefon: Amt III. 8546.
Hochachtungsvoll **Otto Schulz**, Rosenhallerstraße 26.

Steife schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an
Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.
Alles bis zu den feinsten Haarfilzqualitäten in sehr grosser Auswahl: Lodenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. claque etc.

Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.
Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten

Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export
nur **Dresdenerstr. 116** kein Laden
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste teiggedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Gadebierstr. 4, Bahnhofs Börse. 251/19*

Bettenlager! Pfandleihhaus, Weidenweg neuwachen, heute großer Bettensverkauf (spotbillig). 45*

Räumungsverkauf. Umzügler Achtung! Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Aussteuerwände, Bettlatten, Bettensverkauf, Regulatoren, Freischwinger, Tischlampen, Garderoben, Schminke, verschiedenes (spotbillig). Pfandleihe, Weidenweg neuwachen. 45*

Leihhaus Küstnerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Teppiche, Betten, Uhren, Goldschmuck, Spielzeug, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *
Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 7838*

Teppiche mit farbenreichen Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Herrnenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgetragene Anzüge, man kann man Abmäßen aus erster Hande direkt im beim Schneidermeister Kästnerstr. 15, III. kein Laden! Fernsprecher III. 2393. *

Gardinen hands Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Teppichlager, Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Remontoirdecken, Regulatoren, Spiegel, Bilder, Möbel, (spotbillig). Leihhaus, Grüner Weg 113. 13826*

Steppdecken billigst (spotbillig) Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Zwottblig Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Remontoirdecken, Regulatoren, Uhrenten, Anzüge, Spiegel, Bilder, Möbel, Leihhaus, Grüner Weg 113.

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für formale Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, sowie aus Pfandleihen verfallene Sachen. Rob. Kulastraße 14. 13336*

Möbelverkauf. In meiner Möbelwerkstatt Okenhaustraße 15, am Dalken Tor, stehen viele Wohnzimmereinrichtungen, verleihe gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gebrauchte Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoheliegende von 500 bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihe gewesener und zurückgekaufter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Anzug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Tischstühle, Vertikalschrank, Salongarnitur, Büchergarnituren 105, Tischstühle, Büchergarnitur, 40, gefüllte Kissen, Büchergarnitur, Pannellsofa mit Sattelstühlen 85, Schreibtisch 30, englische Schlafzimmere, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil. Gefüllte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Futterbuch gratis. Sonntags von 2-10 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Milch- und Borkolgeschäft verkauft billigt Meles, Friedrichsberg, Scharnweberstraße 5. 4130*

Tafel verkauft noch nachgehende Sachen, elegantes Tafelgeschloß 44,00 Schlaffsofa 25,00, Salongarnitur, Säulenpaneelsofa 70,00, Betten, Stühle, Steppdecken 4,00, Blüschtblöcken, reichgeleitet 6,50, gefüllter Trumeau 32,00, Regulator 7,00, Freischwinger, Bettstellen, Schränke, Tische, Günstigste Gelegenheit für Brautleute. Landbergerstraße 42, II. 14236

Pannellsofa, Tischsofa, Tischschreibtisch preiswert. Sand, Waldemarstraße 63. 14245

Schlaffsofa, zwei Eitel, Kleiderständer, zusammen 20,00. Klaffenstraße 31, Portal 2, IV. 254/6

Reparatur, Pannellsofa, sofort verkauflich. Tempelhof, Friedrichsbergstraße 15. 14026

Schaufel, gangbares, volle Konzeption, sofort mit 600 Mark zu übernehmen. Käfers Christburgerstraße 17. 14196

Zwottblig Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Gasströme, Tischdecken, Remontoirdecken, Regulatoren, Petroleumlampen, Uhrenten, Anzüge, Spiegel, Bilder, Möbel, Leihhaus Grünerweg 113. *

Schrod, Beste, große Figur, ladellos. Witwe Bartel, Klaffenstraße 42, II. 14276

Sofort verkauflich Blüschgarnitur 68,00, Mahagoni-Kleiderständer, Vertikalschrank 24,00, Bettstelle, Sofa, Tisch, Kleiderständer, englische Bettstellen, Säulentrumeau. Frau Kowalcz, Kusterhausenerstr. 21 (an Köpenickerstraße). 14235

Bettstellen, zwei Matrassen, Kleiderständer, Tisch 20, 25 Mark. Sens, Kleine Frankfurterstraße 3/4. 14296

Schreibtisch, hoheliegend, Zugeschliffen dito Kleiderständer, zwei gebraucht, zwei neue Mahagoni-Büchertische, Nachttische, Mahagoni-Büchergarnitur, grün, Sofa, Tisch, Trumeau, (sofort für jeden Preis. Petrolische, Dolgmarktstraße 72, Seitenflügel III. Beschäftigung wochentags von 7 1/2 Uhr abends, Sonntags bis 4 Uhr. 14245

Mahagoni - Geschäft, 10 Jahre bestehend, sofort umständelicher für jeden Preis verkauflich Alexanderstraße 27. 14235

Seifengeschäft mit Wohnung, 40 Mark Tageslohn, zu verkaufen. Näheres Risch, Rothvingerstraße 61.

Kolonie Alpenberge, 1/2 Hufe von 15,00 Mark an, beim herrlichen Bach am Schwandebach Wald gelegen, hohe geographische Lage, schöne Aussicht über Schweizerberge, Schweizer- und Nödingental bis Bernau, beste Kapplandsanlage, zwanzig Hektar bis Bach, dann durchs Dorf ganz gerade aus bis zur Alm, ich oder mein Vertreter am liebsten. Schlächtermeister Noers, Vordammstraße 35. 14265

Restaurierung, gutgehend, sofort verkauflich wegen Grundstücksübernahme nach Ruyterhof, Oberstraße 59, Schöneberg. 4103

Kanarienvogel 6,00, Vorkäufer Seifergasse, Schloßplatz 2. 32/12*

Piano, freisitzig, 130,00. Turmstraße 8, parterre. 32/14

Gute Federbetten, Stand zwanzig Mark. Wallstraße 61, I. 32/15*

Bananenlager verlangt zu Verkauf Schloßerei A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 8098*

Kreisjägerschneider und Ritzschmacher sucht Ritzschmeister Kaufmännische Straße 31. 14265

Drehter auf Alabaster verlangt Trotha, Dresdenstraße 97. 14255

Lehrling gesucht für unsere Folienfabrik. Götter u. Dausig, Alexanderstraße 95. 14185

Farbmacher verlangt Deutsch u. Kaufmann, Pfäfersstraße 18. 14133

Schloffer verlangt Sophie-Charlottenstraße 108. 14285*

Tüchtiger Granitsteinhauer, auch für erhabene Schrift, aber nur solcher, findet Beschäftigung bei A. Jabel, Schönhauser Allee 167 a. 14385

Malergehilfe und Anstreicher (Winterbau) verlangt sofort Emil Schulz, Weihensee, Köpzig-Quaßsee 61b.

Steinmetz verlangt Jach, Weihensee, Sedanstraße. 123

Vergolderinnen, Farbmacherrinnen verlangt Kachig, Köpzigstraße 37. 14165

Handwebenden - Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung. Berlin, Kolonnenmarkt 10. 8218

Hausfrau Handwebenden - Arbeiterinnen verlangt Wolgasterstraße 4, Reeb. 490

Knabenstutzen - Arbeiterinnen verlangt Hoffmann, Caprivistraße 21.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Gewerkschaftsbeamter!
Für die Ortsverwaltung Berlin des Gemeindefacharbeiter - Verbandes wird zum 1. Okt. 1905 (event. später) ein **zweiter Sekretär** gesucht. Derselbe hat hauptsächlich die Verwaltung zu leiten, muß rednerisch begabt sein, sowie Eingaben korrekt anfertigen können; ferner wird Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangt. Gehalt und Anstellungsbedingungen gemäß den Beschläffen des Statutarer Gewerkschaftslogreffes. Schriftliche Offerten bis zum 20. September an Emil Dittmer, Berlin SW., Alte Jakobstr. 145. 293/8

Ein tüchtiger **Schrankbauer** für Kleinschreiner findet (sofort) Stellung **Koloniestr. 89/90.**

Tochter Installateur für Gas, Wasser und Kanalisation für Breslau gesucht. Selbständiges Arbeiten Bedingung. Bei Bewährung Stellung als Installationsmeister. Gehaltsanfrage und Zeugnisabschriften unter W. J. 539 an Haasonstein & Vogler A.-G., Breslau.

Der Verein „Arbeitersekretariat für Anhalt“ (St. Dessau) sucht für den Posten eines Arbeitersekretärs eine befähigte Kraft. Eintritt 1. Januar 1906, Anfangsgehalt 2000 Mark. Einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist neben organisatorischen Fähigkeiten Bedingung. Den Bewerbungen ist die Angabe der bisherigen Tätigkeit und eine kurze Arbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs beizufügen. Bewerbungen sind bis spätestens den 21. September an den Vorstand des Vereins (G. Jenke, Dessau, Volksblatt für Anhalt) unter der Aufschrift „Arbeitersekretär“ zu richten.

Rugbruderei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Berliner Nachrichten.

Wo bleibt der Ahtuhr-Ladenschluß?

So hat wohl schon mancher ungeduldig gefragt, um sich von einem Kundigen belehren zu lassen, daß die Sache sich noch im Stadium der Vorbereitung befindet. Gut Ding will Weile haben! Der Zweifel, ob die erforderliche Majorität unter den Ladenbesitzern sich dafür erklären wird, hat aber etwas Bedrückendes. Da gewährt es immerhin einen kleinen Trost, wenn aus anderen Städten im Deutschen Reich Fortschritte in dieser Beziehung gemeldet werden. Der Ahtuhr-Ladenschluß ist jüngst wieder in Braunschweig, Eichwege, Forst i. V., Hannover, Minden, Hildesheim, Lüneburg, Raumburg, Peine, Radolfzell, Würzburg, Zeitz eingeführt worden. In Gießen und Leipzig sind einzelne Branchen dafür gewonnen worden. Hier in Berlin möchte man beinahe annehmen, daß die Sache einzuschlafen beginnt. Darum ist es notwendig, die alte Forderung immer wieder mit großem Nachdruck als gerecht und billig zu erheben. Es ist überflüssig darauf hinzuweisen, daß sich die Neuerung sehr gut bewährt hat, wo sie eingeführt worden ist, daß sich das Publikum leicht daran gewöhnt hat und daß die Ladenbesitzer selbst sehr damit zufrieden sind. Man braucht nur daran zu denken, daß in allen amerikanischen Städten der Sechsuhr-Ladenschluß die allgemeine Regel ist, von der kein großes Geschäft abweicht, ebenso wie die Sonntagsruhe allgemein eingeführt ist. Und doch sind die Amerikaner als kalt berechnende Geschäftsleute verschrien, die das „Business“ über alles andere setzen. Wenn hier ein Handlungsgehilfenverband die Forderung erheben wollte: Um 6 Uhr Feierabend und jeden Sonntag frei! — so würde man darin einen tollen Uebermut erblicken und kaum auf eine ernsthafte Erörterung der Frage sich einlassen. Umgekehrt würden die amerikanischen Handlungsangestellten die ärgste Vergewaltigung ihrer Rechte darin sehen, sollten die Ladenbesitzer dort das Verlangen stellen: Von jetzt an wird bis um 8 Uhr (von 9 Uhr gar nicht zu reden) gearbeitet und Sonntags vormittags dazu! — Ein allgemeiner Widerstand würde sich erheben.

Ganz vereinzelt wurde in den Monaten Juli und August in einigen Engros-Geschäften um 7 Uhr geschlossen, aber das sind seltene Ausnahmen. Die beschämende Tatsache bleibt bestehen, daß in Berlin noch immer der Neunuhr-Ladenschluß die allgemeine Regel ist, und dagegen muß die Masse der Handlungsangestellten Front machen und darf in ihrem Widerstande nicht erlahmen, wenn Wandel geschaffen werden soll.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. In betreff der Fleischnot hat der Magistrat beschlossen, den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung von gestern beizutreten. Die gemeinsame Deputation soll zusammengesetzt werden aus 15 Mitgliedern, und zwar fünf Magistratsmitgliedern und zehn Stadtverordneten. Seitens des Magistrats sollen teilnehmen: der Oberbürgermeister, der Bürgermeister Dr. Reide und die Stadträte Hübner, von Friedberg und Kallisch. — Die eingegangenen Beschwerden über die verpökelten Ansehungen von Termen bei den Kaufmannsgerichten sollen dadurch abgeholfen werden, daß nach Beschluß des Magistrats eine dritte Kammer eingerichtet wird. — Am 8. Oktober d. J. soll die Einweihung der fertigen zweiten städtischen Handwerkerhalle stattfinden, wozu der Magistrat 500 M. bewilligt, indes die Rücklegung einer Fleischerei abgelehnt hat. Genehmigt wurde der Umbau des Vorderhauses auf dem Grundstück Blumenstraße 33a (der Memner-Fachschule) und Errichtung eines Neubaus auf dem Hofe daselbst für Zwecke der Fachschule.

„Immer flott mit der Dummheit rechnen!“ Unter dieser Spitzmarke läßt sich die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ von einem „Vollblutberliner“ schreiben:

„Da fällt mir heute der „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 6. September in die Hände, der allem Geschrei von Fleischnot und teureren Fleischpreisen ein Ende macht. Dort steht schön fett gedruckt:

„Ja, polsteinisches Schweine-Stückenfleisch, garantiert gesund, amtl. unterf. Baden, Schnauzen, Ohren, dicke fleischige Poten, Rippen. In Eimern 30 und 50 Pfd. Inhalt Pfd. 35 Pf. ab Kiel. Postpaket 10 Pfd. 4,30 M.“

Was redet man also über abnorme Schweinefleischpreise? Oder ist Erbsen mit Schweinefleisch und Ohr nicht ein lösslich Gericht? Schreibt nicht Feix Reuter in „Mit mine Stromtid“ begeistert davon? „Bei milaggt gor tau giru Artvisfupp un de Stvinduren von sin Polsteinisch fratt bei all allein up“, heißt es da von Pastor Gottlieb zu Wirsig. Freilich, was damals — es war 1848 — einem Pastor trefflich mundete, schmeckt heute den verwöhnten Herrn Genossen häufig noch lange nicht, — insofern der Einwirkung der „Intelligenz“ wahrscheinlich!

Selten ist eine Spitzmarke so sinnig gewählt worden, wie diese, vorausgesetzt, daß der auf hohe Fleischpreise erpichte Vollblutberliner seinen angeblichen Landsleuten, wie man auf gut Berlinisch sagt, dämlich kommen will. Erbsen mit Schweinefleisch ist gewiß ein gutes Gericht; aber warum ließ sich denn der Redakteur des Agrarierblattes, der das Unglück hatte, die Anzeige in unserem Blatte gegen uns auszusprechen, nicht von seiner Frau darüber aufklären, daß Schweinepoten vor einigen Monaten in Berlin 20 Pf., höchstens 25 Pf. kosteten und jetzt mit 30 Pf. bis 35 Pf. bezahlt werden müssen, daß ferner der Preis für Baden und Ohren u. a. sich hierorts 40 Pf. bis 70 Pf. beträgt, so daß also der Mann in Kiel, wenn er alles im Ransch für etwa 50 Pf. das Pfund anbietet, seine Ware durchaus nicht viel billiger abläßt als Berliner Schlächter die übrige? Die Notiz des Agrarierblattes hätte nur Sinn gehabt, wenn seine Redaktion sich erboten hätte, die Kieler Schnauzen und Poten gegen Karbonade und Bauchfleisch umzutauschen und wenn sie am eigenen Leibe dann der Bevölkerung demonstriert hätte, daß die von ihr eingetauschten Knochen und Knorpeln ebenso nahrhaft und beförmlich sind wie reelles Fleisch. Andernfalls muß das Blatt sich zu dem Eingeständnis bequemen, daß seine Devise „Immer flott mit der Dummheit rechnen“, zwar häufig, aber nicht in allen Fällen ihren Mann nährt.

Mit dem Choleraverdacht, worüber gestern berichtet wurde, ist es nichts. Wie wir zuverlässig erfahren, ist bei dem dieser Tage in Berlin in der Friedenstraße verstorbenen Holzschneider-Versitzer Rhrus nach dem Abduktionsbefunde und der bakteriologischen Untersuchung Choleraverdacht ausgeschlossen.

Ueber die in der Reichshauptstadt getroffenen Maßnahmen zur Verhütung der Einschleppung der Seuche wird berichtet: Damit in der Anwendung aller erdenklichen Abwehrmaßnahmen, die nach dem Reichs-Seuchengesetz vorgeschrieben oder erlaubt sind, auch nicht das geringste Verhättnis werde, haben gestern in den beteiligten Ministerien und im Polizeipräsidium nochmals Beratungen der zuständigen Beamten und Sachverständigen stattgefunden. Ein Grund zu Besorgnissen liegt hiernach umso weniger vor, als ja bei dem letzten Ausbreiten der Cholera in Berlin „die eingeschleppten Fälle“ durchaus vereinzelt blieben und auch nur zum Teil tödlich verliefen. Gerade die günstigen Erfahrungen jener Tage haben dahin geführt, daß man jetzt dem drohenden Seinde viel ruhiger entgegensteht als in früheren Zeiten.

Zum Mittwoch nächster Woche hat der Polizeipräsident die Berliner Sanitätskommission zu einer Sitzung zusammenberufen, in der die Maßnahmen gegen die Cholera-Gefahr die Tagesordnung bilden. Die Sanitätskommission setzt sich zusammen aus dem Polizeipräsidenten und seinem Stellvertreter, den Kreisärzten und einigen anderen ärztlichen Beamten, dem Platzmajor von Berlin und den Stadtverordneten Dr. Langerhans, Dr. Wehl, Mehring, Neumann, Dr. Strahmann, Dr. Glayel, Sachs und Dr. Nathan.

Der städtische Markthallendirektor Graue sollte sich einem Vertreter der Interessentengruppe gegenüber dahin geäußert haben, daß die Absicht bestehe, die Zentraldetailhalle am Alexanderplatz zu verlegen, da die Verlegung der Engros- und große Schwierigkeiten stoßen würde, die jetzt herrschenden mihlichen Verkehrsverhältnisse jedoch dringend der Abhilfe bedürfen. Magistratspräsident wird und hierzu jetzt mitgeteilt, daß Direktor Graue nicht verstanden worden sein müsse. Weder die Deputation für die städtischen Markthallen noch der Magistrat, noch die Stadtverordneten-Versammlung haben sich bis heute mit der Frage der Verlegung der Zentraldetailhalle beschäftigt. Nur die Verlegung des Engrosmarktes ist, weil nicht mehr zu umgehen, beschloffen worden. Der Wagenverkehr hat in der Nähe der Engrosmarkthalle unhaltbare Zustände geschaffen, die baldigt abgestellt werden sollen.

Der Vorhänge, wie die im Zuge der Hensburgerstraße über die Unterpreese führende neue Fußgängerbrücke benannt worden ist, wird in der nächsten Woche dem Verkehr übergeben werden. Es ist dadurch eine neue und sehr wichtige Verbindung zwischen dem Bellevue- und dem Hansaviertel und dem auf dem rechten Spreeufer im Entischen begriffenen neuen Stadtteil geschaffen worden, in dessen Mitte sich der Neubau des Werderschen Gymnasiums erheben wird.

Ein Meineidsverfahren. Auf freiem Fuß gesetzt wurde der Grundbesitzer Jodor Walter aus Oranienburg, der unter dem Verdacht des Meineides verhaftet worden war. Die Staatsanwaltschaft hat dem Antrag des Verhafteten auf Freilassung stattgegeben, nachdem sie die Ueberzeugung erlangt hat, daß ein Rückverdict nicht vorliegt. Die Angelegenheit hängt mit der Walterschen Millionen-erbschaft zusammen, die zu langwierigen Prozessen geführt hat. Die Objekte der Erbschaft sind etwa 300 bebauete und unbebaute Grundstücke in der näheren Umgebung Berlins, die im Laufe der Jahre sehr im Wert gestiegen sind und jetzt ein Vermögen von mehr als zehn Millionen Mark ausmachen, da sie zum größten Teil hypothekensfrei sind. Auch der Grundbesitzer Philipp Walter, ein Bruder Jodor's, war unter der Anschuldigung des Meineides in Untersuchungshaft genommen worden. Er wurde ebenso wie sein Bruder vorläufig wieder freigelassen, jeder hat aber eine Bürgschaft von 11 000 M. leisten müssen. Die Untersuchung geht weiter, erst gestern fanden beim Landgericht II wieder Zeugenvernehmungen statt.

Einen traurigen Abschluß fand gestern ein Ausflug nach Zegel, den die Familie Heising aus der Müllerstraße unternommen hatte. Als man nach äußerst vergnügtem Aufenthalt in Zegelort die Heimreise antrat, fuhren die Geschwister S., drei Personen, in einem Mietboot nach Zegel voraus, während die Mutter etwas später mit Dampfer die Fahrt bis Zegel zurücklegte. Als das vorausfahrende Boot, das kein Licht hatte, sich um 8 Uhr abends auf 100 Meter dem Zegler Dampfer näherte, wurde es von einem von Zegel abfahrenden Stern-Dampfer in der Dunkelheit angerannt und zum Kentern gebracht. Die Insassen stürzten ins Wasser. Dem Bruder gelang es, sich und die älteste Schwester auf dem Dampfer zu retten, während die 17jährige Schwester Gertrud, die eine gute Schwimmerin gewesen sein soll, in den Wellen versank. Obgleich mehrere Boote vom Ufer aus, „Germania“, Zegel, kurz nach dem Unfall zur Stelle waren und sich eifrig bemühten, war jeder Rettungsversuch bei der herrschenden Dunkelheit leider ohne Erfolg. Erschütternd war die Szene, als eine Viertelstunde später die bedauernswerte Mutter in Zegel landete und erfuhr, daß sie soeben mit dem Dampfer über die Leiche ihres vor Minuten noch lebendigen, jetzt auf dem Grunde des Sees ruhenden Kindes hinweggefahren sei.

Der Roman eines Chauffeurs. Die Entführung einer Dame aus den besten Ständen“ bildet, wie die Blätter melden, gegenwärtig in den Kreisen der Berliner Gesellschaft das Tagesgespräch. Es handelt sich diesmal um ein nicht mehr ganz junges Mädchen, die einzige Tochter eines jetzt von seinen Millionen lebenden früheren Großindustriellen, das seit etwa acht Tagen aus dem elterlichen Hause verschwunden ist. Mit ihr flüchtig geworden ist der 27 Jahre alte Max L., der bei dem Renier als Chauffeur angestellt war. Die junge Dame, eine leidenschaftliche Verehrerin des Autosportes, hatte sich in den Lenker des Gefährtes verliebt. Die Spuren des flüchtigen Liebespaars weisen nach Hamburg hin. Wenn die beiden die standesamtliche Trauung hinter sich haben, geht hoffentlich alles gut. Bei Spielhagen und anderen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts ist es der arme Hauslehrer, den die im besten Ramessealter stehende Erbtöchter nach langer Dual heiratet. Der Fortschritt der Zeit bedingt, daß der Schulmeister von dem Vertreter eines hochmodernen Berufes abgelöst wird.

Einen Handdieb hatte seit dem 1. Juli d. J. ein Zuteller in der Großen Frankfurterstraße in seinem Geschäft. Im Laufe der Zeit kamen ihm allerhand Verfassungen, goldene Ringe, Uhretten usw. abhanden, ohne daß er sich ihren Verlust erklären konnte. Endlich schöpfte er Verdacht gegen seinen 21 Jahre alten, aus Regensburg gebürtigen Goldschmiedsgehilfen Wilhelm Kappelmeier. Er stellte ihm eine Falle und fing ihn darin. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Verhafteten fanden die Kriminalbeamten noch eine ganze Anzahl Ringe und Ketten, außerdem aber noch 17 Pfandscheine über gestohlene Sachen, die er schon veräußert hatte. Der ungetreue junge Mann, der wegen Diebstahls und Unterschlagung in das Moabitler Untersuchungsgefängnis gebracht wurde, hat sich von seinen leichtsinnigen Freunden und deren Damen verführen lassen und in deren Gesellschaft auch das Geld, das er für das gestohlene Gut erhielt, durchgebracht.

Als Arzt aus dem feinen Westen spielt sich ein Schwindler auf, der schon eine ganze Reihe von Geschäftsleuten geprellt hat. Ein feingekleideter Mann mit hellblondem Haar und einem feinen, nach oben gebogenen Schnurrbart besucht große Geschäfte, stellt sich als Dr. Schön oder Dr. Schöne aus der Tiergartenstraße 27 vor und sucht allerhand Waren aus, die er angeblich zum Teil selbst gebraucht, zum Teil verschenken will. Den größten Teil der gefaßten Sachen nimmt er mit dem Vorwande, daß er ihrer sofort bedürftig, gleich mit, den Rest soll der Hausdiener mit der quittierten Rechnung bringen. Wenn der Mann kommt, um das Geld zu holen, stellt sich heraus, daß Dr. Schön in der Tiergartenstraße gar nicht wohnt. Der Schwindler kommt stets vorgefahren und läßt den Wagen halten, bis er mit der Auswahl fertig ist. Er ist etwa 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank, hat ein langes ovales Gesicht, trägt dunklen Anzug und Ueberzieher und einen schwarzen Zylinder und wildlederne Handschuhe. Auf dem Daumen der rechten Hand hat er eine dunkel gefärbte Warze.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am gestrigen vormittag gegen 11 Uhr in der Alten Schönhauserstraße ereignet. Dort hielt an der Ecke der Steinstraße ein Vierwagen des Wöhlischen Brauhauses, in einem Restaurant der Steinstraße, die augenblicklich gepflastert wird und daher für Fuhrwerke unpassierbar ist. Vier abzuladen hatte. Der Aufsitzer hatte mit dem Mitfahrer bereits wieder auf dem Bod Platz genommen und verfuhr nun, seinen Wagen umzuwenden. In diesem Augenblicke wolle der dreijährige Enkel des Alte Schönhauserstr. 18 wohnenden Sattlermeisters Kreuzmann,

der in der Steinstraße mit anderen Kindern gespielt hatte, wieder nach der Wohnung des Großvaters zurückkehren. Während der Aufsitzer wendete, sodas das Hinterteil des Gefährtes fast die Hausnummer streifte, verfuhr der Kleine hindurchzuschlüpfen. In diesem Augenblicke rückte der Wagen rückwärts und das Kind wurde von dem Hinterrad gegen die Mauer gedrückt. Brust und Kopf des Unglücklichen waren völlig zermalmt. Der Kleine, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde mittels Droschke nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, verstarb aber während des Transportes.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr nur wenig Alarmierungen zu verzeichnen. Nach der Reichenbergerstr. 90 wurde sie gerufen, weil dort in einer Schaube Feuer entfland war. — Möbel, Gardinen und Decken gingen dann in der Frankfurter-Allee 71 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Schulstr. 10, auf dem Anhalter Güterbahnhof und auf dem Ostbahnhofe noch Pfeiflohlen sich entzündet hatten. In allen Fällen nahm die Ablösung nur kurze Zeit in Anspruch.

Theater. Luise-Theater. Wir werden uns nicht wundern, wenn die Direktion dieses Theaters ihrem Personal nächstens das Singen angewöhnt und die Nibelungen-Tetralogie Richard Wagners glanzvoll zur Aufführung bringt. Vor acht Tagen wurde die neue Spielzeit eröffnet und bereits ist ein Lustspiel, eine Posse und ein Trauerspiel herausgelommen. Ein republikanisches sogar, nämlich „Fiesco“. Da halte einer die Luft an. Massische Sitze, an die erste Bühnen nur mit Jagen herangehen, werden in der Reichenbergerstraße im Handumdrehen erledigt; und so geschah es auch diesmal, daß neben dem Alltagsrepertoire Schiller daran glauben mußte. Die Aufführung war denn auch danach; aber wenn es auch noch zehnmal schlimmer auf der Bühne zugegangen wäre als gestern, so hätte doch vom Standpunkt einer nicht allzu rückständigen Sozialpolitik aus die Frage erhoben werden müssen, wie denn nur die Schauspieler solche Anstrengungen auf die Dauer aushalten sollen. Wenn das so weiter geht, gibt es Leichen. Es soll gern anerkannt werden, daß einige, so die Herren Ruff und Nidel das Kennen aushielten, aber zumeist war das Spiel bedenklich. So deutlich dies auch gesagt werden muß, so wäre es doch ungerecht, den Künstlern Vorwürfe zu machen. Der Tadel gebührt der Direktion, die Aufgaben stellt, die denn doch nicht gut in der Reichenbergerstraße gelöst werden können; am allerwenigsten mit Automobilschnelligkeit. — Der heutige Premierabend der neuen Retropol-Theater-Revue: „Auf ins Retropol“ beginnt ebenso wie die erste Wiederholung, morgen am Sonntag nicht um 8 Uhr, sondern um 7 1/2 Uhr. — Im Theater des Westens wird das musikalische Lustspiel „Die neugierigen Frauen“ am Montag, den 11., und Mittwoch, den 13. September, gegeben. Die nächste 76. Aufführung kann erst am 28. September stattfinden. — Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden am Sonntag, Dienstag, Freitag und Sonnabend die letzten Wiederholungen des Vortrages „Die deutsche Nordseeleiste“ statt. Am Montag und Donnerstag wird noch einmal der Vortrag „Tierleben in der Wildnis“ gehalten und am Mittwoch zum letztenmal der Vortrag „Der Simphon und sein Gebiet“ zur Darstellung gelangen. — In der im Reibendz-Theater am Dienstag, den 12. September stattfindenden Erstaufführung des Schwanke „Die Höhle des Löwen“, in der Richard Alexander als Chalandren zum erstenmal in dieser Spielzeit wieder auftritt und Helene Fehdmer die Antoinette spielt, sind die übrigen Hauptrollen mit den Damen Clemens und Lenz und den Herren Georg, John und Silha besetzt. — Fräulein Mia Werber tritt heute Sonnabend nach einem längeren Urlaube zum erstenmal im Zentral-Theater wieder auf und wird die „Mimosa“ in „Griffen“ spielen. Auch in den folgenden „Geisha“-Vorstellungen wird Mia Werber die Partie singen. — Das William Löwe-Ensemble, welches bereits seit mehreren Jahren am Thalia-, Zentral- und Wellenblau-Theater die Sonntags-nachmittags-Vorstellungen in Aufnahme gebracht hat, wird vom 12. d. M. ab in dem bekannten Etablissement „Sausouci“, Kottbuserstr. 4a, auf dessen Bühne allwöchentlich und zwar jeden Dienstag und Mittwoch Theaterabende veranstaltet. Das Löwe-Ensemble ist zu diesem Zwecke durch mehrere Kräfte ergänzt worden. Um auch der breiteren Masse den Besuch zu ermöglichen, werden bei kleinen Eintrittspreisen vornehmlich sorgsam vorbereitete Aufführungen von klassischen Werken geplant. Es soll jedoch auch das moderne Drama, sowie das Schau- und Lustspiel berücksichtigt werden.

Der Berliner Zoologische Garten hat vor kurzem zwei Pfauen-Truthühner erworben, eine Seltenheit ersten Ranges, da diese prächtigen Vögel im Tierhandel jahrzehntlang trotz aller Bemühungen nicht zu haben waren. Das Pfauen-Truthuhn, ein Bewohner von Guatemala, Britisch Honduras und Yucatan, ist einer der schönsten Hühnervögel, welche es gibt: es vereinigt mit der Figur und Federbildung des Puters die fatten Glanzfarben des Glanzfasans, die zum Teil nach Art der Pfauenaugen angeordnet sind. Der nackte Kopf und Hals trägt auf blauem Grunde orangefelbe, erbsengroße Warzen. Die beiden Vögel, welche vorläufig ein durch die lange Reise stark beschädigtes und noch unheimbares Jugendgefieder tragen, sind in dem alten Hause am Hauptrestaurant untergebracht.

Nachport. Die am Sonntag durch Regen bereitete Eröffnung der neuen Städtischen Rennbahn konnte nunmehr am Donnerstagabend bei günstigstem Wetter vor sich gehen. Von den Matadoren konnten Billy Arndt sowie Ellegaard (Ropenhagen) und Poulain (Paris) die Vorläufe des Hauptfahrens gewinnen und sich dadurch die Bestreitung des am Sonntag stattfindenden Großen Hauptfahrens sichern; von ihrem unterlegenen Wegnern kommen die Ersten der Befähigungsläufe, Vater und Scheuermann sowie Teile als schnellster Zweiter in das Kleine Hauptfahren, die drei Nichtplacierten Huber, Conrad und Wegener in das Entschädigungsfahren. Teile belegte das erste Rennen, ein Prämiensahren über 3000 m. Der Holländer Stol siegte überlegen in dem 15 km-Rennen mit Straßenmotorführung, und Peter gewann das Kleine Malfahren.

Die Rennen verliefen folgendermaßen: Eröffnungs-Prämien-Fahren. 3000 m. Dem Ersten jeder Runde 5 M., letzte Runde 30, 20, 10 M. 1. Teile, 2. Conrad, 3. Wegener. Prämien erzielten: Scheuermann, Wöber, Stol (2), Peter.

15 Kilometer-Rennen mit Straßenmotorführung. 60, 50, 40, 30, 20 M. 1. J. Stol in 15 Min. 13 1/2 Sek.; 2. A. Müller, 1002 m; 3. Teile, 1530 m; 4. Kelbel, 2020 m; 5. Vartelmann, 4140 m zurück. Außerdem noch Nohr.

Städtischer Hauptfahren. 1000 m. a) Vorläufe. 1. Lauf: 1. Ellegaard, 2. Conrad, 3. Vater. 2. Lauf: 1. W. Arndt, 2. Wegener, 3. Scheuermann. 3. Lauf: 1. Poulain, 2. Huber, 3. Teile. b) Befähigungsläufe. 1. Lauf: 1. Vater, 2. Teile, 3. Wegener. 2. Lauf: 1. Scheuermann, 2. Huber, 3. Conrad.

Kleines Malfahren. 1000 m. 40, 30, 20 M. 1. Peter, 2. Rudela, 3. Kurzmeier. In drei Vorläufen 19 Fahrer.

Eine Ausstellung gesundheitslicher und künstlerischer Kleidung für Mädchen und Frauen wird Mittwoch morgen 11 Uhr im Architektenhaus, Wilhelmstr. 92/93, eröffnet. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 25 Pf. Vereine und Schulen erhalten bei Abnahme von mindestens 20 Karten Preisermäßigung, auch wenn der Besuch nicht geschlossen erscheint.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Fleischnot. Eine lehrreiche Zusammenstellung über den Durchschnitt der Fleischpreise im Juli der Jahre 1898 bis 1905 veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg. Die Preise werden seit 1898 immer in gleicher Weise aus den durch die Polizei auf den verschiedenen Märkten der Stadt ermittelten Werten berechnet, so daß ein Vergleich zwischen den Preisen der letzten 8 Jahre sehr wohl möglich ist.

Nachstehende Tabelle gibt an, wie hoch die Preise pro Kilogramm im Kleinhandel in den einzelnen Jahren waren:

| Juli des Jahres | Rindfleisch | | Schweinefleisch | Kalbfleisch | Hammelfleisch |
|-----------------|---------------|-----------|-----------------|-------------|---------------|
| | von der Keule | vom Bauch | | | |
| 1898 | 1,40 | 1,10 | 1,55 | 1,35 | 1,80 |
| 1899 | 1,50 | 1,10 | 1,45 | 1,40 | 1,25 |
| 1900 | 1,45 | 1,10 | 1,45 | 1,40 | 1,40 |
| 1901 | 1,40 | 1,05 | 1,55 | 1,40 | 1,35 |
| 1902 | 1,70 | 1,20 | 1,55 | 1,50 | 1,50 |
| 1903 | 1,50 | 1,10 | 1,50 | 1,40 | 1,40 |
| 1904 | 1,50 | 1,15 | 1,50 | 1,60 | 1,50 |
| 1905 | 1,55 | 1,35 | 1,70 | 1,60 | 1,60 |

Hieraus ist also innerhalb des letzten Jahres besonders die geringere Sorte Rind- und Schweinefleisch stark im Preise gestiegen, ersteres um 18, letzteres um 13 Prozent. Innerhalb der acht Beobachtungsjahre ist Rindfleisch von der Keule um 11 Prozent, Rindfleisch vom Bauch um 23 Prozent, Schweinefleisch um 10 Prozent, Kalbfleisch um 19 Prozent, Hammelfleisch um 23 Prozent gestiegen. Zieht man noch die Preissteigerung für andere Lebensmittel und die Wertssteigerungen in Betracht, so wird man zugeben müssen, daß von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter keine Rede sein kann.

Im städtischen Arbeitsnachweis wurden im letzten Berichtsjahre (1. April 1904 bis 31. März 1905) 6727 offene Stellen für Männer und 2337 für Frauen angemeldet, die Zahl der Arbeitsgesuche von Männern betrug 8399, von Frauen 2176, besetzt wurden 5029 Stellen für Männer und 1228 für Frauen. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der angemeldeten offenen Stellen in der männlichen Abteilung um 1300, die Zahl der besetzten Stellen um 730, die der Arbeitsuchenden um 833 gestiegen. Auf je 100 offene Stellen für Männer kamen 124,9 Arbeitsuchende, die günstigste Ziffer seit Bestehen des Arbeitsnachweises. Ebenso günstig ist die Zahl der Arbeitsuchenden, denen eine Stelle nachgewiesen wurde. Dagegen konnten von 100 offenen Stellen nur 74,8 besetzt werden, teils weil die vorhandenen Arbeitskräfte für diese Stellen nicht geeignet waren, teils weil die Stellen wegen zu geringen Lohnes, zu schwerer Arbeit und dergleichen nicht angenommen wurden. In der weiblichen Abteilung waren die Vermittlungsergebnisse sehr gering. Die Mehrzahl der Lehrlinge suchten Stellen in den Metallgewerken, und hierfür lagen offene Stellen nur in sehr geringer Zahl vor. In der weiblichen Abteilung ist ein Fortschritt zu verzeichnen, dagegen waren die Erfolge in der Dienstbotenvermittlung nicht befriedigend; hier liegt sogar ein Rückschritt vor. Man vertritt sich von der beschlossenen Verlegung der Dienstbotenvermittlung nach dem Osten eine Besserung.

Daß die **Arbeitslosen-Aufnahmen** nach dem Stuttgarter System, deren im Berichtsjahre drei stattfanden, die Gesamtzahl der wirklich vorhandenen Arbeitslosen nicht feststellen, gibt der Bericht zu, es wird aber angenommen, daß bei längerer Fortsetzung der Aufnahmen die Zahlen im Laufe der Zeit Ergebnisse liefern werden, die unter sich bis zu einem gewissen Grade vergleichbar sind. Nur die zur Meldung gelangenden weiblichen Arbeitslosen sind der Zahl nach so gering, daß eine Verarbeitung dieser Ziffern in statistischer Beziehung als aussichtslos erscheinen müßte. Unserer Meinung nach bietet das in Charlottenburg beliebte System (Verteilung von Plakaten durch organisierte Arbeiter von Haus zu Haus und Abholung derselben nach erfolgter Ausfüllung) überhaupt kein zuverlässiges Resultat; die ganze Arbeitslosenzählung aber wird vollends zu einer überflüssigen Spielerei, wenn man sie in bestimmten Zeiträumen vornimmt ohne die Absicht, nun auch Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Es wäre Pflicht des Magistrats, sich nicht mit der Zusammenstellung und Veröffentlichung der gefundenen Zahlen zu begnügen, sondern endlich einmal etwas Positives zu tun. Sonst haben die statistischen Aufnahmen wirklich keinen Wert.

Zu der Volksversammlung, die am Dienstag im Volkshaus stattfand, hatten sich 250-300 Personen, darunter viele Frauen, eingefunden. Genosse Dr. Maurenbrecher sprach über „Weltpolitik und Proletariat“. Der Redner inspierte an den russisch-japanischen Frieden an, zu dem auch Deutschland die Japaner gedrängt habe; im Interesse des Proletariats liege dieser vorzeitige Frieden nicht, denn es sei leicht möglich, daß durch ihn der Fortgang der Revolution in Rußland verzögert werde und statt einer freiheitlichen Verfassung eine „Volksvertretung des Jaren“ ins Leben trete. Weiter ging Redner auf das Wesen des kapitalistischen Krieges überhaupt ein, dem gegenüber die Programmforderung der Sozialdemokratie hochzuhalten sei, wonach das Volk selbst berufen werden müsse, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Dann schilderte der Vortragende unsere kapitalistische Kolonialpolitik, nicht nur mit ihren aller Menschlichkeit höchstverwerflichen Scharrednissen und Greueln, sondern auch mit ihren niederdrückenden Wirkungen für das heimische Proletariat. Eine demokratische Kolonialpolitik würde für Ausbreitung der Kultur sorgen, sie würde auch im Willen den Menschen anerkennen und für die Hebung und Erziehung der zurückgebliebenen Volksstämme Sorge tragen. Solche kulturfördernde Weltpolitik könne aber nicht von kapitalistisch geleiteten Staatswesen betrieben werden, sie sei Sache der immer mehr erstarkenden Demokratie, des die Gleichberechtigung aller Menschen erringenden Proletariats.

Eine Diskussion schloß sich an den beifällig aufgenommenen Vortrag an. Der Vorsitzende Genosse Schmidt schloß gegen es für die Versammlung mit einem warmen Hinweis auf die Pflicht zur Organisation.

Niedorf.

Einen **Wardankfall** gegen seine Ehefrau beging gestern der 47jährige Arbeiter Christian Lumschat aus Niedorf. Er war plötzlich, während er sich im Wohnzimmer aufhielt, von Tobigkeit befallen worden, rief die an der Decke hängende Petroleumlampe herab und zerrückte sie dann. Als ihn seine hinzuströmende Frau beruhigen und von dem zerstörerischen Werk abhalten wollte, richtete sie die ganze Wut des Mannes auf diese. Der Rasende holte sich aus der Höhe eine Art und ging damit seiner Frau zu Leibe. Geschicklich wich die Geistesgegenwärtige dem Schläge aus, ihr wäre sonst zweifellos der Schädel zerrückt worden. Nur durch die Flucht aus der Stube vermochte sie jetzt die Bedrohung zu retten. Der Tobische verfolgte seine Frau, wurde jedoch von einem Schuttmann des 4. Polizeiviertels festgenommen und zur Polizeiwache gebracht. Von dort wurde der gefährliche Geistesranke dem Städtischen Krankenhaus überwiesen.

Weißensec.

Durch leichtsinniges Umgehen mit einer Schusswaffe hat sich in Weißensec ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Ein im Hause Gustav Adolfsstr. 8 wohnender 12jähriger Knabe richtete vom Fenster aus im Scherz einen Revolver nach dem im gleichen Alter lebenden Sohn eines Schuhmachereifers. Der Schuß ging los und traf unglücklicherweise den Knaben über das linke Auge, welches sofort ansief. Der Verletzte wurde nach der Augenklinik in Berlin gebracht. Man hofft ihm das rechte Auge erhalten zu können. Der Schütze mußte nicht, daß die Waffe geladen war.

Treptow-Baumschulweg.

Bei den heftigen Regenfällen hat der Det ganz außerordentlich zu leiden. Schnittpflicht erwarten die Fertigstellung der Kanalisation, da die Straßen jetzt manchmal unpassierbar sind. Zur Ableitung der Regenwasser wird eine besondere Entwässerungsanlage gebaut, welche in die Spree führt, in die Kanäle führen soll. Hierüber schweben aber noch Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Behörden, welche bald ihrem Abschluß entgegengehen sollen. Es wird also immer noch lange dauern, bis die Straßen auch nach Regenfällen passierbar sind.

Steglitz.

Der Bericht über die **Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins**, erstattet vom Vorsitzenden Genossen Krause, bildete den Hauptpunkt der gutbesuchten September-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Nach kurzer Diskussion, welche das Einverständnis mit den gefassten Beschlüssen ergab, ging die Versammlung zu dem Punkt „Vereinsangelegenheiten“ über und nahm einen Antrag des Genossen Zumppe an, nach welchem die Aufnahme in den Verein nicht mehr wie bisher durch den Vorstand, sondern durch die Versammlung vollzogen werden soll. Angenommen wurde ferner der Antrag des Genossen Sauer, durch Abstempelung der Mitgliedsbücher der Versammlungsteilnehmer eine Kontrolle der notorischen Versammlungsschwänzer zu ermöglichen. Gegen Mitglieder, die mit Verletzung ihres Monatsbeitrages der Mitgliedschaft genügt zu haben glauben, soll energisch vorgegangen werden. Es wurde betont, daß wir nur Mitglieder gebrauchen können, die auch wirklich ihre Pflichten als Parteigenossen erfüllen. Demgemäß sollen die „Drückerberger“ in Zukunft gestrichelt werden. Ein weiterer Antrag Zumppe, das Hausflüssigkeitssystem wieder aufzugeben, wurde dem Vorstande zur Vorbereitung in Gemeinschaft mit den Bezirksführern überwiesen; die Oktoberversammlung soll dann darüber beschließen. — Von einem Genossen wurden noch die „Paradeserien“ einer Kritik unterzogen; er wies darauf hin, wie sonst bei Schulversammlungen die Behörde mit Strafmanteln gleich bei der Hand sei, während hier aus nichtiger Ursache gleich mehrere Tage dem Unterricht entzogen würden.

Groß-Lichterfelde.

Eine **moderne Krankenkasse**. Die hiesige Ortskrankenkasse oder deren Verwaltung scheint von den Aufgaben und Pflichten, die sie gegenüber den erkrankten Mitgliedern zu erfüllen hat, recht merkwürdige Auffassungen zu haben. Ein Mitglied dieser Kasse, das bereits 12 Jahre derselben angehört, niemals einen Pfennig Krankengeld bezog, kam von einer Reise nach Köln erkrankt zurück. Der Vertreter des Kassenzweigs hielt den Zustand des Patienten für ziemlich ernst, verordnete Wäder und einen Infrarot-Apparat, dessen Kosten sich auf etwa 2 Mark belaufen. Die Wäder wurden anstandslos bewilligt, während der erwähnte Apparat abgelehnt wurde. Ueber die Gründe dieser Ablehnung wurde die verblüffende Antwort erteilt: „Wohin denn eigentlich die Kasse käme, wenn sie solche teuren Apparate bewilligen wollte?“ — Demnach scheint die vornehmliche Aufgabe der Kassemitglieder darin zu bestehen, die Kasse zu erhalten. Selbst die Auszahlung des Krankengeldes bezeugt erheblichen Schwierigkeiten, obwohl Krankheit und Arbeitsunfähigkeit seitens des Arztes bescheinigt waren, angeblich deshalb, weil das Krankengeld ja in Köln bezahlt worden sein könnte! Wer sollte denn eigentlich in Köln das Krankengeld für ein Mitglied der Lichterfelder Krankenkasse bezahlen? In dieser angesprochenen Vermutung erblickt das bescheidige Kassemitglied die Verdächtigung, daß es beabsichtigt habe, die Unterstützung noch einmal widerrechtlich zu erheben. Ueber das Verhalten der Ortskrankenkasse Groß-Lichterfelde gegenüber den Mitgliedern sind schon wiederholt Beschwerden in Arbeiterkreisen laut geworden. Die organisierte Arbeiterschaft wird gut tun, künftig dieser Kasse ihr spezielles Augenmerk zuzuwenden.

Nowawes.

Zu der Wahlvereins-Versammlung am Mittwoch nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß am 13. September im Volksgarten eine Volksversammlung stattfindet, in welcher der Genosse Zubeil über die „Militärhändlungen im deutschen Ozeanreferieren“ wird. Der Vorsitzende erludete die Mitglieder, für zahlreiche Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Hieraus gab Genosse Gruhl die Neuerteilung der Bezirke für die Einfassierung der Beiträge bekannt. Die Einfassierung wird jeden letzten Sonntag im Monat erfolgen. Den Mitgliedern wird noch durch Plakate, welche in den uns zur Verfügung stehenden Lokalen ausgehängt werden, bekannt gemacht, wo sie ihre Beiträge abzuliefern haben. — Sodann hielt Genosse G. Tempel-Verlin einen interessanten Vortrag über das Thema: „Warum fordern wir die Abschaffung der Todesstrafe?“ Redner verstand es, in einseitigen Ausführungen die Verächtlichkeit dieser Forderung den Anwesenden in fesselnder Weise klar zu legen. — Im Anschluß hieran gab Genosse Schulz einen Bericht von der letzten Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins, welcher durch Hoffmann und Gruhl ergänzt wurde. Letzterer ging auch auf die jetzige langatmige Polemik Rautsch-„Vorwärts“-„Leipziger Volkszeitung“ ein, die täglich einige Spalten des „Vorwärts“ füllt, und gab unter Zustimmung der Versammlung der Meinung Ausdruck, daß diese endlich aufhören möge, da sie doch niemand mehr liest. (Wir verstehen diesen Wunsch und teilen ihn selbst. Jahrelang haben wir eine derartige Polemik mit Heißigkeit betrieben, sie ist uns gegen unseren Willen aufgedrängt worden und muß nun in der Abwehr durchgeführt werden. D. R.) Des weitern verbreitete er sich über die Tagesordnung des Parteitags. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften und der Wasser eine ausgiebige Erörterung erfahren werden, da der jetzige Zustand ein unhaltbarer sei. — Nach Erledigung dieses Punktes gab Genosse G. Tempel einen Bericht über eine am 28. August seitens der Lokalkommission stattgefundene Kontrolle der hiesigen Lokale, wobei die traurige Erfahrung gemacht wurde, daß noch viele gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter gesperrte Lokale besuchen, trotzdem die freigegebenen allen Ansprüchen Genüge leisten. In scharfen Worten verurteilte Redner einen derartigen Individualismus und ermahnte die Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß hierin bald eine Aenderung Platz greife. In der Diskussion hierüber waren die Genossen einstimmig der Meinung, daß die Lokalistik strenger beachtet werden muß und daß gegen die Parteigenossen, die gesperrte Lokale besuchen, mit schärferen Maßnahmen vorgegangen werden soll. — Genosse Schefel teilte mit, daß vor kurzem in Amerika der Genosse Krüger verstorben ist. Derselbe war früher in Nowawes organisiert und hat stets in den vordersten Reihen der Parteigenossen gestanden; auch in Amerika bewies er noch seine Anhänglichkeit an unsere Organisation dadurch, daß er zu jeder deutschen Reichstagswahl einen pesuniären Beitrag landete. Genosse Gruhl gab bekannt, daß vor kurzem der Spinnmeister Henning verstorben ist. Derselbe konnte sich wegen seiner Stellung nicht im Wahlverein organisieren, doch hat er regelrecht seine Beiträge zur Unterstützung unserer Bewegung bezahlt. Die Versammlung schloß das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Nach der Mitteilung, daß am 28. Oktober ein vom Gewerkschaftsstellvertreter Lichterfelder Vortrag des Genossen Tempel über die russischen Freiheitskämpfe hierelbst stattfindet, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die gut besuchte Versammlung.

Charit eine Stellung als Krankenpflegerin. Anfang dieses Jahres wurde die Frau des Bildhauers S., die an einem Krebsleiden erkrankt war, in die Charit aufgenommen. Als Pflegerin wurde ihr die jetzige Angestellte Künert gestellt. Frau S. brachte ihr das größte Vertrauen entgegen und erzählte ihr viel aus ihrem Familienleben, unter anderem bedauerte sie, daß ihr Mann nun zu leben müsse, wie er allein mit der Wirtschaft fertig werde, da seine Mutter, die ihm bisher die Wirtschaft geführt habe, verstorben sei. Die Angestellte erbot sich, Herrn S. die Wirtschaft während des Krankentages seiner Frau zu führen. Schon nach einigen Tagen vermehrte Herr S. mehrere Wäschestücke, die er kurz vorher noch im Wäscheschrank bemerkt hatte. Dieses rätselhafte Verschwinden aller möglichen Wäsche- und Kleidungsstücke setzte sich immer weiter fort, ohne daß Herr S. darauf käme, die Krankenpflegerin hiermit irgend wie in Verbindung zu bringen. Eines Tages bemerkte Herr S., wie sich die Angestellte an dem Wäscheschrank zu schaffen machte. Er sagte ihr nunmehr die Diebstahle auf den Kopf zu und verlangte den Korb der Angestalteten zu sehen. Diese weigerte sich auf das energischste. Als Herr S. trotzdem den Korb der K. durchsuchte und mehrere Wäschestücke in diesem vorfand, die er als sein Eigentum wiedererkannte, verließ die Angestaltete Hals über Kopf sein Haus. An demselben Tage wurde sie in bewußtlosen Zustände aufgefunden und dem Bethanien-Krankenhaus zugeführt. Hier stellte man fest, daß sie einen Selbstmordversuch mittels Zylols unternommen hatte. — Gegen die Angestellte wurde nach ihrer Genesung die vorliegende Angelegenheit wegen Diebstahls erhoben. Das Schöffengericht hielt sie nach längerer Beweisaufnahme dieses Vergehens für völlig überführt und erkannte auf eine Woche Gefängnis. Hiergegen legte sie Berufung ein. In der Berufungsinstanz behauptete die Angestaltete trotz der bestimmten Rekonkognition seitens des Bestohlenen, daß die bei ihr vorgefundene Wäsche ihr Eigentum sei. Sollte dies indessen nicht der Fall sein, so könne sie sich es nicht erklären, wie die Wäsche in ihren Korb gekommen sei, da sie vielfach nervöse Anfälle habe, in denen sie nicht wisse, was sie tue. Der als psychiatrischer Sachverständige geladene Dr. Edel erklärte indessen, daß er sein Gutachten, ob die Angestellte geisteskrank sei oder nicht, nur nach einer längeren Beobachtung abgeben könne. Der Gerichtshof beschloß deshalb, die Sache zu vertagen und den Bezirkshof Dr. Hoffmann und Dr. Edel zu beauftragen, die Angestellte in einer längeren Beobachtung auf ihren Geisteszustand zu untersuchen.

Eine **frivole Handlungsweise** führte gestern den Arbeiter Wilhelm Knobel aus Schenkerdorf vor die zweite Ferienstrafkammer des Landgerichts II. Am Rosenmontagsdienstag dieses Jahres stürzte in der Kirche des Dörfchens Groß-Beften während eines Gottesdienstes das große bunte Kirchenfenster mit furchtbarem Getöse mitten unter die Kirchenbesucher. Es entstand eine allgemeine Panik. Alles drängte nach dem Ausgange, mehrere Frauen wurden ohnmächtig. Ein Schulmädchen erschreckte dergestalt, daß es noch an demselben Tage schwer erkrankte und einige Tage darauf verstarb. Ob der Tod des Mädchens eine Folge des erlittenen Schrecks war, ließ sich indessen nicht feststellen. Die Ermittlungen nach der Ursache des plötzlichen Einsturzes des Kirchenfensters ergaben, daß dieses von Vubenhand mutwillig zerstört worden war. Als Täter ermittelte der in Groß-Beften stationierte Genarm den jetzigen Angeklagten Knobel, welcher mit einer Dunggabel von dem neben der Kirche gelegenen Friedhofe den Vubenhof verläßt hatte. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die überaus frivole Handlungsweise des Angeklagten 1½ Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Verfammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab, woselbst die in der vorigen Versammlung abgebrochene Debatte über Auflösung und Weiterbestehen des Vereins fortgesetzt wurde. Eingeladen waren zu dieser Aussprache Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, des Zentral- und Berliner Arbeitersekretariates und des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Vorsitzende Pieschel wies darauf hin, daß der Verein im Jahre 1891 gegründet worden sei, um die gegenseitige sachgemäße Belehrung der Arbeitervertreter in den verschiedenen sozialpolitischen Institutionen (Gewerbegerichte, Schiedsgerichte der Unfall-Versicherungsgesellschaften, wie der Alters- und Invalidenversicherung etc.) und Information über die Spruchpraxis dieser Gerichte zu ermöglichen, ferner den rat- und hilfbedürftigen Arbeitern Auskunft in diesen Dingen zu erteilen und außerdem auch dafür Sorge zu tragen, daß in alle diese Körperchaften auch wirklich Arbeiter hineinkommen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. So habe der Verein seit Jahren im besten Interesse der Arbeiterschaft gewirkt und sehr erspriechliches geleistet; es bestehe daher kein Anlaß, denselben aufzulösen, um so weniger, als sich ein loser Zusammenhang der Arbeitervertreter auch künftig als notwendig erweisen werde. — An der nun folgenden regen Aussprache beteiligten sich 16 Redner, von denen sich die meisten für das Weiterbestehen des Vereins aussprachen mit der Motivierung, daß es erst bewiesen werden müsse, ob das Arbeitersekretariat auf dem Gebiete der Belehrung der Veißiger Besseres leisten könne wie der Verein. Einstweilen sei anzunehmen, daß die Gewerkschaftskommission noch genug mit ihren Spezialangelegenheiten zu tun habe. Es schein aber, als sei der Verein sowohl der General- als auch der Gewerkschaftskommission im Wege, wenigstens sei das Verhalten beider dahin zu deuten. Legien und Link als Vertreter dieser beiden Körperchaften erklärten demgegenüber, daß von einer Antimotivierung gegen den Verein gar keine Rede sein könne. Jedoch sei der Verein infolge der gewerkschaftlichen Entwicklung tatsächlich überflüssig geworden; zum mindesten sei er nicht mehr in der Lage, seine früheren Aufgaben heute noch zu erfüllen. Der Stuttgarter Gewerkschaftsorgan habe eine besonderen Organisation der Arbeitervertreter innerhalb der Gesamtarbeiterbewegung aus guten Gründen die Erstgenberechtigung abgeprochen und im Interesse der Einheitlichkeit den Gewerkschaftsstellvertretern die Aufgaben der Arbeitervertretervereine zugewiesen. Dies habe sich sehr gut bewährt. Die Verhältnisse seien eben andere geworden, und dem müsse man Rechnung tragen. Freitagtags überlegen die Anforderungen, die an die Auskunfts-erteilung gestellt würden, bei weitem das Können derartiger Vereine, auch sei es diesen schon aus finanziellen Gründen unmöglich, Wahlvorbereitungen usw. in solchem Umfange und mit solchem Nachdruck zu betreiben, wie das heute unbedingt erforderlich ist. Die Gewerkschaften müßten Gewicht darauf legen, daß die aus ihren Reihen gewählten Arbeitervertreter in jeder Beziehung engste Fühlung mit ihren Organisationen hielten, sonst würde gar zu leicht die Einheitlichkeit beeinträchtigt. Gegen eine gegenseitige Belehrung der Arbeitervertreter in Zusammenkünften werde gewiß niemand etwas einwenden, jedoch alles übrige sei Sache der Gewerkschaften und der von ihnen zu diesen Zwecken ins Leben gerufenen Institutionen. Deshalb müsse sich eben in jeder mit den neuen Verhältnissen abfinden. — Wegen vorgerückter Zeit wurde alsdann die weitere Diskussion über diesen Gegenstand bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bis dahin soll auch der alte Vorstand des Vereins weiter amtieren.

Briefkasten der Redaktion.

Dr. H. Umfliche Untersuchungen und Veröffentlichungen sind uns nicht bekannt. Vielleicht finden Sie in Keesels „Jahrbuch deutscher Städte“, Verlag von Korn in Berlin, etwas darüber. Sonst empfehlen wir, im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ einschlägige Artikel nachzusehen, da dort zugleich reichliche Quellenangabe zu finden sind. Beides werden Sie in der Bibliothek, Alexandrinenstr. 23, finden.

Gerichts-Zeitung.

Unter einer schweren Anklage stand die Krankenpflegerin Mathilde Künert gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte ist vor einigen Jahren schon einmal wegen Diebstahls verurteilt. Trotzdem fand sie in der königlichen Inferatentell verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 9. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Die Fledermaus von Weill.
Schauspielhaus. Barm mit altern. Die Romanischen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Wesens. Undine.
Zentral. Die Geißa.
Thalia. Bis früh um fünf!

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Wissenschaftswurm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räuber-Theater.) Die Logenbrüder.
Leitung. Ein Volkseid.
Reisens. Eine Hochzeitsnacht.
Trionon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiß. Klar und Klein.
Schuld beladen.

Welle-Alliance. Von Mi Weg.
Luisen. Der jüngste Leutnant.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!

Rajino. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf ins Metropol!
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tangel. — Ein Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnsfeld. Die Reherhains.
Wintergarten. Die Fledermaus. Spezialitäten.

Berliner Prater-Theater. Der rechte Weg.
Pastore. Gold Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Seltener Sänger.
Urania. Taubens. str. 45/49.
Der Simphon und sein Gebiet. Invalidenstr. 57/62.
Sternwarte. Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht. Schwank in 3 Akten von Henri Kéroul und Albert Carré.
Dienstag, d. 12. Sept., 1. Male:
Die Höhle des Löwen.

Carl Weiß-Theater. Hr. Franzfurterstr. 132.
Gastspiel von **Paula Klär.** Einmalige Aufführung:
Schuld beladen. Drama in 4 Akten von Fr. Hofet.
Anfang 8 Uhr:
Morgen nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Kleine Preise. Abends 8 Uhr: Umwiderrücklich letzte Sonntag - Aufführung: Im Hause der Sünde.
Im Sommergarten: Neues Septbr. Spezialitäten-Programm. Anf. 5 1/2 Uhr. 10 Uhr: Ringkämpfe.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.** Morgen das Sensations-September-Programm und die drei Harders, phänomenale Luftgymnastiker. **Paul Coradini, Edith Harlé, Milo. Siré, M. H. Thesson, Savillo u. Pito, Hedwig Wagner.**
The Ottorus, Repbits - Sensation.
Auerdem: **Der Fluch des Goldes.** Im Saal: **Großer Ball.** Anf. 4 1/2 Uhr.

Geb Brüder Herrnsfeld-Theater. Zum 139. Male:
Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.
Poldi Augustin die festsche Soubrette.
Herr Tacianu Damen-Imitator.
Das glänzende **September-Programm.**

Palast-Theater. früher Beem-Palast, Burgstr. 24.
Sonnabend, 9. September.
Beginn der II. Saison. Das phänom. Eröffnungs-Programm. 12 Schau- u. Kunstnummern 1. Ranges.
Das Beste vom Besten.
Per Rohrpost. Schwank in einem Akt v. H. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familienkarten sind in allen Barbier-, Feisur- u. Zigarren-geschäften sowie an der Theater-kasse unentgeltlich zu haben.

Walden a. D. x Miß Clifford a. D. Bänder x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary Behrens-Linke.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung. Letzte Wochentags-Vorstellung der Sommerpielzeit.
Die Liebesfalle. Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Bei schlechtem Wetter Vorstellung im Saal.

Urania Taubens.

str. 45/49.
8 Uhr:
Der Simphon und sein Gebiet.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationssaal:
„D'Kochelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht. Schwank in 3 Akten von Henri Kéroul und Albert Carré.
Dienstag, d. 12. Sept., 1. Male:
Die Höhle des Löwen.

Carl Weiß-Theater. Hr. Franzfurterstr. 132.
Gastspiel von **Paula Klär.** Einmalige Aufführung:
Schuld beladen. Drama in 4 Akten von Fr. Hofet.
Anfang 8 Uhr:
Morgen nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Kleine Preise. Abends 8 Uhr: Umwiderrücklich letzte Sonntag - Aufführung: Im Hause der Sünde.
Im Sommergarten: Neues Septbr. Spezialitäten-Programm. Anf. 5 1/2 Uhr. 10 Uhr: Ringkämpfe.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.** Morgen das Sensations-September-Programm und die drei Harders, phänomenale Luftgymnastiker. **Paul Coradini, Edith Harlé, Milo. Siré, M. H. Thesson, Savillo u. Pito, Hedwig Wagner.**
The Ottorus, Repbits - Sensation.
Auerdem: **Der Fluch des Goldes.** Im Saal: **Großer Ball.** Anf. 4 1/2 Uhr.

Geb Brüder Herrnsfeld-Theater. Zum 139. Male:
Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.
Poldi Augustin die festsche Soubrette.
Herr Tacianu Damen-Imitator.
Das glänzende **September-Programm.**

Palast-Theater. früher Beem-Palast, Burgstr. 24.
Sonnabend, 9. September.
Beginn der II. Saison. Das phänom. Eröffnungs-Programm. 12 Schau- u. Kunstnummern 1. Ranges.
Das Beste vom Besten.
Per Rohrpost. Schwank in einem Akt v. H. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familienkarten sind in allen Barbier-, Feisur- u. Zigarren-geschäften sowie an der Theater-kasse unentgeltlich zu haben.

Walden a. D. x Miß Clifford a. D. Bänder x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary Behrens-Linke.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung. Letzte Wochentags-Vorstellung der Sommerpielzeit.
Die Liebesfalle. Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Bei schlechtem Wetter Vorstellung im Saal.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Wissenschaftswurm. Bauernkomödie mit Gesang i. 3 Akten von Ludwig Kitzinger.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder. Schwank in 3 Akten von Carl Laufs und Kurt Kraus.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Montag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Bayerisches Volksfest.
Diezcher Platz, Landsberger Allee.
Festwirt: **Baron Mukl** 41972*
mit seinem Riesen-Bierzelt, 5000 Personen fassend.
Wf u. bayerische Urgemütlichkeit.
Täglich neue Ueberraschungen.

Sonntag, den 10. September 1905:
Große Dampfer-Extrafahrt mit Musik nach Sportshaus Ziegenhals, herrlich am Großin-See gelegen.
Abfahrt 10 Uhr früh, Station Rahnt u. Herker, An der Stralauer Brücke, Ecke Ballenbrücke.
Fahrpreis hin und zurück 75 Pf., Kinder die Hälfte.
Billets sind beim Galtwirt Schmidt, Stralauer Brücke 1, sowie am Dampfer zu haben.

Außerdem Extrafahrt
jeden Montag und Donnerstagnachmittag 2 Uhr von Hannover-Brücke, Schultheiß-Ausgang, Station Köhling. — Fahrpreis 50 Pf. Billets am Dampfer zu haben.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Abend 8 Uhr, Gastsp. Hb. Philipp
Der erste Schläger
der Saison
Aber Herr Herzog. gauben Sonntag nachmittags 3 Uhr.
Die Preise:
Ueber'n großen Teich.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luoken amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Helena amerik. Sängerin.
Die Trombetta italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Der rechte Weg. Volksstück mit Gesang in 4 Akten.
The Kieffers Pantomime. Mizzi u. Göza Varadi-Duett.
Pantomime. Spezialitäten. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Reichshallen. Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez. Bei ungnädigem Wetter im Saal.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige **September-Programm** u. a.
Eine tolle Nacht. Große Posse mit Gesang. Großer Lacherfolg.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Der rechte Weg. Volksstück mit Gesang in 4 Akten.
The Kieffers Pantomime. Mizzi u. Göza Varadi-Duett.
Pantomime. Spezialitäten. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Reichshallen. Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez. Bei ungnädigem Wetter im Saal.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige **September-Programm** u. a.
Eine tolle Nacht. Große Posse mit Gesang. Großer Lacherfolg.

Total-Ausverkauf!
E. Süsskind & Co. Rosenthalerstr. 9
Unerreichtes Angebot! (Ecke Auguststraße)
Nur 4 Tage!
Sonnabend | Sonntag | Montag | Dienstag
Ein Posten Herren-Anzüge ganz prima, teilweise echt engl. statt 34-48 Mk. nur **24,50**
Ein Posten Herren-Anzüge prima Buckskin statt 24-38 Mk. nur **17,75**
Ein Posten Herren-Herbst-Paletots statt 28-48 Mk. nur **21,50**
Wir sind gezwungen zu räumen, deshalb die enorm billigen Preise.

Ausflüglern

empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der Umgebung Berlins.

Berlin-Piesenthal, Kanke-Resny- und Wandlitz-See 1 M.
Busow u. Umgegend mit angehängtem Fahrer 75 Pf.
Eberswalde und Umgegend 75 Pf. und 1 M.
Erfter und Umgegend 75 Pf.
Friedenwalde-Fallenberg 75 Pf.
Friedenwalde, Briesen, Oberberg, Bradowitz 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz 75 Pf.
Grünevald und westliche Vororte, 2, 3, 5 u. 8-farbig 25, 50, 75 Pf. und 1 M.
Königsbrunn-Hausen und Umgegend 5-farbig 1,50 M.
Nördliche Vororte, Spandau, Zegel etc. 1 M.
Potsdam und Umgegend 75 Pf.

unfassend das Gebiet von Berlin bis Lehnitz nebst Stadtplan v. Potsdam 1 M.
Potsdam und Berder 1 M.
Räderdorfer Kalkberge, Gerner, Woltersdorf, Fanglehufe, Werthe, Wahnitz 75 Pf.
Spreewald mit praktischem Touristen-führer 75 Pf.
Straußberg u. der Blumental 1 M.
Zegel und Umgegend 75 Pf.

Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nördliche Umgebung Berlins, umfaßt die Gegend von Potsdam, Spandau, Dranenburg, Königsbrunn-Hausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schmöck, Köpenick, Lübben, Spreewald, Müstau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/20*

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Spezial-Geschäft für Uhren.

1 neue Uhr-Heber Ia 75 Pf.
1 neue Uhr-Kloppel . 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Feiger . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pf.
Neue Uhren in größter Auswahl, genau reguliert.

E. Möbis,
14 Benthstr. 14
(am Spittelmarkt).
Zweites Geschäft: Koppenstr. 62.

4011L*
Gelegenheits-Partie
Gardinen
abgepaßte Fenster, weiß und crème
Shawlänge pro 3 Mtr. Pstr. M. **250**
Shawlänge pro 3,20 Mtr. Pstr. M. **335**
Imit. Point-lacc-Gardinen, pr. Pstr. M. **585**
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. **185**
Gestickte echte Spachtel-Stores M. **600**
Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores M. **485**
Tüllbettdecken 180/220 cm M. **235**
Reichgest. Erbs-tüllbettdecken M. **635**
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Gardinen-
Katal. m. ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moutzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit zahllosen Geschäften, die nur Konfektion bieten.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel
wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!
Jeder Käufer erhält nach Vorlegung seiner Annahmepflicht ein Geschenk.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14* **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Raucht Vineta No. 8
beste 2 Pf.-Zigarette!
3361L*

Verband der hantewerhlichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sektion der Putzerträger.
Sonntag, 10. September, vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokal von J. Wornau, Schwebelstr. 23.

Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 10. September 1905, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Saal 7:

Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das Vorgehen bei einzelnen Firmen und unsere Schlußfolgerung.
2. Regelung unserer Versammlungswesen. 3. Verschiedenes.
Arbeiter in Gips- und Zement-Baugeschäften.
Sonntag, 10. September, vorm. 10 Uhr, in d. Industrie-Festhale, Beuthstr. 19:

Versammlung

für alle in Gips- u. Zement-Baugeschäften beschäftigten Hilfsarbeiter.
Tages-Ordnung:
1. In welche Organisation gehören die Hilfsarbeiter? 2. Die Agitationsweise der Sektion der Gips- und Zementbranche. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Hilfsarbeiter ist erforderlich.

Sektion der Töpferträger.

Montag, 11. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Rosenhäger Vereinshaus, Rosenhägerstr. 57:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Wo?

machen wir des Sonntags hin?
Nach **Pichelswerder**
zum **alten Freund!**
Größter Tansaal!
W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. [88442]

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungshalle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Allgemeine Versammlung

der **Rohrleger und Helfer**
Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Wie wird der neue Lohnsatz von den Arbeitgebern anerkannt? 2. Diskussion.
Kollegen! Da in dieser Versammlung endgültig Beschluß gefaßt werden soll bezüglich der Betriebe, die den Tarif nicht anerkannt haben, ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Versammlung

der **Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Maunbrucher über: „Vereinsliche Industrie-Arbeiter im 18. Jahrhundert.“ 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenerziehers. 4. Verhandlungsgegenstände.
Kollegen! Wir erwarten, daß zu dieser Versammlung die Kolleginnen, ebenso die Kollegen zahlreich erscheinen.
Montag, den 11. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee Nr. 15, Saal 4:

Versammlung

der **Bezirks-Versammlung**
für **Rixdorf, Birk, Tempelhof, Creptow, Marienfelde u. Mariendorf.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Gromp über: „Moderne Ingenieurbauten.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Bezirks-Versammlung

für **Rixdorf, Birk, Tempelhof, Creptow, Marienfelde u. Mariendorf.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Gromp über: „Moderne Ingenieurbauten.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Für Vereine etc.

Sonntags, 4. und 11. November, sind Säle zu Festlichkeiten noch frei.
Buss' Salon,
Gr. Frankfurterstraße 85.
Zigarren!
Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 18.-/m. **Bell & Co.** Rosenstraße 18, I.
Köpenick.
Echten alten Kottbusser Korn zu haben bei **Aug. Taucher**, Gastwirt, Rüggeheimerstr. 4. 36192*
Stuhlflecht-
rohr in vorzüglicher Qualität. Strohfräger Wallstr. 16.*

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr hartes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Von Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbare Hölzer. Große Hüften umfaßt. Die Hose bei Entnahme von 6 Stück 26 BRL. **4 M. 50**

Handwerker-Hose Marke Gambrinus, Zwirnleiste... 5 B. 50
Gefärbte, Nonchaut-Jackett 14,50 B. 75
Schl. blaue Nonchaut-Jackett 13,00 B. 90
Schl. blaue Nonchaut-Hose... 1 B. 50
Schl. blaue Nonchaut-Jackett
Prima Röper-Gewebe... 2 B. 50
Schl. blaue Nonchaut-Hose
Prima Röper-Gewebe... 2 B. 10
Weiße Nonchaut-Jackett 3,50, 2 B. 75
Nonchaut-Jackett, Dreifach... 4 B. 50
Waler-Rittel... 3.-, 2,50, 2 B. 25
Reinwäcker-Rittel (Braun) 3.-, 2 B. 40
Weiße Lederhosen... 7,50, 3 B. 75
Reinwäcker-Rittel, blau, nach Vorchrift... 5 B. 50
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 25. Haupt-Gebäude 1905 wird kostenlos und portofrei zugewandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bandweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Ritteln die Brustweite anzugeben.
36152*
— Versand von 20 M. an franco. —

Dr. Karl Bloch, Arzt,

14215
Sr. Wrangelstr. 82.
Nachdruck verboten!

I. Ziehung 3. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. September 1905, vormittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
80 124 277 375 415 520 710 930 1216 80 388 503
543 917 2227 351 505 48 (400) 090 787 823 3040 138
(400) 37 (300) 209 335 93 545 85 41 679 81 85 895 922
2109 214 66 80 310 75 426 987 711 (300) 09 90 98
5018 (300) 40 312 77 230 90 657 0904 251 95 428 98
502 65 076 715 929 77 80 7119 35 78 93 340 78 77 500
888 722 46 (300) 819 999 8072 101 43 212 403 54 78
(300) 724 (300) 49 (300) 70 9100 246 337 585 06 (400)
634 783 844 71 909
10088 (300) 232 379 06 502 624 707 63 (300) 91
533 (400) 922 11180 498 990 89 734 50 91 12362
(300) 410 77 506 629 941 13033 205 338 575 759 822
51 (300) 913 17 (300) 14120 23 227 63 510 (300) 809
329 73 15087 (300) 119 (300) 225 362 97 403 731 33
37 (400) 941 16029 216 54 404 72 530 789 922 17017
215 405 13 984 18190 93 211 343 427 531 92 065 706
935 19034 154 397 844 79 911
20022 144 07 328 (300) 411 539 688 806 909 15
21027 34 375 76 668 22057 304 554 (3000) 23265
300 29 479 523 702 9 91 815 (300) 55 (400) 904 33 59
24069 123 225 536 88 91 448 95 321 83 828 781 990
25080 394 409 545 70 615 50 739 48 938 26077 379
560 94 743 891 655 95 27149 229 59 419 744 878 928
57 26091 (300) 337 45 (300) 418 900 29026 48 (300)
51 84 168 57 357 (300) 96 (300) 616 920 97
50195 365 422 898 31045 233 541 629 882 943
32014 23 52 446 80 85 561 311 723 877 33159 212 55
448 824 76 78 80 050 83 786 34085 440 94 830 53 96
707 885 35127 219 68 228 926 (300) 36240 88 361
432 98 621 743 853 37007 151 66 71 78 333 644 826
903 (400) 38493 92 830 57 39901 241 68 406 882 96
120 000 (300) 803 946
40391 92 400 800 60 (400) 920 41069 80 214 16
373 265 703 13 904 42969 145 230 (3000) 41 321 492
503 691 65 849 83 940 43217 336 42 601 766 985
44195 97 327 83 438 59 528 13961 57 882 923 45234
627 616 25 753 972 40105 363 560 722 838 82 47143
882 983 48516 (3000) 47 669 (300) 796 825 960
49187 296 459 99 663 85 877
50205 83 410 518 (300) 828 50 51183 230 300 404
24 533 52470 569 714 16 53302 485 83 745 890 88
85 (300) 919 54089 154 300 417 54 82 91 941 55078
118 46 295 34 85 600 14 56009 182 87 277 703 40 816
17 986 57172 249 53 76 489 543 (400) 929 32 58059
108 338 526 608 703 21 901 958 59013 (300) 123 212
30 80 76 474 (1000) 709 21 877 (300)
60001 111 213 119 75 704 64 61146 541 761 62156
64 202 63. 63063 355 717 721 37 64066 221 63 (400)
307 081 821 65226 54 344 21 88 463 444 84 744 884
(400) 99 988 66175 204 7 18 322 (300) 92 413 696 93
801 67036 328 689 677 92 932 38 68950 (400) 223
93 394 422 (300) 75 (300) 034 54 69140 68 93 204 390
63 72 629 64 92 822
70067 130 200 300 516 623 902 71001 134 346 87
400 1 005 52 67 72857 478 (300) 539 727 73024 395
475 976 74121 219 886 (400) 969 75300 8 305 510
754 894 98 971 76108 443 702 (300) 18 907 11 77145
270 437 64 694 841 935 92 78112 254 81 421 85 596
748 97 815 97 906 56 70903 417 520 617 945 72
80036 249 268 931 95 81315 411 538 662 706 36
821 95 848 82088 319 532 44 629 63 83049 119 83
251 394 545 83 761 930 74 84203 300 416 80 786 672
124 85097 136 61 420 81 661 738 81 812 40 86013
963 70 549 482 662 799 87063 (300) 85 132 202 40 90
381 26 63 72 540 (300) 615 49 47 774 806 88301
15 873 973 86 (300) 89072 38 95 106 397 615 (300)
65 904 47
90305 317 70 (300) 792 91007 496 538 607 789 839
95 92117 (300) 21 373 82 985 86 93304 98 629 42 43
75 96 089 509 618 94002 160 78 358 70 545 45 715
857 84 95118 242 532 687 703 800 16 698 96019 87
289 498 815 97012 16 141 697 824 34 903 (400) 88
95019 239 399 475 768 883 96902 (300) 200 73 862
890 922
100071 289 634 703 (300) 101166 251 60 (400)
304 423 89 545 601 841 75 88 925 102355 327 44 400
472 824 (300) 44 632 103996 97 969 75 99 518 44 781
84 867 77 104062 183 84 219 42 343 81 18 33 105210
60 508 20 22 62 736 85 824 64 106088 83 118 22 365
69 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
65 598 685 702 87 (300) 838 965 107165 (300) 383
634 35 617 694 890 979 91 108102 3 492 90 512 616
784 845 637 84 109778
110035 103 77 983 (300) 406 31 67 633 554 608
60 925 111187 202 311 870 727 858 112007 27 188
378 558 678 904 75 119102 67 914 211 32 71 302 26
25 414 94 (300) 822 933 (300) 114091 226 (300) 49
6